

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Literatur und Jugendzeitung einschließlich. Bringerlohn monatlich 80 Pf. der Post bezogen vierzehntl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Sachsen 10. 5.—. Erhältlich tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserats werden die 6 geplasterten Petizelle mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Fr. 217.

Dresden, Mittwoch den 18. September 1912.

23. Jahrg.

Vom Parteitag.

Chemnitz, 17. September.

Es ist gewiss nicht erfreulich, daß der „Hall Göppingen“ eine Sitzung des Parteitags stark in Anspruch nahm. Es ist wohl begreiflich, daß der Berichterstatter des Parteitags es für notwendig hielt, diese Angelegenheit, die in Sachsen eine nicht unerhebliche Rolle gespielt hatte, im Parteitag und damit zu einem endgültigen Abschluß bringen. Auch war es wohl wünschenswert, das ganz ungern Treiben einzelner Parteangehöriger einmal vor dem ganzen Partei gehörig zu brandmarken. Dieser Genosse Ebert ist gründlich, daß man hoffen darf, zielgerichtete Wirkung werde nicht ausbleiben. Ebert schilderte eindrücklich Art, wie man in Göppingen die Gründung eines Druckereiunternehmens vorgenommen hatte und gegen den Parteidienst, weil er angeblich nicht schnell genug arbeitete. Die Parteidienst lebte der Einbildung, daß sie sei, die Partei vor Verhumpfung zu retten, und statt vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch stand, sagt man, daß es „wegen seiner revolutionären“ preisgegeben werden sollte. Ebert räumte mit diesen auf und er tadelte mit Recht, daß das Treiben der anderen. Thalheimer, Radek durch einige norddeutsche Partei nicht gestoppt worden ist. Die Versuche der Geschaeffer-Göppingen und Besimmeier-Stuttgart, etwas zu verteidigen, schafften völlig, und die übergroße Zahl der Parteidienstdelegierten standen einzu, daß bei der Göppinger Angelegenheit Verlust bei den württembergischen Parteizwischenheiten den jüngsten Meinungsverschiedenheiten viel häufiger als mitgespielt. Genosse Lenz handelte recht, daß in einer Erklärung von der Seite der Besimmeier, die Göppinger Volkszeitung lange einen Unterschluß gesucht, loslässe. Genosse Henke-Bremen aber dürfte in der Partei kein Verständnis für die Schlägerei, die er allen Standesmännern zuteil werden läßt, so wie unter der Maske des Sozialrevolutionären auftritt.

Erschütterend zeigte die Debatte über den Vorstand. Auf andere, angenehme Seiten. Manderlei Anträge wurden gegeben. Genosse Giebel vertrat mit treffenden Worten die Notwendigkeit vermehrter Betätigung unter Abgeordneten. Genosse Heinrich Schulz und andere forderten die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Versuche der jungen Welt, die Arbeiterjugend einzufangen. In der Frage der Kämpfen wurde durch Genosse Siegmann ein Vorschlag, der gewisse Überzeichnungen ablehnt, wie Gewerbeverein und andere vertraten. Andererseits wurde die Notwendigkeit betont, den wertvollen Kulturstoff gegen den Schnaps immer eifriger fortzuführen.

In einer knappen, aber dem Ernst der Frage entstehenden Rede behandelte Genosse Scheidemann die Verzerrung. Er wies auf die Ursachen der großen Leuerungszeit hin und geahnte die wachsende Pol- und Steuerpolitik des deutschen Reiches. Er wendete sich in äußerst wütendem Ton gegen die Befürworter der Befreiung gegen die Reichtagsabgeordneten. Das Referat beobachtet ihn scharf. Um ihre Kraft zu schonen, setzt sie mit dem vollen Lärm auf, wenn er wieder Worte macht zu sprechen, indem er bestrebt ist, dadurch eine „Verhandlung“ herzustellen, daß er dem Stenographen die Worte einzeln aufzutragen. Lisza hörte zähe aus. Zwischen ihm und der Opposition spielt sich der Kampf ab. Die Opposition beobachtet ihn scharf. Um ihre Kraft zu schonen, setzt sie mit dem vollen Lärm auf, wenn er wieder Worte macht zu sprechen, indem er bestrebt ist, dadurch eine „Verhandlung“ herzustellen, daß er dem Stenographen die Worte einzeln aufzutragen. Endlich ist er so weit, dem Schriftführer Heygra ein Altersstuhl zu übergeben, das Handschreiben. Wie dieser nun zu verlesen beginnt, wobei die Stenographen mit dem Gesicht zu ihm gewendet, die einzelnen Worte, wie sie ihnen vernehmbar werden, aufnehmen, bemächtigt sich der Opposition große Erregung. Zuerst Graf Karolli, dann ihm nach zahlreiche Oppositionelle stürzen sich in den Halbkreis der Tische, um die Stenographen an der Arbeit zu hindern, da es vereilt werden soll, daß ein getrenntes Protokoll zu stande kommt. Aber auch die Abgeordneten der Mehrheit stürzen herbei. Es kommt zu Zusammenstoßen. Ein allgemeiner Kampf wird nur durch das Eingreifen des Abgeordneten Andraß und Esterházy hinausgehalten. Zugewichen ist es dem Schriftführer unter beständigem Lärm und Beleidigungen gelungen, das Handschreiben zu verlesen, lautet Bericht, der Mehrheit bezeichnete diese Tatsache. Lisza verließ sodann ein zweites Altersstuhl, wieder in der Form, daß er einzelne abgerissene Worte den Stenographen aufzufordert. Die Opposition singt inzwischen sieben das Rossfuchlied, wobei beiderweise wieder nur Apponyi und Rossfuchs singen bleiben und nicht mitsingen.

Da für Donnerstag ein Ausschuß nach dem Zitzelberg plant ist, so wurde die Arbeitszeit heut ausgedehnt und Johann Müller hielt noch sein Referat über die Vorlage der Organisationskommission. Wie wir schon melden, ist in der Angelegenheit eine weitgehende Übereinstimmung der auseinandergehenden Ansichten aufgetreten. Es folgte die Grinde, die für die Einsetzung eines aus dem Organisationsleiter des ganzen Reiches zusammengesetzten Ausschusses sprechen, recht wütendwoll aufzunehmen. Da noch abweichende Anträge vorliegen, so wird es noch zur Diskussion über diese Frage kommen.

Neuer Parlamentsradau in Ungarn.

Mit einer Heftigkeit sondergleichen hat die Opposition im ungarischen Reichstag, der am Dienstag seine Arbeiten nach den Sommerferien wieder begann, gleich am Eröffnungstage eingefangen. Bekanntlich verlangten die oppositionellen Parteien von der Regierung, daß die begangenen Verfassungsverleumdungen wieder gutgemacht werden, daß die neue Gesetzgebung wieder befehligt wird, daß der Ministerpräsident seine Entlassung erhält oder nimmt, daß das Wahlrecht verbessert und die Presc- und Versammlungsfreiheit sichergestellt wird. Da die Regierung keine Lust zeigt, den Wünschen und Forderungen der Opposition nachzukommen, so entfaltete diese am Dienstag in der Eröffnungssitzung des Reichstags einen tollen Sturm. Bis wird darüber aus Budapest geschrieben:

th. Hatten sich Lisza und Lukacs, die Diktatoren Ungarns, mit der Hoffnung gefreudet, die Drohungen der Opposition, den Kampf beim Zusammentritt des Abgeordnetenbaues fortzuführen, würden sich als eitel erweisen, so sind sie heute eines Besseren belehrt worden. Freilich trug wohl die folge Juventius nur die Presse der Regierung zur Schau, die selbst scheint wohl gewußt zu haben, worum es ging, denn heute vormittag gegen 9 Uhr zogen Polizisten in kleineren Gruppen in das Parlamentsgebäude und wurden im Stellergeschöpfe untergebracht. Zwischen 9 und 10 Uhr trafen die Abgeordneten ein. Es herrschte Ungewissheit darüber, was kommen werde, die Oppositionellen lössten erst ihre Beratung abhalten. Doch bestand diese lediglich darin, daß, als die Opposition vollzählig im Kuppelsaal versammelt war, Polizist aufstand und erklärte: „Ich teile euch im Namen des Exekutivkomitees mit, daß wir willens sind, weil sich nichts an der Sachlage geändert hat und keine unserer Beschwerden behoben ist, der Kampf mit denselben Mitteln fortzuführen, mit denen wir Ihnen beigegeben haben.“ Lauter Weißfall begrüßte diese Erklärung.

Nach 10 Uhr, als der Saal bereits auf allen Seiten gefüllt war — von der Opposition fehlte bloß der schwer erkrankte Führer Justh — sah man Lisza und den Ministerpräsidenten Lukacs den Saal betreten. Sofort erhob sich die Opposition wie ein Mann und drang in ein schrilles Pfeifen und Trompeten aus. Indes schritt Lisza langsam auf den Präsidententisch zu, begleitet von der Garde der allergetreuen Wehrheitsmitglieder. Die Brüstung der Treppe zur Präsidentenestrade ist seit den Sommerferien mit Eisenketten befestigt, um eine Verstürtzung unmöglich zu machen, ebenso sind die Ministerpräsidiums mit Eisenketten versehen, damit man sie nicht entfernen kann; auch alle Tintenfässer und sonstige bewegliche Gegenstände sind entfernt. Schon dies bietet eine interessante Selbstkritik der Zustände, die Lisza im Parlamente geschaffen hat.

Der Lärm dauerte fort. Anfangs richtet er sich hauptsächlich gegen den Ministerpräsidenten Lukacs. Nun aber bemerkten die Oppositionellen, wie Lisza, nach seinem Brauch vom Sommer her, die Namen der „Ruhstorfer“ notiert. Dann zieht er ein Schriftstück hervor, um es zur Verlesung zu bringen, doch immer wieder hindert das Pfeifen und Schreien die Ausführung seines Vorhabens. Lisza wartet auf die Pausen der Erwidlung, um sich verständlich zu machen. Endlich hört man den Satz: „Ich werde ein Handschreiben verlesen lassen.“ Da springen die Mitglieder der Opposition sofort von ihren Sitzen auf, schlagen mit den Tagesordnungsblättern auf die Pulte und rufen: „Hier wird nicht verhandelt.“ Zwischen ein ohrenbetäubendes Gelärme von Pfeifen, Trompeten, Automobilröhren und Kinderschläppern. Lisza hörte zähe aus. Zwischen ihm und der Opposition spielt sich der Kampf ab. Die Opposition beobachtet ihn scharf. Um ihre Kraft zu schonen, setzt sie mit dem vollen Lärm auf, wenn er wieder Worte macht zu sprechen, indem er bestrebt ist, dadurch eine „Verhandlung“ herzustellen, daß er dem Stenographen die Worte einzeln aufzutragen. Endlich ist er so weit, dem Schriftführer Heygra ein Altersstuhl zu übergeben, das Handschreiben. Wie dieser nun zu verlesen beginnt, wobei die Stenographen mit dem Gesicht zu ihm gewendet, die einzelnen Worte, wie sie ihnen vernehmbar werden, aufnehmen, bemächtigt sich der Opposition große Erregung.

Zuerst Graf Karolli, dann ihm nach zahlreiche Oppositionelle stürzen sich in den Halbkreis der Tische, um die Stenographen an der Arbeit zu hindern, da es vereilt werden soll, daß ein getrenntes Protokoll zu stande kommt. Aber auch die Abgeordneten der Mehrheit stürzen herbei. Es kommt zu Zusammenstoßen. Ein allgemeiner Kampf wird nur durch das Eingreifen des Abgeordneten Andraß und Esterházy hinausgehalten. Zugewichen ist es dem Schriftführer unter beständigem Lärm und Beleidigungen gelungen, das Handschreiben zu verlesen, lautet Bericht, der Mehrheit bezeichnete diese Tatsache. Lisza verließ sodann ein zweites Altersstuhl, wieder in der Form, daß er einzelne abgerissene Worte den Stenographen aufzufordert. Die Opposition singt inzwischen sieben das Rossfuchlied, wobei beiderweise wieder nur Apponyi und Rossfuchs singen bleiben und nicht mitsingen.

Um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr unterbricht Lisza zum ersten Male die Sitzung. Er macht sich verständlich, indem er mit trichterartig vorgehaltenen Händen in den Saal schreit. Während der Pause vervollständigen die Oppositionellen ihre musikalische Ausführung. Als die Sitzung von neuem beginnt, werden die eben angebrachten Automobilröhren hervorgezogen und bereit. Sie erzeugen einen ungeheuren Lärm. Ráth lädt eine Trompete an, Lukacs schwingt eine Kugelglocke. Szentesy schwingt mit der Rechten eine Glocke, pfeift mit der Linken bewegt er eine Kinderflöte und mit dem Hause bedient er die Hupe. So geht es fort, Lukacs verläßt indes entmutigt den Saal. Aber Lisza harrt aus, nur daß man von dem, was er verliest, kein Wort vernimmt. Von $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{3}$ Uhr steht er eine zweite Pause ein. Hernach kehrt der Lärm nur noch verstärkt wieder. Joules handhabt eine Riesenröhre und bläst den Kapfenschreit. Einige Abgeordnete gehen im Saale auf und ab, und führen dabei ihr Konzert auf. Als gar Lukacs in aller Gemächlichkeit eine Zigarre anzündet und große Rauchwolken von sich bläst, muß der Vorsteher, es ist jetzt der Vizepräsident Bédián, die Sitzung wieder unterbrechen. Um 3 $\frac{1}{2}$ Uhr eröffnet Lisza von neuem die Sitzung, aber der wilde Lärm der Instrumente — drei Tschinellen werden jetzt noch bearbeitet und drei Riesenröhren, wobei Abg. Vorn dirigiert — nötigt Lisza, die Sitzung zu unterbrechen.

Graf Lisza zog sich sodann mit dem Ministerpräsidenten Lukacs in die Quästur zurück. Die Beratung dauerte nur wenige Minuten. — Dann betrat kurz nach 5 Uhr eine Abteilung Polizai unter Führung des Oberinspektors Patólik den Sitzungssaal.

Die Polizei im Parlament.

Budapest, 17. September. (B. L.-B.) Kurz nach 5 Uhr betrat eine Abteilung Polizai unter Führung des Polizeikommissars Patólik den Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses. Es erhob sich ein unbeschreiblicher Lärm. Das Erstehen der Polizei im Saale wird mit wilden Schreien gegen den Ministerpräsidenten, die Regierung und vor allem den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Grafen Lisza, aufgenommen. Die Oppositionellen bilden, einander an den Händen haltend, in der Mitte des Saales eine Kette, um dadurch die gewaltsame Entfernung zu verhindern. Der Polizeikommissar fordert die Opposition auf, die ihm von dem Präsidenten Lisza nahehaft gemacht Abgeordnete, die sich an den Ständen befinden, aufzuladen, anzuheben, da diese auf Grund der neuen Gesetzesordnung aus dem Sitzungssaale entfernt werden müssen. Graf Apponyi nähert sich dem Polizeikommissar und sagt zu demselben: „Die Auftraggeber verlegt die Verfaßung. Alle zwei Wachleute den Abgeordneten Ábrahám von der Justizpartei anfassen wollten, wurden sie zurückgestoßen. Als der Polizeioberinspектор sich dem Grafen Apponyi näherte und es den Anschein hatte, als wollte er gegen ihn Gewalt anwenden, erwiderte Apponyi: „Wer den Grafen Apponyi antrifft, ist des Todes!“ Eine ähnliche Szene ereignete sich, als Patólik mit dem Grafen Andrássy verhandelte. Der Abg. Béla Mađossi rief dem Saalkommissar die Liste der aufgeschriebenen Abgeordneten auf der Hand und zerriss sie unter großem Beifall. Während darauf Patólik erfolglos mit dem Grafen Ádám Zichy verhandelte, bewerkten die Oppositionellen, wie Präsident Graf Lisza hinter dem Vorhang eines Einganges den Vorgraben auf, und rissen ihm Schnallens zu. Einige Abgeordnete drohten ihm mit geballten Fäusten. Hierauf entfernte sich der Präsident. Auch Patólik deckte wiederum den Saal, um sich vom Präsidenten neue Weisungen zu holen. Einige Minuten nach 6 Uhr kam Patólik wieder in den Saal und forderte eine Reihe Abgeordneten zum Verlassen des Saales auf. Als sich diese weigerten, erwiderte er, nunmehr Gewalt anzuwenden zu müssen. Er befahl zwei Polizeibeamten, den Abgeordneten Grafen Andrássy Semsei hinauszuführen. Inzwischen war dieser aber von den Abgeordneten József Karolli, Marquis Georg Pallavicini und dem Grafen Ádám Zichy in die Mitte genommen worden. Diese führten ihn gegenüber unter die Arme und verhinderten so, daß die Wachleute Semsei aus dem Saale führen konnten. Abg. Graf Michael Karolli drängte sich durch die Abgeordneten hindurch. Er war ungeheuer erregt und schlug mit den Fäusten auf die Wachleute ein, die schließlich zurückgedrängt wurden. Nunmehr versuchte Polizeioberinspектор Patólik den Abg. Szentesy zum Verlassen des Saales zu bewegen. Als auch dieser sich weigerte, forderte Patólik wiederum zwei Wachleute auf, den Abgeordneten zu ergreifen. Einer der Wachleute, namens Stephan Polhal, salutierte und sagte:

„Ich greife einen unabhängigen Abgeordneten nicht an.“

Die Opposition brach bei diesen Worten in ungeheurem Jubel aus und schwante Taubenfischer. Abg. Szentesy bestieg einen der Ministerberge stehenden Tisch und verhinderte den Vorfall, worauf ein Teil der Abgeordneten gleichfalls in stürmische Schreie ausbrach, die von den Oppositionellen mit großer Begeisterung erwidert wurden. Der Wachmann Polhal wurde inzwischen abgeführt. Mitte in dem Vorfall der Abgeordneten befürchteten die Oppositionellen das Rossfuchlied auf neue an. Rummele begab sich der Stadtbauamt in den Korridor, um sich von dem dort weilenden Oberstadthauptmann Bodó neue Weisungen zu holen. Oberstadthauptmann Bodó befahl die Durchführung der Anweisungen des Präsidenten. Um 6 $\frac{1}{2}$ Uhr erschienen zwei Polizeiinspektoren mit einer weiteren größeren Polizeistellung und erzielten den Befehl, sämtliche Abgeordneten aus dem Saale zu deponieren. Es begann nun ein wahnsinniges Handgemenge, ein Drängen und Stoßen. Da in der ersten Reihe stehenden Abgeordneten, nämlich Johann Justh, Michael

er halte es für unmöglich, das erforderliche Geld außerhalb einer Aenderung einer freien Aussicht über die Salzsteuer verhindern oder sie doch modifizieren. Wenn die Auseinander gesetzten sei, werde, nach der festen Überzeugung der Regierung, eine beständige Periode des Fortschritts und des Wohlstandes folgen. Die Verhandlung beschloß, der Regierung bei jedem vernünftigen Antrage ihre Unterstützung zu gewähren.

Japan.

Zum Harakiri des General Nogi.

Yatio, 17. September. In der öffentlichen Meinung kommt die Ansicht zum Ausdruck, daß der Selbstmord des General Nogi auf schwere Gelehrtenstöße zurückzuführen ist. Daneben läuft die Auffassung, daß diese Tat nicht mehr mit dem modernen Krieg in Beziehung gebracht werden kann. In gewissen Kreisen berichtet auch die Auffassung vor, daß der General zu dem Tode verurteilt wurde, um gegen den Geist zu arbeiten, der jetzt im japanischen Militär plägt. Der Abolitionisten, der jetzt im japanischen Militär plägt, schreibt: Wir können uns nicht den Gräten Nogi zu bewundern, wir wünschen aber, daß die Tat nicht als Beispiel hingestellt wird. Wir hoffen, daß es der Selbstmord ist, der die Geschichte des Bushido schmückt.

Das Dynamitkomplott der Wolltrust-häuptlinge entlarvt.

Das Werk wird uns geschrieben:

ir. Nach einer Drahtmeldung aus Boston wurde dort der Vorsitzender der American Wool Company, gewöhnlich Wolltrust genannt, William M. Wood, unter Anklage der Verschwörung mit Plazierung von Dynamit im Lawrence Weberhäusern und anderen Dörfern, mit dem Ziele der Diskreditierung damals in Streik befindlichen Textilarbeiter und ihres Führers, arrested und dem Richter vorgeführt. Nach Hinterlegung einer Barbürgschaft in Höhe von 500 Dollar wurde der angeklagte Multimillionär bis zum nächsten Tag in seinem Prozeß auf freien Fuß gesetzt. Die Anklage erhebt sich noch auf zwei andere Personen, von denen eine in der Anklageschrift noch nicht mit Namen genannt wird, um ihre Erregung nicht in Frage zu stellen. Es soll sich dabei ebenfalls um einen Großindustriellen der Lawrence "Wollhölle" handeln.

Nach dem telegraphisch übermittelten Wortlaut der Anklage, die sieben verschiedene Dynamitverbrechen der bezeichneten Betrüger, haben Wood und seine beiden Mitangeklagten mit einem bekannten bürgerlichen Politiker und früheren Schul-Kommissar des Streiftorches Lawrence, John J. Brown, und einer anderen Ordnungsfähige, namens Ernest W. Brown, das Dynamitkomplott gegen die Streikenden und ihre Führer eingefädelt, und die letzteren beiden haben die Bombe auf den verabredeten Stellen niedergelegt, wo das zweimal prompt von der Polizei „gefunden“ wurde. Der Vater ist bereits der Beteiligung an der leidenschaftlichen Verschwörung überführt und mit der ländlichen Strafe von 50 Dollar belegt worden; Pitman hat Selbstmord begangen. Im nächsten Richter Brown, der Breen so leichtes Kaufes davonziehen ließ, und ebenso gegen den Staatsanwalt Belletier, der in Einberufenen mit dem Stadi gehandelt haben soll, hat die sozialistische Delegation beim Gouverneur des Staates Massachusetts Einleitung einer disziplinarischen Untersuchung einleiten. Fast zweihundert unschuldige Weber und ein Chefärztler, in deren armeligen Behausungen Dynamit „gelegt“ wurde, waren vor Auflösung der kapitalistischen Verschwörung verhaftet worden, mußten aber sämtlich freigesprochen werden, und ein Geständnis Pitmans vor dem Anklager brachte dann die Wahrheit an den Tag. Bei dem Prozeß gegen Wood handelt es sich also keineswegs mehr um Vermittlung, ob die Arbeiterschreiber, die von Anfang an bewiesen, die wahren Dynamitarden in Lawrence seien die Betrüger und ihre Helferhelfer gewesen, im Rechte waren oder — die Tatsache der inneren Verschwörung der bürgerlichen Dynamiter gegen den Weberverband steht im Gesündnis und dem Selbstmord Pitmans und der Entfernung Brees bereit gerichtlich fest, und auch eine Entfernung des Wolltrunks und seiner Mitverschworenen aus dem ungeheuerlichen Verbrechen der Textilarbeiter von Lawrence nicht in eine staatserhaltende und ordnungsmäßige Proststitution verwandeln. Um so gewiß die wahrscheinlich höchst widerwillig erhobene Anklage plausibel erscheint, wenn man die Frage stellt: „In welchen Interessen geschah die Verschwörung?“ — so ungewiß ist natürlich der Ausgang des Prozesses gegen einen noch so schwer inkriminierten amerikanischen Multimillionär.

Nach der Gefälligkeit des Gerichts, die den einen so offensichtlich bezeichneten Mann gegen eine Bürgschaft, die ein offensichtlich eine Bagatelle war, vorläufig freisetzte, darf die Anklage noch sicherer erwartet werden, als ein vorzeitiges Erkennnis, zumal die Klassenjustiz dann immer die strenge Unparteilichkeit führen könnte, mit der sie gegen die Streikleiter von Lawrence, Ettor und Giovannitti, deren Prozeß in diesem Monat nach immer wiederholten Verhandlungen verhandelt werden soll. Nun darf der Prozeß allerdings noch frei herumspazieren, während beide Genossen ohne Julafällung von Bürgschaften festgesetzt wurden und nun bereits seit Monaten im Gefängnis geschnitten! Ettor und Giovannitti, Beamte der syndikalistischen Methoden zunehmenden Industrial Workers of the World, die von dem Hungerstreik der 22 000 Lawrence Textilarbeiter auf dem Plan gerufen wurden und diese Bewegung bekanntlich auf einem siegreichen Ende führten, sind der „Mittäter“ auf der Erinnerung einer streikenden Weberin, Anna Liza, angeklagt. Der Täter war, wie gerichtlich erhardtet, der Polizist Beneit, und die beiden Streikleiter wurden von der Polizei verhaftet, obwohl sie sich zu Mutterlichkeit mit Hilfe der abwertenden Konstruktion „industrielle Verantwortlichkeit“ in den Hall verteidigt, obwohl sie sich zu Industrielle Verantwortlichkeit“ gar nicht am Tathergang befanden. Diese famose Auseinandersetzung „aufschieben“ und so die Situation herbeizuhören, die dem polizeilichen Mörder Gelegenheit bot, loszuhalten. Der wohlbüdige Morddub, der sogar nach dieser selbst von offiziellsten Staatsanwälten bisch nicht geprägten Konstruktion als Sowjetärer bestraft werden müsste, befindet sich dabei scheinbar unangefochten noch in Amt und Würden. Uebrigens war jenes Mädchen nicht das einzige Opfer, das die Mittel der Wolltrust-Dynamitarden in jenem Streit gefordert haben. Ein halbwüchsiger syrischer Arbeiter mußte ebenfalls daran glauben. Er wurde von dem Vojoret eines Soldaten zur Strecke gebracht, der auch niemals zur Rechenschaft gezogen wurde. Die Ereignisse in Lawrence haben, ganz gleich, wie ihr tragisches Nachspiel in beiden Prozessen enden mag, den

gewalttätigen und verbrecherischen Charakter des amerikanischen Ausbeuteriums und zugleich die Niedertracht seiner Zustandsbeamten wissamer vor aller Welt enthüllt, als die schmungslose Kritik unserer Genossen dies vermocht hätte.

Die türkische Krise.

Neuer Aufstand der Walliseren.

Konstantinopel, 17. September. Die Nachrichten aus Albanien laufen wieder äußerst heimlich. In wohlunterrichteten Kreisen wird verichert, daß sich die Situation im Lande der Walliseren wieder sehr verschärft hat. Fast alle Walliseren hätten sich von neuem erhoben. Der Ministerrat hat beschlossen, weitere Truppen in das Blasjot von Scutari zu entsenden, um Karlsruhe im Heime zu ersticken.

Konstantinopel, 17. September. Die Poste bestätigt die Gerüchte über einen allgemeinen Aufstand der Walliseren. Sie erwähnt nur die Nachricht, daß ein Bataillon von eingeborenen Christen angegriffen, die Christen aber gestreut worden seien.

Wahlvorbereitungen in Albanien.

Konstantinopel, 17. September. Den Blättern zufolge haben die Wahlvorbereitungen in Albanien bereits begonnen.

Übersäße auf türkische Militärdepots.

Belgrad, 17. September. Unbekannte Täter versuchten unweit von Pirot an der serbisch-bulgarischen Grenze sich des Waffendepots und Militärmagazins zu bemächtigen, wurden aber von der Schiwalje in die Flucht gejagt. Einer der Banditen wurde erschossen.

Ende des Belagerungszustandes in Konstantinopel.

Konstantinopel, 17. September. Der Ministerrat hat beschlossen, den Belagerungszustand, der heute abläuft, nicht zu verlängern.

Der Friedensschluß in Sicht.

Malland, 17. September. Vom Stande der Friedensverhandlungen erschließt der Secolo aus Lissabon, daß die Unterhändler alle 64 aufgestellten Punkte bis auf die nicht wesentliche Frage der finanziellen Entschädigung erledigt haben. Es bleibt jedoch die Schwierigkeit, die Abreise Libyens in einer Form auszusprechen, die die Poste nicht kompromittiert und gleichzeitig die Ansprüche Italiens in zweifelsfreier Weise anerkennt.

Konstantinopel, 17. September. Eine Kommission beschäftigt sich mit der Prüfung aller auf die Tripolisfrage bezüglichen Akte. Wie verlautet, soll der Schlussbericht der Kommission der Kammer der Rechtfertigung eines eventuellen Friedensschlusses vorgelegt werden. Die Regierung beabsichtigt damit, die Verantwortlichkeit für den etwaigen Verlust von Tripolis den jungtürkischen Herren zu überlassen.

Ein tripolitanischer Protest.

Konstantinopel, 17. September. Die Zeitungen veröffentlichen eine Tepiche der Notabeln von Tripoli in Tripolitanien, worin jeder Gedanke an einen auf dem geringsten Opfer ottomanischen Reichs vorliegenden Frieden zurückgewiesen und unter verächtlichen Ausdrücken gegen die Italiener, die nur einen Mäzenstreifen besaßen, die Regierung beschworen wird, die Tripolitaner nicht im Zweck zu lassen.

Der Parteitag.

(Privattelegramm.)

Heiterer Tag. — Vormittagsitzung.

Haase eröffnet die Sitzung. Im Hinblick des schlechten Wetters wird der geplante Tagesauszug aufgegeben; wahrscheinlich wird morgen nachmittag die Umgebung von Chemnitz besichtigt werden. Über die Organisation der Parteileitung findet eine Generaldiskussion statt unter Stellung neuer Anträge. Ein Antrag Ledebour will die gesamte Reichstagsfraktion mit beratender Stimme am Parteitag zugelassen wissen. Genossen Fahrwaldt, Berlin verteidigt den Antrag, die bisherige weibliche Beisitzerin als Parteisekretärin anzustellen und das bisherige Frauenbüro aufzulösen. Lipinski-Lipzig wendet sich gegen die Julafällung aller Reichstagsabgeordneten und fordert die Einschränkung der Delegationen, um den Parteitag arbeitsfähig zu erhalten.

Gummel-Mülhausen tritt lebhaft für die Julafällung der gesamten Reichstagsfraktion ein. Ledebour meint, die Kommission habe in der Hauptfrage verkehrt, da sie den Auftrag, eine Reformierung des Parteivorstandes vorgenommen, nicht ausgeführt habe. Die ganze Aktion des vorjährigen Jahres habe kein Resultat gezeigt. Er beantragt, die Zahl der Beisitzer nicht festzulegen, damit möglichst bald eine Erweiterung des Vorstandes im Sinne und Geiste des vorjährigen Vertrages herbeigeführt werden könne. Wenn nicht in diesem Jahre, so im nächsten. Stadttagen beschwört die Annahme des Antrags Ledebour, die Nichtzulassung der gesamten Reichstagsfraktion würde Streitigkeiten innerhalb der Fraktion zeitigen. Vor allem aber müsse das Statut geändert und mit dem allgemeinen Wahlrecht in Einklang gebracht werden. Jetzt herrsche in Württemberg das schlimmste Pluralwahlrecht, das die kleinen Dorfschaften gegenüber großen Städten bevorzugt. Schomann-Frankfurt erklärt sich für die Anträge Ledebour. Luett-Hamburg wendet sich gegen die Julafällung der ganzen Fraktion.

David-Mainz erklärt sich gegen den Vorschlag Ledebours. Ledebour wolle einen politischen Wertat gegen die Verwaltungsbürokratie, aber wer sei ein politischer Kopf, wer nicht, darüber fehlt der Nachweis. Eine Reformierung der Parteileitung sei wirklich notwendig. Er sei gegen einen hineinrechnungsbetrag, der nur rechtfertige, aber nicht verpflichtet sei, es besser zu machen. David bittet, den neuen Kommissionsvorschlag anzunehmen. Ledebour polemisiert gegen David; die Dämpfung des Wahlkampfes erwies sich neuem die Notwendigkeit der Reformierung der Parteileitung, um sie politisch aktionsfähig zu machen. Die Zulassung der Partei sollte jetzt schon die Zahl der Beisitzer auf sieben erhöht werden. Ein Schlusshinweis wurde abgelehnt; die Debatte geht weiter.

Die Debatte über den Parteiausschuß wird noch fortgesetzt. Es sprechen noch Quadt-Frankfurt a. M., Geller-Elsah gegen den Ausschuß, während Böddig-Lübeck für den Ausschuß sich erklärt. Böddig-Lübeck tritt in temperamentvoller Weise für den Parteiausschuß ein und wendet sich scharf gegen Ledebour. Darauf wird ein Schlusshinweis gegeben.

In seinem Schlusshinweis wendet sich der Abgeordnete Müller-Berlin schärf gegen Ledebour, dem er vorwirkt, daß er sich nur gegen Personen aus dem Parteivorstand wende, die nicht seiner Ansicht seien. Seien Ledebour und seine Freunde der Meinung, daß im Parteivorstand ungültige Mitglieder säßen, dann müßte man sie eben nicht wieder wählen. (Ledebour ruft: Das ist Demagogie!)

Vorwitzender Haase ersucht Ledebour, solche Zwischenfälle zu unterlassen.

Müller (fortschrifend): Wenn Ledebour das Stichwahl-

abkommen zum Anlaß nimmt, um dem Parteivorstand vorzuwerfen, er habe keine Energie entwickelt, und keinen politischen Weltblick bewiesen, so möchte er demgegenüber betonen, ob überhaupt ein Partei-

tier das Stichwahlabkommen ablehnen konnte (Vielfaches: Geh richtig!) Auch für Massenaktionen sei der Parteivorstand nicht ein getreten und habe gefehlt, aber gerade die Neorganisations würde dazu beitragen, daß auch auf diesem Gebiete die Fragen richtig gelöst werden könnten. Der Parteivorstand habe noch immer in den wichtigsten Fragen der Mehrheit der Partei entsprechend gehandelt, wenn auch Ledebour das nicht anerkennen wollte. Zum Schluß erschien der Redner den Parteitag, der vorgeschlagenen Neorganisations der Partei einstimmig beizutreten.

In der Abstimmung werden die Ledebourschen Vorschläge gegen eine große Mehrheit abgelehnt, bis auf den, der die volle Vertretung der Reichstagstafel auf dem Parteitag fordert. Mit dieser Abänderung wird dann die vorgeschlagene Neorganisation der Partei ein bloß gegen wenige Stimmen angenommen. Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Wetterbericht von der Wetterstube an der Friedrich-August-Brücke vom 18. September, mittags 12 Uhr.

Barometer 758. Veränderlich.

Thermometer +10° R.

Thermograph: Min. +6°, Max. +12°.

Hygrometer 71%.

Wasserstand +30 cm.

Frage des Sachsischen Landesschweizerwerts für den 19. September.

Nordwestwind; wechselnde Bewölkung; Temperatur wenig geändert, kein erheblicher Niederschlag.

Dresdner Polizeibericht vom 18. September.

Gestern abend gegen 6½ Uhr wurde von der Mannschaft des gerade am Terrassenufer anlegenden Personendampfers König Georg der Sachsisch-Böhmisches Dampfschiffahrts-Gesellschaft ein etwa 20 Jahre alter Mann im Elbstrom treibend bemerkt. Die Besatzung genannten Dampfers machte sofort ihr Boot klar, und es gelang ihr, den bereits bewußtlos gewordenen jungen Mann zu retten, der nach dem Aufgefundenen Aufzeichnungen freiwillig in die Elbe gegangen war.

Graf Stolberg-Wernigerode nannte sich ein unbekannter Betrüger, der hier Unterstützungsvereinleben beginnt. Da nicht ausgeschlossen ist, daß er unter diesem oder auch anderem hochlängenden Namen weitere Beträgerversuche versuchen wird, sei vor ihm gewarnt.

Letzte Telegramme.

Schulgeldfreiheit in Sachsen.

Dresden, 18. September. In der heutigen Sitzung der Schuldeputation wurde mit 12 gegen 6 Stimmen die schon in der früheren Sonderdeputation beschlossene Schulgeldfreiheit abermals beschlossen. Dagegen stimmten die Konservativen und der Reformer Biener, der früher mit für Schulgeldfreiheit gestimmt hatte. Die Regierung hatte vorher einen Vermittlungsvortrag gestellt, nach dem es den Gemeinden überlassen werden sollte, in ihr Ortsstatut eine Bestimmung aufzunehmen, nach der die unteren Einkommensklassen vom Schulgeld befreit bleiben können. Dieser Vermittlungsvortrag wurde gegen die Stimmen der Konservativen und des Reformers abgelehnt.

Der Kampf in Ungarn.

Budapest, 18. September. (Privattelegramm.) Die Opposition begab sich heute morgen in den Reichstag. Als der Handelsminister und Landwirtschaftsminister den Sitzungssaal betreten und sich auf ihre Plätze begeben hatten, wurden ihnen Worte wie Mörder und Gauner zugeworfen. Der Handelsminister erhob sich und begab sich zu der Opposition und wurde sofort von einigen Abgeordneten angegriffen. Es kam zu einem Zusammenstoß, so daß eine Polizeimacht in den Saal kam und die Opposition hinauswachte. Wie es heißt, hat der Kultusminister bereits seine Demission eingereicht. Die Situation ist kritisch.

Wenn der Reichstag heute abend geschlossen werden sollte, würde die Opposition doch zusammenbleiben und werden dann von neuem Demonstrationen erwartet.

Das sozialdemokratische Organ in Budapest veröffentlicht in seiner heutigen Nummer einen Aufruf an die ungarischen Arbeiter, sich am Wahlrechtskampfe zu beteiligen. Für heute abend werden die Budapest-Arbeiter zu einer Straßen-demonstration aufgerufen, um der Regierung zu zeigen, daß man gewillt sei, mit allen Mitteln das allgemeine, gleiche Wahlrecht zu erringen.

Albanische Säumung.

Soloni, 18. September. Nach einer Meldung des Balis von Skutari werden Skutari und Durazzo von großen Walliseren-Scharen bedroht. Es sind Truppen zum Schutz dorthin entsandt worden. Der Bal ist sich auch an Ibrahim Pascha im Uesküb gewandt mit der Bitte, die Armauerthüren zu verlassen, 4000 bis 5000 Männer nach Skutari und Durazzo zu Hilfe zu schicken. Die Lage soll dort sehr ernst sein. Es fehlen jedoch infolge Säumung des Telegraphendienstes nähere Nachrichten.

London, 18. September. Nach einem Telegramm des Korrespondenten des Daily Telegraph aus Wulden sandte der russische Botschafter von Charbin unmittelbar nach dem in August stattgehabten Angriffen mongolischer Truppen auf die Bezirke von Tszononfu und der darauf erfolgenden Konzentrierung von 10 000 Mann chinesischer Truppen eine starke russische Abteilung ab. Vier weitere Abteilungen folgten. Sie sollen sich in den inneren Mandchurien unter mongolischen Schutz verschönzt haben. Die chinesischen Behörden befürchten jetzt, daß irgend ein chinesischer Angriff auf die Mongolen eine Kriegsführung gegen Russland bedeuten würde.

Großfeuer.

Bielheim, 18. September. Heute nacht 2 Uhr brach in der Bielheimer Fabrik, G. m. b. H. Großfeuer aus, das die ganze Fabrik, mit Ausnahme von Wohnhaus und Kesselhaus, in Flammen legte. Die Entzündungssurz wurde auf Selbstentzündung zurückgeführt. Der Schaden ist sehr groß. Da sich auf dem abgebrannten Gebäude auch ein großer Telephonstandort befand, sind erhebliche Schäden im Fernsprechverkehr, insbesondere nach Heilbronn, Frankfurt und Köln, sowie zwischen Mannheim und München eingetreten.

Das heutige Blatt umfaßt 20 Seiten.

Geisling-Altenberg!

Sonntag den 22. September 1912, nachmittags 3½, Uhr

Volks-Versammlung

im Schützenhaus in Altenberg.

Tages-Ordnung:

Die Teuerung der Lebensmittel und die politische Lage.

Referent: Reichstagsabgeordneter Rich. Schmidt, Meißen. — Freie Aussprache. Männer und Frauen! Es scheint massenhaft in dieser wichtigen Versammlung! Protestiert gegen den Lebensmittelwucher! Demonstriert für Öffnung der Grenzen und Beseitigung der Sölle! Der Einberufer.

Heidelbeerwein

½ Flasche M. 0.80 infl.
1 Liter M. 0.80
5 : : 2.75 ohne
10 : : 5.25 Glas

Johannisbeerwein

½ Flasche M. 0.80 infl.
1 Liter M. 0.75
5 : : 3.50 ohne
10 : : 6.25 Glas

div. Weine, Liqueurs, Fruchtsäfte usw. preiswert und gut.

Joseph Juraske
Freiberger Platz 24.

Opern-Chor.

Aufnahme in den Opernchor des Instituts für Ausbildung zur Oper finden jüng. Damen und Herren mit guten Stimmen. Diejenigen, welche später zur Bühne gehen wollt, erhalten kostenlos Engagements-Vermittlung. Uebungsstunden: Mittwochs und Sonnabends abends. Prospekte kostenfrei. Anmeldungen persönlich 9–10 früh (auch Sonntags) oder schriftlich an die Direktion: Dresden, Albrechtstrasse 41.

Mehrste Opern-Aufführung im Zentral-Theater:

„Aida“.
Kapellmeister
Felix Petrenz
Direktor.

Altes Eisen, Metalle jeder Art sow. Bodenrummel k. z. h. P. Iff. Klemm, 4 Borag. 4. Gen. b.

Schwiegermütter

welche sich bei ihren Kindern beliebt machen wollen, wenden sich zuwider Einkauf von

Möbel-Ausstattungen

E. Goldhammer

Gr. Brüdergasse 16, I.

Sie erhalten die elegantesten

Wohnungs-Einrichtungen

zum Teil aus eigener Werkstatt,

bei nur 2 bis 4 Mark

wöchentlicher Abzahlung.

Zu jeder Ausstattung ein wert-

volles

Hochzeits-Geschenk

gratis.

Zum Umzug

für

einzelne Möbelstücke

nur 1 Mark Abzahlung

wöchentlich.

Kredit!!

Schlafzimmer-Einrichtung	Wohnungs-Einrichtung	Wagen
Kredit	Anzahlung	Anzahlung
10	20	3
nach	ohne	Firma
außerhalb	Abzahlung wöchentl. von 1 Mark an.	

N. Fuchs
 Dresdens grösstes Kredithaus
 Neumarkt 6/7, parterre, 1. u. 2. Et.

Hosen

Spes. prima echt schwarze und bedruckte, engl. Leder, Samtford und Zwirnfloss-Qualitäten.

Blau Anzüge, echtharbig.arme Jaden in Kalmud, Molton, Leder usw. Hemden, Blousen u. Kleid.

Eigene Fabrikate.

Neuerst billige Preise.

E. Donath, Freiberger Str. 2.

Moderne Bettstellen mit Matr. u. Auflieg. Matr. v. 30 R. an Größe Auswahl

Tränkers Möbelhaus

Görlitzer Strasse 21/23.

Tapezierer

tauen Sofabezüge und Dräle am vorteilhaftesten bei

Hopfmann, Dresden

Pillnitzer Strasse 14. 1. Etage.

Dem geehrten Publikum von Dresden-Görlitz u. Umz. zur ges. Mitteilung, daß ich in dem Hause des Herrn Fleischermeisters Mittag Warthaer Strasse 1, Ecke Cossedaubner Straße ein

Spezial-Zigarren-Geschäft

Eigene Fabrikate

eröffnet habe. Mit dem Bestreben, der werten Kundschaft mit nur guten Qualitäten zu dienen, gezeichnet

Hochachtungsvoll Franz Seidel.

Lungenleidende Astmatiker, Halstiebende, überzeugen Sie sich leistenlos von meiner neuen (ges. gefch.) Behandlungsmethode. Glänzende Erfolge. Behandlung aller vorherrschenden Krankheiten. Jeder Leidende hat bei Vorzeig. d. Annonce die erste Unterredung sofort. Institut für Naturheilkunde E. Markwardt, Dr.-Löbau, Leipzigerstrasse 68. — Sprechzeit: Montags und Donnerstags 2–8½, Dienstags und Freitags 2–5, Sonntags 9–12.

Achtung! Rad, 14 Mart. Wohnstrasse 18, vtr. 1. Ritterstrasse 15, 2 r.

Deutsche Fahrradmontur vulkanisiert holzbar Kompakt 30kg Kurven 47 Weltklasse 5 Auto Klasse 6

KIOS

4. Kreis 5. Bezirk.

Rückt Sitzung findet

Freitag im Restaurant zum

Audax, Delgolandstrasse 8. statt.

Restaur. Blauenher Hof

Hofmühlenstrasse 71.

Empfehle meine Lokalitäten sowie Gesellschaftszaal einer geeigneten Bezeichnung. Max Friedrich.

Badeanstalt Plauen

Lieferant sämtl. Krankenkassen.

Bäder aller Art.

Kokos-Röcken

Selbmanns Filialen

Sozialdem. Verein für den 6. Kreis

Gedächtnishalle: Borßlegasse 4, gegenüber dem „Schönen Mann“.

Zeitung: „Gedenkblatt 1. bis 3–6 Uhr. Wiederholung am 7. u. 8. Uhr.“

Eröffnung: Herr Bruno W. T.

Bez. Gittersee, Coschütz, Burgk, Zschiede, Kl. Naundorf

Sonntagsabend den 21. September, abends 9 Uhr, im Gasthof

Klein-Naundorf Mitglieder-Versammlung. Tages-

Ordnung: 1. Bericht von der Landesversammlung.

2. Bericht vom Kreisvorstand. 3. Vereinssanges-

gelahrte zu erscheinen.

Die Bezirksverwaltung.

Bezirk Leuben

Dienstag den 24. September im Gasthof Leuben

Vorstands-Sitzung mit Delegierten

Donnerstag den 26. September

Gruppen-Versammlungen

Es erfolgt noch Handstiel-Einladung.

Der Bezirkalkar.

Steinarbeiter

Freitag den 20. September, abends 8½, Uhr

Versammlung

in der Zentralhalle, Hochspitalpl.

Tages-Ordnung:

1. Antrag der Verwaltung: Aufschluß eines Mitgliedes bezügl.

2. Vortrag des Kollegen Staudinger, Leipzig, über: Beruf

und Gewerbepraktizität. — 3. Gewerbeschäfts-

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet

Die Verwaltung.

I. Bundes-Männer- und -Frauenchor

Donnerstag den 19. September

Gesamtprobe

Am Reformationsfest KONZERT im Kristallpalast.

Flora

Lößnitzgrund

Elektr. bis Weißes Rau-

begonnen!

Maurer!

Jeder treibsame Maurer kann zu Hause auf Bild. Weise bunt-

farbig Unterrichtsfotos a. s. u. unter-

richten. Bei dem Unterricht wird

die Technik der Maurerarbeiten

ausführlich und leicht verständlich

erklärt. Der Maurer kann

die gewünschten Fotos

ausdrucken und kann

die gewünschten Farben

ausdrucken. Ob die gewünschten

Farben passen, kann leicht festgestellt werden.

Die gewünschten Farben

werden auf dem Foto

ausgedruckt und können

mit dem gewünschten

Farbton übereinstimmen.

Die gewünschten Farben

werden auf dem Foto

ausgedruckt und können

mit dem gewünschten

Farbton übereinstimmen.

Die gewünschten Farben

werden auf dem Foto

ausgedruckt und können

mit dem gewünschten

Farbton übereinstimmen.

Die gewünschten Farben

werden auf dem Foto

ausgedruckt und können

mit dem gewünschten

Farbton übereinstimmen.

Die gewünschten Farben

werden auf dem Foto

ausgedruckt und können

mit dem gewünschten

Farbton übereinstimmen.

Die gewünschten Farben

Zeilage der Dresdner Volkszeitung.

217.

Dresden, Mittwoch den 18. September 1912.

23. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Die erste Sitzung der Schulgesetz-Zwischendeputation am Dienstag im Landtagsgebäude statt. Die Deputation hatte gegenüber dem Vorjahr am 1. Mai 1911 folgenden Verstand:

auch über die Entwicklung der eigentlichen Industriebetriebe gewinnen, wenn man die einzelnen Gewerbegruppen betrachtet, in denen der industrielle Betrieb vorherrscht. Diese Gruppen hielten gegenüber dem Vorjahr am 1. Mai 1911 folgenden Verstand:

	1910	1911
Hüttenwesen	20	19
Industrie der Steine und Erden	1629	1645
Metallverarbeitung	1754	1932
Industrie d. Maschinen, Instrumente u. Apparate	2372	2491
Chemische Industrie	239	265
Industrie d. Forstw. Nebenprod., Fette, Öle usw.	333	328
Textilindustrie	6527	6608
Papierindustrie	957	902
Lederindustrie	216	297
Industrie der Holz- und Schnitstoffe	2911	2020
Industrie der Nahrung- und Genußmittel	5341	6072
Reinigungsgewerbe	4215	4241
Baugewerbe	214	250
Poligraphisches Gewerbe	1175	1227
	922	955

„Und willst du nicht mein Bruder sein...“

Wie oft leiert nicht die Reichsverbands- und Schriftstellerpresse den schönen Vers gerunter, wenn sie vor der Arbeiterbewegung grauslich machen will. Mit Argusaugen entdeckt sie die geringsten Verfehlungen proletarischer Kreise, erhebt ein Jetzgerdrei darüber und glaubt so die Oeffentlichkeit von dem unsauberen Tun und Treiben im Unternehmenslager abzulenzen. Doch aber dort der Terrorismus in nachtester Form herrscht, bestätigt wieder ein Befehl des Verbandes der Bauarbeiter in Leipzig und Umgegend, in dem die Verbandsmitglieder in Vorbereitung auf den nächstjährigen Kriegskampf im Baugewerbe zum schärfsten Terror, zum wirtschaftlichen Krieg gegen alle die Baumateriallieferanten aufgefordert werden, die dem Kommando der Schärmacher im Baugewerbe, in den Verband eingetreten, noch nicht nachgekommen sind. Das im August versendete Schreiben lautet:

Verband der Bauarbeiter in Leipzig und Umgegend, e. V.
Leipzig den

Sehr geehrter Herr Kollege!

Wir übersenden Ihnen hiermit ein Verzeichnis derjenigen Biegelschmiede und Lieferanten von Mauersteinen, die unserm Verband als Mitglieder beigetreten sind.

Wir bitten Sie im Sinne des Beschlusses unserer letzten Generalversammlung dringend, bei Bestellung von Mauersteinen die Firmen, die unsere Mitglieder sind, unter allen Umständen zu bevorzugen und auf diejenigen Biegelschmiede und Händler, die unserm Verband noch nicht angehören, einzurufen, das sie ebenfalls beitreten.

Einige unserer Kollegen haben es sich zum Grundsatz gemacht, wenn ihnen Steine angeboten werden, stets zu erläutern, daß sie nur bei Verbandsmitgliedern, also bei solchen Firmen kaufen, die dem Arbeitgeberverband beigetreten sind.

Es bedarf meist nur der persönlichen Anregung, um die Herren Lieferanten zum Beitritt zu veranlassen. Wenn alle Kollegen in der angekündigten Weise vorgehen, wird der Erfolg nicht ausbleiben. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns!

Mit kollegalem Gruß

Der Vorstand.

Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns! — Das ist die Parole der Schärmacher im Baugewerbe. Nur dort darf gesagt werden, wo die Geschäftsinhaber Mitglied des Schriftstellerverbandes sind. Das ist natürlich keineswegs ein Terrorschlag, sondern die Wahrnehmung berechtigter Interessen — wurde der Staatsanwalt sagen.

Aus dem Landtag.

Die Zwischendeputation für das Gesetz über die Bezirksverbände wird voraussichtlich erst in einigen Wochen zusammentreten. Ein Termin für ihre Einberufung ist bis jetzt noch nicht festgesetzt. — Die Zwischendeputation der Ersten Kammer, die für die Behandlung aller noch vorliegenden Schenkungswünsche eingesetzt worden ist, beginnt ihre Verhandlungen Freitag den 27. September.

Kein besonderes Verkehrsministerium.

Wie die Dresdner Nachr. nach Erfundung an mächtiger Stelle zu melden wissen, verhält sich die Regierung gegenüber den von den Nationalliberalen schon im vorigen Landtag fundgegebenen und jetzt von dem Verband der Industriellen aufs neue geäußerten Wunsch nach einem besonderen Verkehrsministerium nach wie vor ablehnend. Bestimmend dafür soll bei ihr sein, „daß sich die bisherige Organisation durchaus bewährt“ habe und eine Änderung nur mit einer Verfassungsänderung und Schaffung zahlreicher neuer Beamtenstellen möglich sei.

Mit der geplanten Wahlrechtsänderung

beschäftigen sich zwei Proletkongressversammlungen in den größten Sälen Plauens. Lange vor Beginn waren die Säle überfüllt, ebenso der Garten des Gewerkschaftshauses und die angrenzenden Straßen. Reichstagsabgeordneter Giedel-Berlin und Gewerkschaftsbeamter Schulte referierten. Nach Schluss der Versammlungen strömten die Versammlungsteilnehmer in imposantem Zuge nach dem Rathause, wo gerade Stadtoberordnetenversammlung stattfand. Die Zahl der Demonstranten war auf 8000 bis 7000 geschätzt. Auf dem Postplatz, wo die beiden Alte zusammenstießen, zogen die Polizei blau und ließen die Säle auf die Köpfe der Demonstranten niederfallen. Trotzdem gelang es den Arbeitern, vor das Rathaus zu kommen, wo weiterhin schallende Rufe auf das allgemeine gleiche Wahlrecht aufgebracht wurden. Auch hier kam es zu bewaffnetem Einschreiten der Polizei. Eine Anzahl Personen wurde nach der Wache geschleppt.

Inzwischen war die Stadtverordnetenversammlung beendet und die Stadtverordneten, die keine Furcht hatten, gingen durch die demonstrierenden Massen. Sie hatten dabei Gelegenheit, sowohl das Verhalten der Arbeiter wie der Polizisten zu beobachten und wahrzunehmen, welche Einrichtung unter den Einwohnern Plauens über die geplante Wahlrechtsänderung herrschte, die bekanntlich die erste Tat

des neuen aus Dresden gekommenen Oberbürgermeisters Dr. Dehne ist.

Hohenstein-Ernstthal. Der Bau der elektrischen Bahn vom bisherigen Bahnhof nach Lugau-Oelsnig i. Erzg. hat sehr unter der Unzufriedenheit der Bürgerschaft zu leiden, weshalb der Betrieb nicht, wie beabsichtigt, am 1. Oktober, sondern erst später eröffnet werden kann. Die Gleise sind ziemlich bis zum bisherigen Bahnhof gelegt und das Betriebsgebäude und die Wagenhalle sind auch schon fertiggestellt. Die Bahn erhält Personen- und Güterverkehr. — Im Betriebsamt befindet sich unter mehreren Pfleglingen die Mäzen und Schärfließer ausgetrocknet, so daß die Kinder am Dienstag zeitig aus dem Eltern entlassen wurden. Gegen 150 Kinder konnten in die Heimat abreisen, während gegen 40 Kinder zurückbleiben mußten infolge Krankheit. Ein Teil davon wurde ins häusliche Krankenhaus gebracht, der andere Teil blieb im Eltern zur Behandlung. In den nächsten Tagen treffen die leichten Kinder für dieses Jahr zum Aufenthalt ein. Am 15. Oktober wird dann das Eltern geschlossen.

kleine Nachrichten aus dem Lande. In der Nacht zum Montag fand es in der Nannie der Delphiner Wollmimmeret Leipzig-Schönfeld zwischen polnischen politischen Arbeitern zu einer Schlägerei, bei welcher das Messer und Bleistiften eine Rolle spielten. Ein Sohn wurde durch einen Messerstich in die linke Brustseite schwer verletzt, einem anderen wurde mit einer Bleistifte die Schadeldecke fast zertrümmert. Die fünf Hauptbeteiligten an der Schlägerei wurden bei der Kriminalpolizei aufgedischt. — Am Sonnabend früh wurde das bei dem Bäckermeister Goldschmidt in Leipzig-Schönfeld angesetzte getötet gewesene Dienstmädchen Agnes Beumler in der ihm dort von seinem Meister eingeräumten Wohnung tot aufgefunden. Die B. hatte sich mit Gas vergiftet. Die Beumlerin soll sie dazu veranlaßt haben. — Am Montag wurde in Chemnitz der 54 Jahre alte Geschäftsführer Joseph Hammer, Hartmannstraße 1 wohnhaft, von seinem eigenen mit Autos beladenen Schätzler überfahren. Die rechtsseitigen Ränder gingen ihm über die Brust, wodurch er so schwere Verletzungen erlitt, daß sein baldiger Tod eintrat. — Die 17 Jahre alte Dienstmagd Anna Theresia Krauß aus Nossen wurde in einem Raum zu verhaftet. Ihr wird zur Last gelegt, am 19. August in Leutwitz geborenes Kind erdrosselt und im Garten ihrer Dienstherren, der Wirtschaftsdirektorin Herzog, begraben zu haben. —

Stadt-Chronik.

Der Krieg der Droschkenbesitzer über die Polizei

wurde gestern abend in einer ereignisreichen Versammlung in Meinhols Sälen eröffnet. Der Verein der Besitzer von Droschken erster Klasse hatte sich mit einem blutigroten Plakat an die Bürgerschaft, Mittelstandsvereine, Gewerbetreibenden und Handwerker gewandt mit der inständigen Bitte, ihnen zu helfen im Kampfe gegen eine oligowalige, hohe Polizei und sie zu retten vor Untergang und Zusammenbruch. Und da waren sie denn auch gelungen und füllten den Saal bis auf den letzten Platz. Warum sollten sie auch dieses kleine Opfer nicht bringen, konnte doch mit ziemlicher Sicherheit schon von vornherein nach dem Takt des Plakats auf einen genügsamen Abend, auf ein "Theater", gerechnet werden. Und sie hatten sich nicht getäuscht. Als man den Saal betrat, sah man zunächst ein großes Loch in der Mitte; sehr lange Tische waren vollständig unbefestigt und auf jedem prangte eine schöne weiße Tafel, auf der zu lesen war: Referat für Ehrenbürgel. Die erwarteten hohen Ministerien, Kreis- und Amtshauptmannschaftsbüroden, lagen ihm. Sie ließen aus. Statt um 8, gings um 9½ Uhr, trotzdem der Saal schon längst voll war, endlich los, nachdem sich auf dem Podium ein 13köpfiger Bureau-Stab versammelt hatte. Der Herr Vorsitzende, der im Laufe des Abends zeigte, daß er zu allem andern vielleicht besser paßt als zu dieser Tätigkeit, las die paar Eröffnungsworte vom Blatt ab, auf dem auch vorahrend und die Versammlung auf kommende Dinge vorbereitend stand, daß in der Debatte „jedes persönliche und unpässende, nicht zur Sache gehörige Wort nicht zugelassen werde“. Und nun referierte Herr Kramer in hilflosen Sätzen und unter österem Siedenbleiben über den Zusammenbruch der Droschkenbesitzer und dessen Ursachen. Es sei ein ungewöhnlicher Weg, den der Verein heute beschreite. Der Kampf sei den Droschkenbesitzern aber von der Polizei aufgedrängt worden und es bliebe nichts anderes übrig, als die breite Öffentlichkeit zu Hilfe zu bitten. Es handle sich um das Wohl von ca. 350 Droschkenbesitzerfamilien, das durch die beabsichtigte Konzentrierung von 25 Automobil-droschen an einen Ingenieur Fleischer geführt sei. (Es handelt sich dabei um die Einführung einer kleinen und billigeren Kraftwagenart mit einer geringeren Taxe, die in größeren Städten mit gutem Erfolg schon längst eingeführt ist.) Nebner dattirte die Berücksichtigung mit der Polizei von dem Augenblick an, wo die Droschkenbesitzer die verlangte Einführung von Gummirädern ablehnten. Der Geheime Oberregierungsrat Höhfeld habe auf Stiftungsfesten und bei der Jähnentweite des Vereins stets das gute Einvernehmen der Polizei mit den Droschkenbesitzern bestoßen und nun sei doch der Kampf unablässliche geworden. Es müsse sich nun zeigen, wer auf der Strecke bleibe. (1)

Der zweite Referent, Herr Hanke, operierte nicht viel besser als der erste. Er verfasste einen launen Schriftstück und übte eine ziemlich unlogische Kritik an den polizeilichen Maßnahmen in der bereiteten Angelegenheit. In Erinnerung an die "goldenen" Worte des Oberbürgermeisters Beutler: „es sei eine Staatsfrage, den Mittelstand gefund und kräftig zu erhalten“, müsse er sagen, daß es Behörden gebe, die das Gegenteil tun. Die Paragraphen 87 und 76 der Gewerbeordnung, die bestimmen, daß sich die Behörden bei Rendierung des Droschkenverkehrs mit den in Frage kommenden Interessenten ins Einvernehmen zu setzen und sie gutachterlich zu hören haben, seien außer acht gelassen worden. Die Verleihung der Konzession für 25 Kraftdroschen an Herrn Ingenieur Fleischer „aus Neubischau in Böhmen, hinter Prag“ habe die größte Verwunderung in Droschkenbesitzerkreisen und darüber hinaus erregt, um so mehr, als bei den verschiedensten Gelehrten der Droschkenbesitzervereine um Genehmigung von Kraftdroschen immer erklärt wurde, es sei kein Bedürfnis dafür vorhanden. Und nun auf einmal diese Bevorzugung eines Ausländer, der nicht Dresdner Bürger sei, das Gewerbe nicht ausübe und dem die Kenntnis der Dresdner Verkehrsverhältnisse vollständig abgehe. Das sei die bei allen Gelegenheiten so viel gerühmte Mittel-

Die Industrie in Sachsen.

Nach dem Statistik-Jahrbuch für das Königreich Sachsen ist seit dem 1. Mai 1910 die Zahl der gewerblichen Betrieben von 28929 auf 30623 gestiegen. Sie betrug im Jahre 1905 noch 21923, 1906 bereits 28271, 1907 27524, 1908 und hat sich auch im letzten Jahre auf dieser auf 29023 erhöht.

Zu diesen 30623 Anlagen sind nicht nur die rein industriellen Betriebe Sachsen zu erblicken, da die Statistik die aus irgendwelchen Gründen der Gewerbe unterstehen, so namentlich Bäckereien, Konfektionswaren, Kürschnereien usw. Gerade die letzten Aktionen auf Seite der Gewerbebehörde hatten die Tendenz, die Gewerbeordnung unterstehenden Betriebe die Möglichkeit zu erweitern. Unmerklich kann man ein Bild

aus Stube, Kammer, Küche, Bad mit Wasserloset und Keller, und Bodenraum zum Preise von 270 bis 295 M., die sämtlich am 1. Juli vermietet waren und am 1. Oktober bezogen werden. Die Besichtigung, zu der außer den Mitgliedern und Freunden der Genossenschaft auch die zuständigen Behörden eingeladen sind, ist an diesem Tage jedem gern gestattet.

Wauenscher Grund. Wie wir von überlässiger Seite erhielten, hat die Baugenossenschaft für Birkigt und Umgegend ein über 35.000 Quadratmeter große Areal zwischen der Zschotzbergschen Ziegelei und dem Gemeindeamt in Birkigt für 8.000 M. erworben und ist gestern den 17. der Kauf im Handelsamt des Amtsgerichts zu Döhlen zur Eintragung gekommen. In kurzer Zeit wird mit dem Bau der Häuser begonnen, so daß damit zu rechnen sein dürfte, daß die ersten Bebauungen bereits am 1. Januar beziehbar sind.

Näthnig. Donnerstag den 19. September findet im Gewerkschaftlichen Gasthof abends 8 Uhr öffentliche Gemeindebesichtigung statt.

Gompin. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag in der neunten Stunde bei einem hiesigen Ausländer. Eine in den älteren Jahren stehende, an der Drehschmiede beschäftigte Frau kam durch Zufall so unglücklich zu Hause, daß sie dabei einen Bruch des rechten Unterarms erlitten.

Gossebaude. In der letzten Gemeinderatssitzung teilte der Vorsitzende mit, daß der Kauf des Grundstücks von der Firma Wenzel, an der Eichbergstraße gelegen, durch die Gemeinde (Kauppreis 20.000 M.) perfekt geworden ist. Anschließend hieran wurde der Beschuß gefasst, von dem Landwirtschaftlichen Kreditverein des Königreichs Sachsen ein Kredit von 20.000 M. aufzunehmen, um die Haushaltung voll zu zahlen zu können. Das Darlehen wird mit 4 Prozent verjährt und 1 Prozent gelingt. — Zur Unterstützung der Begehrungen des Ausschusses für Vogelschutz im Königreich Sachsen bewilligt man als einmalige Unterstützung die Summe von 10 M. — Die in diesem Jahre vorzunehmenden Gemeindewahlsergebnisse sind wie folgt festgesetzt worden: Die Klasse der Ansässigen wählt am Sonnabend den 30. November, nachmittags von 4 bis 7 Uhr, die 2. Klasse der Ansässigen sowie die Klasse der Unansässigen wählt Sonntag den 1. Dezember, von nachmittags 1 bis 4 Uhr. Die Wahlen werden durch Abstimmungswahl vorgenommen. — Auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses soll der Seefischmarkt wieder eingerichtet werden. Die Anregung hatte Genosse Diez in der vor 14 Tagen stattgefundenen Sitzung gegeben. Hierzu war ein Vertreter des Grünwarenhändlers Krause hier eingegangen, sein der Gemeinderat erachtet wurde, den Verlauf von Seefischen durch die Gemeinde nicht mehr vorzunehmen, da Mr. Seefisch habe und selbst Seefische zum Verkauf bringe. In der Frage war noch erwidert, daß, wenn der Antragsteller Dies als ein eigenes Geschäft beginnen würde, derselbe es dann wohl unterlassen hätte, den Antrag zu stellen, den Seefisch durch die Gemeinde vorzunehmen; ferner dürfe die Gemeinde ihren Steuerzahler nicht Konkurrenz bieten. Der Vorstand war der Meinung, der Eingabe nicht stattzugeben, da die Gemeinde bereits im Vorjahr den Verkauf von Seefischen zusammen und somit früher als der Betreiber den Wirtschaftsrechnung getragen habe. Genosse Diez hat aus, daß er erst durch die Eingabe Kenntnis davon erfuhr, daß Mr. Seefisch verlasse. Man dürfe sich aber nicht entzweit lassen, denn die Gemeinde sei verpflichtet, für billigste Lebensmittel zu sorgen. Der Grundzusatz eines Händlers ist, wohingegen die Ware zum Selbstverbrauch abgibt, mithin ist den Interessen der Gesamtheit der Einwohner durch letzteres besser gebient, als wenn dem Betreiber die Kosten getragen würden. Der Vorstand des Verwaltungsausschusses sand darauf einstimmig ein. Der Verlauf von Seefischen findet nun wieder statt. Der Verkauf von Seefischen findet nun wieder statt. Der Vorsitzende verlangt, daß der Gemeinderat in Abrechnung aller nötigen Nahrungsmittel geeignete Unternehmen möge, um die minderbemittelte Bevölkerung mit billigen Nahrungsmitteln zu versorgen sowie den Einwohnern die Steuern für 1912 ganz oder teilweise zu ersparen und die Königl. Staatsregierung zu bitten, im Bundesrat für Öffnung der Grenzen und Belebung oder Suspensionsierung der Höhe auf alle Nahrungsmittel und Schlachtfleisch einzutreten zu wollen. Der Vorsitzende war nach kurzer Debatte, wobei eine ablehnende Abstimmung nicht herbeigeführt, dem Verwaltungsausschuß zur Verfügung überwiesen.

Hainsberg. Heute abend 8 Uhr öffentliche Gemeinderatssitzung im Gasthof zu Hainsberg.

Tippelswalde. Aufgrund von vorgekommenen, durch die angestrebten Konkurrenz entdeckten Unregelmäßigkeiten bei der Firma Wau u. Willkomm in Seidenau wurden seinerzeit die Händler der Firma, Direktoren Haidamus und Mann sowie Wünschmann jr., der Vertreter der Firma in Hainsberg und dessen Vater, Wülfenbacher Wünschmann in Reinhardtsgrün, in Untersuchungshaft genommen. Jetzt sind Mannen Stellung einer Kautions von 5000 M. und Wünschmann freigesprochen worden. Das Konto und Verwaltungsbüro sind dem Konsulenten Hoesch übergegangen.

Gerichtszeitung.

Betrugsprozeß Snell. (Viertel Tag)

Vor der Verteidigung war ein Altersstiel aus der Gouvernance, der aufgestellt hat, herbeigezogen. Es ist ein Urteil, das er bestätigt hat und am 24. Januar verhängt wird. Das war die Zeit, wo schon die Untersuchung gegen ihn eingeleitet und er auf den Kopf gespielt war. Es soll damit bewiesen werden, wie er den Zu, was der über ihm schwedenden Untersuchung geschieht

hat. Während die Staatsanwaltschaft in seiner Wohnung gebaucht, hat er in seiner Expedition die gleichermaßen juristische Arbeit fast fehlerfrei geleistet. Der Vorsitzende bemerkte, man könne auch ebensoviel das Segen aus dieser Tatsache lesen. Der Staatsanwalt überreichte eine Reihe Mahndokumente aus den Jahren 1910 und 1911, die in einem Ton abgefaßt sind, doch die darin gebrauchten Wendungen der Würde des Richterberufs, den Sn. repräsentiere, nicht entsprechen. Die genannten Geldgeber lassen ihre Missstimmung oft in recht drastischen Ausdrücken hören. Weiter überliefert der Staatsanwalt dem Gericht einen Posten Rechnungen aus der Zeit nach dem Abkommen von 1909, wo er dem Justizministerium versprochen hat, sich der möglichen Sparmaßnahmen zu verschliegen. Daraus geht hervor, daß er in bezug auf Kleidung, Toilettegegenstände usw. sich an seine Einschätzungen gewöhnt hatte. Postkarte für 33 bis 40 M. ließ er sich jedes Vierteljahr aus Berlin schicken, dasgleichen laufte er Süde, Schirme, Kravatten usw. zu fabrikosten Preisen. Angabe verstreift ihm der Hosenhüter. Sn. verteidigt sich damit, daß man solche Aufwendungen machen müsse, wenn eine reiche Heirat glänzen sollte. Trotz seiner Verbeschwerungen habe er in den ersten Hotels in Westerland und Höringsdorf gewohnt. Gelegentlich einer Rechnung von der Kunsthandschuhfabrik Ernst Arnold sagte er, daß seine Junggehilfen häufig von Vögeln heimtausfähigster Tochter aufgesucht worden sei und deshalb habe er auf stilgerechte Dekoration durch Gemälde bedacht sein müssen. Als nicht sehr ehrend und eines Richters unzweckmäßig bezeichnete der Staatsanwalt die Tatsache, daß er einer armen Hausmannsfrau für häusliche Besorgungen und Verlängerungen noch 15 M. schuldig geblieben ist. Nach dem Verhandeln, sich einzufürchten, fällt auch das Abenteuer mit der Sängerin Wizani, die mit einem lächerlichen Gymnasten Döring unter dem Namen Baron und Baronin Berger nach Monaco reiste und, nachdem alle Schmuckstücke verloren und der Trägling verlustig war, sich an Sn. wendete. Nach Absicht des Staatsanwalt konnte Sn. diese Christenpflicht annehmen überlassen, die mehr Geld haben. Es stellt sich heraus, daß der Baron Berger alias Gymnast Döring derselbe Pürsch ist, der sich wegen Gültigkeitsverlusts an seinen Eltern vor der Dresdner Jugendstrafkammer zu verantworten hatte, aber für geringfügig unzurechnungsfähig erklärt worden ist. Daß die Heimtausfähigkeit Sn. nicht sehr ernst gewesen sind, wie sie seine prelatre Lage eigentlich verlangt hätte, beweist der Staatsanwalt an den anderen Viehstaaten. Aus Briefen geht hervor, daß diese Viehstaaten sogar ersten Blätter im Wege gehandelt haben. In einem Brief an eine Geliebte spricht er von seiner „präsumtiven Frau“, mit der er zusammen war und der zu Gesellen er Goethe studierte.

Im Laufe des vorhergegangenen Tages hatte ein Herr Döring an die Verteidigung einen Brief gerichtet und sich als Zeuge angeboten, daß eine Dame, die schon 10.000 M. hergegeben, dem Dr. Sn. noch 10.000 bis 15.000 M. geben würde. Benannter Zeuge war bestätigt und wurde auch abgeholt. Er hat schon bei dem ersten Vorleser von 10.000 M. zwischen der Dame Dr. B. und Dr. Sn. als Vermittler gedient. Er hat für die erste Verhandlung vom Angeklagten 1500 M. Straftatration erhalten. Als vom Gericht bezüglich der weiteren Herabsetzung von solchen Summen seitens der Dame Döring gedrängt wurden, sagte der Zeuge, da hätten sich höchstens Rechtsanwälte hineingemengt. Nach Ansicht des Zeugen würde die Dame, die eben eine vierjährige Witwe geerbt hatte, dem Dr. Sn. gern gehoben haben. Nachdem Rechtsanwalt Döring noch bezüglich der Verlängerung der Untersuchungshaft eine Ressit mit dem Vorsitzenden gehabt, begann nach einer Pause die Plädoyer. In einer großzügigen Rede schilderte der Staatsanwalt Wulffen die Entwicklung der Verhältnisse des Angeklagten von seiner Rückkehr aus dem Lande der Dolapprinzessinnen in das nächstliegende Vaterland, die Entstehung seiner Schulden, die wieder ihren Grund in dem Optimismus und dem Amerikanismus des Angeklagten hätten. Die Entstehung der ersten Schulden, die ersten Slogen und Phrasen, die Androhung der Entlassung, das Abkommen mit den Gläubigern, das Verbrechen des Angeklagten, mit dem ihm verbleibenden Gehaltsrest auszukommen, die Verhinderung der Entlassung, das Wachsen der Schulden und die schwerste Vorwurf, der ihn als Mörder und Mensch trifft: er hielt sein eigenes Versprechen nicht. Dann schilderte er die weiteren Schritte des Justizministeriums vom Jahre 1911 bis zur Verhaftung im Februar dieses Jahres. In bezug auf die Fälle selbst beweist der öffentliche Ankläger, daß die Darleiber in allen Fällen mit ihren Verhältnissen gefügt waren. Von der subjektiven Seite aus ist beobachtet, daß Sn. durch die Verwendung der Frau Krebs als Schlepperin, die Art der Behandlung der Hausmannsfrau sowie sein persönliches Einflussen mit Personen, mit denen er amlich als Strafverteidiger in Prozessen zu tun gehabt hat, seiner Würde als Richter nicht entsprechend war. Bezüglich der Heimtausfahrt habe er nie wirklich Ersatz gemacht, damit hierdurch die Darleiber zu ihrem Schade kommen würden. Der Staatsanwalt beantragte Bestrafung wegen Betrugs in zehn Fällen. Die Aberkennung der bürgerlichen Ehre stelle er in das Erinnern des Gerichts, ausgeschlossen müsse aber im Urteil werden, daß ihm wenigstens zeitlich die Bekanntnisse abgesprochen werden, Ameter zu befehlend. Widerstand für das Schicksal des Angeklagten möge die grobe Tragik desselben wirken.

Von den Verteidigern sprach zunächst Rechtsanwalt Bondi dem Staatsanwalt Dant aus für das menschliche Mitteil, das diesen Fälle durchdringen habe und würdigte die subjektive Seite der Angeklagten, die Person des Angeklagten, während Rechtsanwalt Döring die objektive Seite und die einzelnen Fälle behandelte. Beide Verteidiger waren einig, daß der Angeklagte dem deutschen Richterstand nicht mehr angehören könne, er sei aber kein Betrüger, und plädierten deshalb in erster Linie für Freisprechung, in zweiter Linie für mildeste Anwendung mildender Umstände und Antechnung der Untersuchungshaft.

Das Urteil

gegen den Landgerichtsrat Dr. Snell, das heute mittag gesprochen wurde, lautete auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, davon gelten 5 Monate durch die Untersuchungshaft als verbügt. Weiter wurde dem Angeklagten überlassen, 3 Jahre lang ein öffentliches Amt zu bekleiden.

Gesetzorennengericht

Ratzauberverbrechen. Wieder mußten sich die Geschworenen mit dem vorliegenden Delikt beschäftigen. Angeklagt war der schon mehrfach vorhersehbar Händarbeiter Ernst Oskar Schumann aus Döbeln, das gebrochene Verbrechen am Abend des 16. Mai auf einem Weg bei Komma an einer 22-jährigen Weißhaarerin begangen zu haben. Bei Ausführung seines Vorhabens wurde der 32-jährige Angeklagte gefangen und beim Fliehen nahm er der Verletzten den Regenschirm mit. Da er nicht gefangen war, mußten elf Zeugen abhören werden. Die Beweisaufnahme fand zum Teil unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Gegenwärtig verhördet der Angeklagte eine sechzehnjährige Geschäftsfrau wegen Rücksäßlebstahl. Das Urteil lautete auf eine Gesamtstrafe von drei Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Jugendgericht

Strafe muß sein. Ein 17-jähriger Fleischergehilfe bekam von der Polizeidirektion eine Strafverfügung über 8 M. wegen angeblicher Tierquälerei und Übertritt der Verkehrsordnung. Dagegen beantragte dieser richterliche Entscheidung. Der junge Mann kam eines Tages mit seinem Wagen, vor dem zwei Hunde gespannt waren, vom Schlachthof gefahren. Da die Hunde nicht ziehen wollten, gab er ihnen mit dem Maulkorb eins über. Eine alte Frau äußerte sich hierüber mißbilligend einem Mann gegenüber und dieser hatte aufdringend seinen Spott daran, die Frau zu einer Anzeige bei dem nächsten Beamten aufzufordern. Da sie nun zufällig an einem Generalleutnant vorbeikam, zeigte sie diesem den ohnmächtigen darüberfahrenden Fleischergehilfen wegen Tierquälerei an. Er soll die Hunde auf den Kopf geschlagen haben. Bei dieser Gelegenheit entdeckte das Auge des Gelehrten noch einen weiteren Verstoß gegen die geheiligte „Ordnung“. Nach der Verkehrsordnung muß sich nämlich

an jedem Hundegespann ein Zugband befinden, mit dem die Führer die Hunde unterführen sollen. Der Angeklagte hatte statt des Zugbands zwei Stricke am Wagen, von denen der längere — am Wagen befestigte — das Zugband ersetzte. Da sein Wagen aber mit zwei Hunden bespannt war, die zu beiden Seiten der Deichsel gingen, zog er an dem kurzen Strick, der an der Deichsel befestigt war, denn sonst wäre er den Hunden im Wege gewesen. Die angedeutete Tierquälerei wurde von der als Zeugin vernommenen Angestellten nicht bestätigt. Diese hat nach ihrer eigenen Angabe die Anzeige überhaupt nur deswegen erstattet, weil sie von einem Wanne überreicht wurde. Insofern muß daher Freisprechung erfolgen. Die Überleitung der Verkehrsordnung war nach Meinung des Gerichts gegeben und es wurde deshalb auf 3 M. Strafe erkannt.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Lokales

Die Auspeppung der Werpweder in Dobritz die nunmehr die zwölften Woche dauert, wurde in einer Tagesarbeiterversammlung am Samstagabend den 14. September besprochen. Das war deshalb notwendig, weil zwei der Ausgesperrten heimlichweise mit der Firma in Verbindung getreten waren und ihre Raubarbeitserdiene anboten. Schon vor einiger Zeit hatte der Weber Türke den Versuch gemacht, durch Vermittlung des Webers Hilfes wieder in den Betrieb zu kommen. Damals wurde diese Absicht durch die Wachsamkeit der übrigen Ausgesperrten verhindert. Nunmehr ist Türke aber doch wieder in den Betrieb zurückgekehrt. Um bei seinem Handwerk nicht allein zu sein, versuchte er auch andere zum Streikbruch zu veranlassen. Aber er hatte nur bei dem Weber Otto Thoh Erfolg. Die anderen Ausgesperrten üben Solidarität und halten noch wie vor dem Kampfe aus. Türke und Thoh haben am 10. September die Arbeit wieder aufgenommen, und zwar zu einer Zeit, wo die Soziale der Ausgesperrten äußerst günstig stand. Der Meister hilf, dessen Bruder mit ausgepeppert ist, gab bei seiner Streikbereiterwerbung selbst zu, daß die Ware immer knapper werde. Die Versammlung war empört über das Verhalten der Türke und Thoh und beschloß einstimmig deren Ausschluß aus dem Tagesarbeiterverband. Die Personalien derselben sind: Otto Thoh, geboren am 23. September 1880 in Glauchau, wohnhaft in Großschönwitz, Bismarckstraße 10 (Stammnummer 219 951). Otto Türke, geboren am 29. Februar 1869 in Glauchau, wohnhaft in Großschönwitz, Bismarckstraße 12 (Stammnummer 219 967).

Deutscher Tagesarbeiterverband, Bahnhof Dresden.

Steinarbeiter

Die Sperre bei dem Eisenerzunternehmer Seifert am Landgraben in Gruna ist erledigt. Die Ortsverwaltung.

Inland

Bon einem Streikbrecher erschossen.

In Burg bei Magdeburg wurde in der Nacht zum Montag der 30-jährige Schuhfabrikarbeiter Frisch auf offener Straße von einem Streikbrecher erschossen. Frisch befand sich in Begleitung einiger Kollegen auf dem Nachhauseweg, wo sie an der Holzbearbeitungsfabrik von A. G. Wolff vorbeikamen, bei der seit einiger Zeit die Arbeiter streiken. Einer der von der Firma herbeigezogenen Streikbrecher verblieb vor dem Grundstück dadurch lärm, daß er mehrmals mit seinem Stock an den Rolläden entlang fuhr. Ein Begleiter Frischs ließ deswegen die Wermut fallen: „Na, dich haben sie wohl ausgeschlossen.“ Der Arbeitswillige erklärte: „Was willst du Lump, du hast wohl lange keine barische Wohne im Bank gehabt.“ Als sich die Angestellten diese Wölberei verboten, gab der Streikbrecher plötzlich aus einer Entfernung von 8 bis 10 Meter zwei Schüsse ab. Der zweite Schuß traf Frisch, der an den Folgen im Krankenhaus gleich nach seiner Einlieferung starb. Der Revolverheld legitimierte sich dem Polizeibeamten gegenüber mit den Worten: „Ich habe geschossen, ich bin Arbeitswilliger bei der Firma Wolff.“ Und dieses Wort gesellte will man noch besonders schlagen.

Die Ermordung des Genossen Frisch in Burg hat unter der Bürger Arbeiterchaft eine ungeheure Erregung ausgelöst. Montag abend fand bereits eine Versammlung statt, die von über 8000 Personen besucht war, obwohl erst mittags die Einladungen verteilt werden konnten. Der Streikbrecher, obwohl erst mittags erschienen, wurde abgestraft, damit hierdurch die Darleiber zu ihrem Schade kommen würden. Der Staatsanwalt bearbeitete Bestrafung wegen Betrugs in zehn Fällen. Die Aberkennung der Arbeitswilligkeit der Behörden braucht man in Deutschland, sondern eher einen Schutz der Arbeitswilligen. Mit lebhaftem Beifall wurde die Aufforderung aufgenommen, daß am Tage der Beerdigung des Ermordeten sämtliche organisierten Arbeiter die Arbeit ruhen lassen. Der Tag der Beerdigung ist noch nicht bekannt, da die Staatsanwaltschaft die Leiche noch nicht freigibt. Die Versammlung beschloß ferner, alle organisierten Arbeiter dringend aufzufordern, jede Berührung mit Streikbrechern zu vermeiden und seine Geschäfte und Lokale zu frequentieren, die von Streikbrechern besucht werden.

Der Streikbrecher, der die verantwortliche Tat beging, ist ein 25-jähriger Badener namens Joseph Ruppert aus Karlsruhe. Ihm soll, wie die Magdeburger Zeitung zugibt, schon früher einmal von der Polizei der Revolver abgenommen worden sein. Er hat ihn dann aber wieder zurückgehalten, natürlich, um sich vor dem Terrorisimus der Streikenden schützen zu können. — Unbegreiflicherweise ist der Revolverheld bereits wieder auf freiem Fuß gelegt worden.

Vereinskalender für Mittwoch

Arbeiter-Stenographen. Abends 8½, Uhr Übungssabend im Restaurant Grillenbeck, Rabenauer Straße.

Vereinskalender für Donnerstag

Arbeiter-Stenographen. Abends 8½, Uhr Übungssabend bei Kämpfe, Wernerstraße. Deutsche Arbeiter-Stenographenbund (System Krebs): Beginn des Anfängercurses in Daboms Restaurant, Leipziger Straße 12. Einwohner von Steigk. u. Roschau. Abends 8½, Uhr Einwohner-Versammlung in Rauers' Gasthof, Steigk.

Vereinskalender für Freitag

Deutscher Arbeiter-Stenographenbund (System Krebs): Beginn des Anfängercurses im Volkshaus, abends 8½, Uhr.

Central-Theater.

Täglich abends 8 Uhr Variété-Vorstellung

Sonn- und Feiertags 9½, Uhr.

Nachmittags-Vorstellungen zu ermäßigten Preisen.

Das Rennen in Dresden macht
Tymians Thalia-Theater
Görlitzer Str. 6, Telefon 6200, Linden 8 und 7
Am 1. u. 15. Februar Programmverzeichnis. Sonntag von 11—1 Uhr
Fischer Fräkmüller & Voss, 200 M. Rosenkarten, 120 M. Normalkarten, 90 M. Vorrangskarten.
El. Pr. ab 8 Uhr Gew. Pr. Dauerpreis Damen-Rathen 12. Vorstellung
Wochentags abends 17½-Uhr-Vorstellungen.

Unsere Modellhut-Husstellung ist eröffnet

und bringen wir neben vielen Pariser und Wiener Originalene abente Kopien aus eigenem Atelier. Die diesmalige Husstellung bietet einen Ueberblick über die gesamte Wintermode und laden wir zur Besichtigung ohne Kaufzwang höflichst ein.

Während der Husstellung offerieren wir einige besonders vorteilhafte Saisonangebote und empfehlen:

Damenhüte

Filztuchhüte, moderne Farben und Formen	1.95
Samt Hüte mit Tuchrand	2.95
Plüschtücher, grosse Formen	6.75
Plüschtücher, letzte Saisonneuheit, nur moderne Farben	6.75
Gamins, prima Filz, schwarz und farbig	2.25

Hutgarnituren

Imit. Marabuts, Phantasie	95. 75. 35 Pt.
Straussfedergestecke	1.75. 1.25
Fasanengestecke	1.25. 1.45
Flügel, alle modernen Farben	95. 85. 45 Pt.

Sonder-Angebot ca. 1000 Samthüte

Durch rechtzeitigen Abschluss können wir bereits jetzt etwas Herrvorragendes offerieren:

mit prima Satinrand
nur große Formen
Stück

2.95

Messow & Waldschmidt Wilsdruffer Straße 11/13

III. Illustrirter: Neue Welt-Kalender für das Jahr 1913 Siebenunddreißigster Jahrgang

Inhalt: Kalenderium. — Postalisch. — Bezeichnungsweise Adressen. — Statistisches. — Rückblick (mit Illustration). — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Die Vorgänge im nahen und fernen Osten. — Von Dr. A. Conrady (mit Illustrationen). — Die Frauen und die Tenerung. Von L. Zietz. — Alterei Statistisches. — Die müßigste Heidigung. Skizze von Karl Marchion (mit Illustrationen). — Der Minizer. Gedicht von Johann Falkenberg. — Wege zur Kultur der Arbeiterwohnung. Von Hugo Hiller (mit Illustrationen). — Fabeln. Von Robert Walter. — Der Kapitalismus und die Entwicklung des Flugports. Von Felix Link (mit Illustrationen). — Worte der Lebendigkeit. — Am Wegweiser. Eine lustige Geschichte von Georg Busse-Palma (mit Illustrationen). — Aus weiter Heide. Gedichte von Franz Diederich. — Die Schuhindustrie und ihre Bekämpfung. Von Emil Krause (mit Illustrationen). — Die Skuglingausterlichkeit und ihre Bekämpfung. Von Dr. R. Wulff. — Klage der Fabrikarbeiterin. Gedicht von A. Ellinger. — Täte Krause. Eine Heilig-Änder-Geschichte von Wilhelm Holtzman (mit Illustrationen). — Die Eroberung des Südpols. Von O. Engelbrecht. Graf (mit Illustrationen). — Aus einem Arbeiterinnenleben. — Das nördliche Belagerungsgefecht zur Zeit des Sozialistengenetzes. Erinnerungen von H. Thomas. — Proletarier. Gedicht von Ludwig Prusch. — Auf Nachposten. Eine Soldatengeschichte von August Winnig (mit Illustrationen). — Gedichte von Heinrich Kampchen f. — Der internationale Riesenkampf der Bergarbeiter. Von Franz Pokorny (mit Illustrationen). — Anekdoten. — Unsere Toten (mit Porträts). — Nachdenkliches. — Fliegende Blätter. — Zuviel des Guten. — Für unsere Rätselblätter. — Außerdem vier Bilder: Reisezeit. — An der Tranke. — Die Plättlerinnen. — Der Lockspitzel. — Ein Vierfarbendruck auf Kunstdruckpapier: Mittagspause in Hamburger Hafen. — Ein Wandkalender.

Preis 40 Pfennig

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung.



Hygienische
Frauenartikel
Güllerwaren, Binden etc.
Dauerwäsche billigt.
Wilsdruffer Str. 25, 2., 1. Automat.
Jean Tröger, 10 Br. Hof.

Dr. Winter- u. Sommerberg, Bill.
zu verl. Genrichs Str. 4b, 1. Pfeiffer.

Eleg. Stoff- u. Blümchens
Beste Polsterung — eine Möbel.
Ausstattungen empf. billigst (auch
bei Teilzahlung) Rössler,
Tapezierer, Schäferstraße 22.

Zurückgedehnt vom Grab meines lieben Gatten, unseres Vaters, Groß- und Schwiegervaters, des Schmiedes
Karl Hermann Geissler
bringt es uns, für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme
unseres tugnigen Danz auszusprechen. Dam dem Herrn Geissler
so wie den Meistern und Mitarbeitern der Firma Karl Geissler
Dan auch dem Bundeschor Löbau für den erhabenden Gesang
Ferner allen den lieben Hausherrn, Freunden, Geschäftsmännern
und Genossen für das lezte Geleit und den reichen Glanz
schmeid unsern herzlichen Danz.
Dresden-Löbau, den 18. September.
Die trauernde Witwe nebst Angehörigen.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Cheznig, 17. September.

Zweiter Tag.

Gestern eröffnete die Sitzung und bittet den Parteitag um eine Abstimmung. Die holländischen Parteigenossen führen länger Zeit einen außerordentlich lebhaften Kampf um die Erhaltung des allgemeinen, gleichen und gehobenen direkten Wahlrechts. In Zweite einer besonders wirklichen Demonstration für ihre Wahlrechtsforderungen veranstalteten heute die holländischen Parteigenossen im Haag einen sogenannten roten Dienstag, um dort ihre Wahlrechtsforderungen vor dem Parlamentsgebäude zu präsentieren. Es ist ganz selbstverständlich, daß die deutsche Arbeiterchaft auch den Wahlrechtskampf holländischen Genossen mit ihren allerlebhaftesten Sympathien unterstützt. Das Bureau erläutert Sie daher um die Zustimmung, daß die holländischen Genossen, die heute aus allen Teilen des Landes im Haag zusammengekommen sind, um zu protestieren, die Sympathien des Parteitages auszutragen und daß wir ihnen bestens Erfolg in ihrem Wahlrechtskampfe wünschen. (Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Bei Vorschlag des Zentralkomites wird beschlossen, am Donnerstag Verhandlungen auszuführen und einen Ausflug nach dem Elberfeld zu unternehmen.

Zu eingegangen ist folgende Resolution 104 Gottschalksberg:

In besonderer Verücksichtigung der neuesten, unter dem Vorsitz "Abbildung der Arbeitssage" erfolgten Wehrbelastung gegen das Militarismus und den Schnapsproduzenten bringt der Parteitag den von den drei letzten Parteitagen beschlossenen Gewerbeverbots in eindringliche Erinnerung. Der Parteitag stellt dar, daß die bisherige Durchführung des Votolots eine erhebliche Verminderung des Brannntwerts einbrachte. Zur Folge habe hat, die im Interesse der Volksbefreiung, der Kampffähigkeit des Proletariats und der Schwächung der bürgerlichen Feinde freudig zu begrüßen ist. Erinnert jedoch für die Folge eine noch gewissenhafte Durchsetzung des Parteitagsbeschlusses.

Dann wird in der

Diskussion

Wohlen.

Giebel-Berlin:

Der Wohle Jacob sollte in Zukunft nicht mehr im Losen erdenken, sondern gehetzen, sonst wird das Blatt ausgeworfen. Ich empfehle besonders die Anträge 8-7, es ist da um die Frage der Agitation unter der millionenreichen Arbeiterschaften zu entscheiden. Die Frage der Gewinnung der Arbeiterschaften muß in den Vordergrund gestellt werden. Die Frage zur Voraussetzung unseres endgültigen Sieges gegen den Feind ist in einem Artikel im Februar ausgesprochen, so bat mir die Pflicht, sich dieser Aufgabe mit deiner Kraft zu stellen. Dann wäre es falsch, wenn wir warten würden, bis die liberale Schwäche die Privatangestellten und zu überreden, weil natürlich gerade die bürgerlichen Parteien in ihnen im Runde die Regierungen alles daran setzen werden, Widerstand dieses sogenannten neuen Mittelstandes zu den Kämpfen der Handarbeiterchaft zu hinterziehen, wird die Regierung dieser Schichten die ganze Kraft unserer Organisation und nationale beanspruchen. Für die bürgerlichen Parteien die Regierungen sprechen nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Gründe mit, wenn sie die Vereinigung der Arbeiter und Kapitalisten nach Möglichkeit zu verhindern suchen. In Scharen der Privatangestellten im Reich stellen heute 50 Proz. der Reichstagsabgeordneten diese Privatangestellten das ganze Reich zerstören, sondern konzentrieren sich auf die Großstädte und Industrienzentren. Nicht ohne zu überreden die bürgerlichen Parteien, daß gerade diese Kapitalisten in vielen Fällen zwischen den Kandidaten der Arbeiter und den bürgerlichen Parteien den Ausschlag geben. Die Angestelltenversicherung ist von den bürgerlichen Parteien aus Anerkennung der sozialen Rendite, sondern wirtschaftlichen und parteipolitischen Erwägungen heraus gegeben. Bei der ganzen Entwicklung, die die wirtschaftlichen Verhältnisse der Privatangestellten genommen haben und wir eine durchaus günstige Voraussetzung für die Agitation. Da haben wir wirkliche Bündnisgenossen, um die Angestellten mit sozialistischem Geiste zu erschüttern. Wir müssen darüber, was wir unter dieser Gruppe zu verstehen haben. Sie sind ein die große Sicht der sogenannten freien Berufe, Handarbeiter, Berufe und Rechtsanwälte. Das sind Berufe, die über sozialer Basis stehen; ihre Angehörigen kommen mehr zu uns, die auf individuellem Gebiete liegen. Aber Angestellten in den Büros, Kontoren und Verkaufsstellen gibt es politisierten Kämpfern in unseren Reihen zu machen, besonders in der Privatangestellten heute gezwungen, in einem Verhältnis sich keine Erleichterung zu erwerben. Auch Angestellte werden, wie die gesamte Arbeiterschaft in ihrer Ausbildungsergebnisse, aber nicht nur das, auch die Gehaltsverhältnisse sind außerordentlich niedrig. Rund 50 Proz. aller Angestellten haben weniger als 2000 M. im Jahre, wir haben Berufe, wo dieses Einkommen sogar für 90 Proz. aller Berufsgruppen gilt. Für den Grab der wirtschaftlichen Abhängigkeit Angestellten sind die von der Parteipresse häufig genug bezeichnet worden, so wie die Beiträge, ältere Angestellte zu einem Verhältnis der Gehaltsempfänger zu vertreten, nicht imstande waren, die Kapitalistischen Interessen vertreten, nicht imstande, um die Interessen der Gehaltsempfänger zu vertreten, so wie die Angestellten instinktiv aber nur langsam die Tatsache, daß noch ziemlich große Kreise der Angestellten, nicht nur jenen, daß noch ziemlich große Kreise der Angestellten und dem antisozialistischen Flügel angehören, in dem Verhältnis wenig Angestellte, mindestens nicht in dem Maße wie die Industrie, sie gefallen sich daher entgegen, sondern auch für die sozialpolitischen Interessen der Angestellten einzutreten. Das verzerrt manchen Angestellten. Man kann dann, daß wir unsere Agitation nicht so sozialistisch machen, aber es ist notwendig, die besonderen Verhältnisse der Angestellten, zu berücksichtigen, momentan möchte ich unsere Parteipresse Angestellten und Vorgesetzte möglichst eingehend zu behandeln, nicht darüber, sondern auch eine kritische Stellungnahme dazu ist sicher. Kerner sollte der Parteivorstand Informationsmaterial über die Angestelltenbewegung an die Funktionäre gelangen lassen, damit dann, daß unsere Fraktionen im Reichstag und in den Lagen in sehr fleißiger Arbeit für die Angestellten tätig gewesen seien. Deshalb sind wir nicht dinausgegangen, um den zu erneut zu machen, welche unendliche Tätigkeit in ihrem Sinne ist. Wenn es sich auf kommunalpolitischen Gebiete zu einer Zustellung einer Forderung der Privatangestellten handelt, werden nicht die bürgerlichen Angestelltenvertreter angegangen, sondern die bürgerlichen Vertreter auch in der Öffentlichkeit zu bestimmen. Dabei haben sie oft genug offen auszuzeigen, daß es sich an die bürgerlichen Vertreter wenden, weil das nicht überzeugt, daß durch eine solche Arbeit wir genügend Köpfe und Hände aus dem

Privatangestelltenstande erobern werden. Sorgen Sie dafür, daß durch unsere Tätigkeit die Angestellten herausgeführt werden aus dem bürgerlichen Kampf auf die hohen Höhen des Sozialismus. (Beifall.)

Dr. Laufenberg-Hamburg:

Auch von Hamburg sind eine Reihe von Anträgen in bezug auf die Privatangestellten gestellt. Ich erkläre mich in dieser Sicht mit den Ausführungen Giebels einverstanden. Im übrigen habe ich zum Vorstandsbereich zwei Wünsche vorzubringen. Ich bin der Meinung, daß wir auch auf dem allgemeinen Parteitag zu einer Erörterung der Wahlrechtsfrage in den Einzelstaaten kommen müssen. Es ist begreiflich, daß die Wahlrechtsfrage vorwiegend unter dem preußischen Gesichtswinkel betrachtet wird, aber in allen Bundesstaaten, namentlich in Norddeutschland, ist sie nicht minder dringend. Die preußische Wahlrechtsfrage ist eine eminentie Rechtsfrage, schon deshalb werden wir nicht darauf vorholen, auch auf dem allgemeinen Parteitag zur preußischen Wahlrechtsfrage nehmen zu müssen. Der zweite Wunsch betrifft die Stellungnahme zu den christlichen Organisationen. Der langjährige Kampf, der sich zwischen der Berliner und Hamburger Kirche abspielt, ist ihnen allen bekannt. Auf die dogmatische Grundlage dieses Kampfes will ich hier nicht eingehen, nur darauf will ich aufmerksam machen, daß schon seit langem die Entwicklung des dogmatischen Lehrgebäudes des Zentrums abgeschlossen ist und zwar in einem durchaus kapitalistischen Sinne durch die Tätigkeit, die vor allem der verlorne Papst Leo XIII. entwickele. Nicht nur gegen die sozialistische Weltanschauung als solche richtet sich dieser Abfall, sondern in hervorgegangener Weise auch gegen die moderne Gewerkschaftsbewegung, die Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete des Streiks. Durch den letzten Vergarbeiterstreik ist in der Entwicklung der christlichen Gewerkschaften offenbar ein Wendepunkt eingetreten. Nach der Stellungnahme Biels X. haben die christlichen Gewerkschaften eine andere Wahl, als daß sie sich in allen entscheidenden politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen als Gegner der sozialdemokratischen Organisationen betätigen müßten. Darum ist von unserer Seite notwendig, gerade über die dogmatische Entwicklung im Zentrum mehr Aufklärung zu verbreiten. Ich glaube, es ist notwendig, daß der Parteivorstand sich mit der Frage beschäftigt, in welcher Weise diese Ausklärung speziell vom theoretischen Gesichtspunkt aus in die Wege zu leiten ist. Schon jetzt möchte ich einige Bemerkungen über die Jugendbewegung machen. Die Ausgaben unserer Zentralstelle betragen 8612 M. gegen 14507 M. im Vorjahr. Es ist richtig, daß sich der Aufwand für die "Arbeiterjugend" von 9988 M. im Vorjahr auf 487 M. im Berichtsjahr vermindert hat. Ich bitte zu berücksichtigen, daß die Hamburger Organisation im letzten Jahre 7000 M. ausgab und daß wir beschlossen, im kommenden Jahre weitere 12000 M. aufzutreiben, die ganz wesentlich der Jugendorganisation zugute kommen werden. Sie werden angeben, daß hier zwischen den Ausgaben bei den einzelnen Organisationen und den Ausgaben der Zentralstelle ein arges Mißverhältnis besteht.

Es ist doch nicht angängig, daß ein einzelner Parteidirektor sein eingerichtetes Agitationsgebiet das Doppelte aufwendet, wie die Zentralstelle für das Gesamtgebiet. Wenn wir eine wirklich geistige Entwicklung unserer Jugendorganisationen herbeiführen wollen, dann bedarf es dazu vor allem der Mittel. Ich hoffe, Braum wird mit diesem Wort nicht allzu leicht überredet.

Dr. Rosenthal-Berlin:

Ich habe den Antrag der Genossen aus Schwarzbürg-Sondershausen zu begründen, den Frauengtag in Zukunft schon im März stattfinden zu lassen. Wir wollen den Frauengtag, der eine impulsive Rundgebung der sozialdemokratischen Frauen war, nicht befehligen, sondern im Gegenteil ihm noch zu größerer Bedeutung verhelfen, aber dazu ist es notwendig, wenigstens ungefähr den Zeitraum festzulegen, in welchem offiziell der Frauengtag veranstaltet werden soll. Den Monat Mai halten wir hierfür nicht für geeignet, da wir alles tun müssen, um der Pläne zu größerer Bedeutung zu verhelfen, es wäre unrealistisch, in einem Monat zwei Demonstrationen zu veranstalten. Ich bitte Sie, unser Antrag dem Parteivorstand zu überweisen, der schon wissen wird, wie er ihm zur Durchführung verhelfen kann.

Biniškiewicz-Posen:

Der Antrag 155 aus Berlin will die "Gazeta Robotnicza" weiter subventioniert wissen. Auf dem Parteitag in Halle ist, wie Sie wohl alle wissen, das Blatt ins Leben gerufen worden, selbstverständlich mit materieller Hilfe der deutschen Sozialdemokratie. Damals erschien es einmal in der Woche, 1903 kam die Partei zu der Überzeugung, daß das Blatt nicht weiter subventioniert werden darf, aber die polnischen Genossen sagten sich, daß man es nicht fallen lassen kann. Sie gaben das Blatt zweimal wöchentlich heraus und verlegten die Redaktion nach Oberelsleben. Rast kein deutsches Blatt in einem so kleinen Umfang, hat sowiel Opfer an Gut und Blut geleistet, wie die "Gazeta Robotnicza". Sie werden deshalb begreifen, daß die polnischen Genossen nicht ohne weiteres auf das Blatt verzichten können. 1906 beschloß die Gesamtpartei, das Blatt weiter auszubauen, seitdem erscheint es dreimal wöchentlich in vergrößertem Umfang. Es hat sich, wenn auch langsam, entwickelt (Ebert: 100 Abonnenten habe ich mehr), ich will die Zahl nicht nennen (Ebert: dann werden wir sie nennen). Ich kann beweisen, daß das Blatt sich bis 1909 gut entwickelt, und daß erst 1909, als Verhältnisse eintraten, die die Partei schädigten, ein Rückgang erfolgte. Im letzten Jahre verlangte der Parteivorstand die Verwandlung der Zeitung in ein Wochenblatt, da er die bisherigen Zustände nicht weiter dulden kann. Meiner Meinung nach können die deutschen Genossen nicht damit einverstanden sein, daß eine jahrszeitlange Arbeit vernichtet wird. Wir wollen alles aufwenden, um das Blatt in eine Tageszeitung zu verwandeln. Ob es uns gelingen wird, kann ich nicht sagen, jedenfalls wollen wir es versuchen und alles daran setzen, um das Ziel zu erreichen. Nur Reichstagswahl findet Hunderttausende von politischen Flugblättern gebraucht, um die politischen Arbeiter zu bewegen, für die Sozialdemokratie zu stimmen. Selbst aus thüringischen und niedersächsischen Wahlkreisen wurden polnische Flugblätter verlangt.

Sind die deutschen Genossen der Meinung, daß man zu den Reichstagswahlen politische Flugblätter gebraucht, dann sollten sie konsequenterweise auch für das polnische Blatt agieren, man sollte die Arbeiter nicht im letzten Moment zu gewinnen suchen. Wenn sie das politische Blatt ebenso betrachten wie eine deutsche Tageszeitung, dann werden Sie uns zu hunderten und tausenden Abonnenten verhelfen können. Die preußische Agitation erfordert die Agitation unter den polnischen Arbeitern immer mehr, der Kreis Jäger ist jetzt als deutscher Kreis erklärt worden. Wie können dort keine politischen Versammlungen mehr abhalten. Auch die Gewerkschaften haben ein Interesse an dem Ausbau des polnischen Blattes. Die nationalpolnische Gewerkschaftsbewegung entwickelt sich so, daß die Gewerkschaften allen Grund haben, sich damit näher zu befassen. (Sehr richtig!) Selbst in deutschen Städten wie Stuttgart, Leipzig, Bremen, Hamburg entstehen fortwährend neue Wahlstellen der polnischen Gewerkschaften. Wollen wir das verhindern, dann müssen wir der nationalpolnischen Presse eine polnische Tageszeitung entgegenstellen, die so wie bisher unterstützt werden muß.

Ring-Offenbach:

Der Geschäftsbericht beweist, daß die Entwicklung der Partei eine gesunde ist. Mit der Tätigkeit des Parteivorstandes können wir

in jeder Richtung aufzubauen sein, man beschwert sich heimlich, daß zu viel Anträge gegeben werden. In der "Parteiforumbericht" sind Handlungen des Reichstages und des Preußischen Landtages erwähnt. In der Agitation können wir damit wenig oder gar nichts anfangen. Ich möchte, ohne der Rebaktion der "Parteiforumbericht" nahezutreten, den Wunsch aussprechen, daß solche Aussagen nicht mehr erscheinen. Leider hat der vorliegende Parteitag einen Antrag auf Herausgabe des Abonnementspreises der "Kommunale Praxis" abgelehnt, zum Nachteil unserer kommunalpolitischen Bewegung und der kommunalen Praxis selbst. Die "Kommunale Praxis" hat einen ausgezeichneten Inhalt und man kann es nur bedauern, daß der größte Teil davon abgesondert ist. Obwohl der Aufwand der Partei im letzten Jahre 1100 Mark betrug, möchte ich den Parteivorstand doch um Billigung bitten, ob es nicht möglich ist, den Abonnementspreis herabzulegen.

Auch bei uns in Hessen hat der diesjährige Frauengtag im Mai stattgefunden, der Monat März eignet sich für solche Demonstrationen viel besser. Auch dem Antrag auf Einberufung einer Konferenz der Kreisjedtäte bitte ich zugestimmen. Gedenkt notwendig wie die Sitzungen der Kreisjedtäte ist es, daß einmal eine Konferenz der Kreisjedtäte stattfinde. Nun noch eine Angelegenheit, die speziell unseren Kreis angeht. Die Genossen unseres Kreises sind vor etwa 14 Tagen mit der Nachwahl überrollt worden, daß wir auch die geistige Haupt der hessischen Sozialdemokratie, der Kreisjedtäte in einem Streit um die Mandate zur Verfügung gestellt hat. Er glaubte, auf Grund von Vorgängen, über die er falsch unterrichtet war, zu diesem Schritt entschlossen zu sein. Ich kann mitteilen, daß unsere Kreisjedtäte eindeutig erkannt hat, daß für Ulrich weder fachlich noch persönlich ein Grund vorliegt, der Partei seine Mandate zur Verfügung zu stellen. Wie haben einstimmig dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß Ulrich an seinem Platz bleibt. Ich hoffe, daß durch diese Erklärung die Angelegenheit für alle Beteiligten erledigt ist.

Schubart-Köln:

begründet den Antrag 28*) Wir haben wohl nach außen hin eine außerordentliche Ausbreitung der Partei zu verzeichnen, aber im inneren Parteileben bleibt noch manches zu wünschen übrig. Ich möchte noch machen. Die Ausgaben unserer Zentralstelle betragen 8612 M. gegen 14507 M. im Vorjahr. Es ist richtig, daß sich der Aufwand für die "Arbeiterjugend" von 9988 M. im Berichtsjahr auf 487 M. im Berichtsjahr vermindert hat. Ich bitte zu berücksichtigen, daß die Hamburger Organisation im letzten Jahr 7000 M. ausgab und daß wir beschlossen, im kommenden Jahr weitere 12000 M. aufzutreiben, die ganz wesentlich der Jugendorganisation zugute kommen werden. Sie werden angeben, daß hier zwischen den Ausgaben bei den einzelnen Organisationen und den Ausgaben der Zentralstelle ein arges Mißverhältnis besteht.

Es ist doch nicht angängig, daß ein einzelner Parteidirektor sein eingerichtetes Agitationsgebiet das Doppelte aufwendet, wie die Zentralstelle für das Gesamtgebiet. Wenn wir eine wirklich geistige Entwicklung unserer Jugendorganisationen herbeiführen wollen, dann bedarf es dazu vor allem der Mittel. Ich hoffe, Braum wird mit diesem Wort nicht allzu leicht überredet. Ich hoffe, daß Sie, wenn Sie den Antrag auf Einberufung einer Konferenz der Kreisjedtäte gestellt haben, die Kreisjedtäte sofort der anderen Organisation zu überweisen. Der Kreisjedtäte ist erforderlich. So haben die Berliner Genossen, die jetzt altherold Vorschläge über den Ausbau ihrer Parteiorganisation im Vorwärts erörtert, jetzt nur die Möglichkeit, sich darauf zu befreien, daß da und dort jene Einschränkungen bestehen, über die Erfahrungen, die man damit gemacht hat, lernen sei nicht. Unseren Organisationen gehen viele Mitglieder im Laufe eines Jahres verloren. Es muß untersucht werden, die von einem Ort zum andern ziehenden Mitglieder sofort der anderen Organisation zu überweisen. Unserer Antrag liegt auch der Zedt zugrunde, zu einer Einheitlichkeit des Verwaltungsmaterials zu kommen. Vor einigen Jahren hat der Parteivorstand eine Materialsammlung vorgenommen. Sie sollte zu einer Ausstellung benutzt werden, aber wir haben bis heute nichts mehr davon gehört und ich weiß nicht, zu welchem Ergebnis der Vorstand gekommen ist. Gerade in Bezug auf das Verwaltungsmaterial herstellt die größte Verschiedenartigkeit, sodass es nicht immer möglich ist, sich aus den Abrechnungen ein genaues Bild zu verschaffen. Gerade die Praktiker in unseren Reihen werden auf möglichste Vereinfachung des Verwaltungsmaterials drängen, das unter allen Umständen einheitlich geregelt werden kann. Von einer Konferenz der Kreisjedtäte, an der auch die Kreisjedtäte teilnehmen können, ver spreche ich mir wesentliche Vorteile für unsere Kleingeneration. Vielleicht empfiehlt sich auch die allgemeine Einführung eines Mitteilungsblattes, ähnlich wie die Berliner eine

Runge-Köln:

begründet den Antrag 11 auf Einberufung einer Konferenz der Kreisjedtäte. Auf einer solchen sollten wir uns über die Schaffung von einheitlichem Material, über bestimmte organisatorische Fragen und Fragen der Kleingeneration unterhalten können. Die einzelnen Organisationsstätte und Kreisjedtäte zeigen große Unterschiede, die einen von dem anderen. Das bedingt eine Unförderlichkeit in einer ganzen Reihe von Fragen. Ein Gedankenmautausch in der ganzen Partei ist erforderlich. So haben die Berliner Genossen, die jetzt altherold Vorschläge über den Ausbau ihrer Parteiorganisation im Vorwärts erörtert, jetzt nur die Möglichkeit, sich auf die Praktiken in unseren Organisationen zu befreien, daß da und dort jene Einschränkungen bestehen, über die Erfahrungen, die man damit gemacht hat, lernen sei nicht. Unseren Organisationen gehen viele Mitglieder im Laufe eines Jahres verloren. Es muß untersucht werden, die von einem Ort zum andern ziehenden Mitglieder sofort der anderen Organisation zu überweisen. Unserer Antrag liegt auch der Zedt zugrunde, zu einer Einheitlichkeit des Verwaltungsmaterials zu kommen. Vor einigen Jahren hat der Parteivorstand eine Materialsammlung vorgenommen. Sie sollte zu einer Ausstellung benutzt werden, aber wir haben bis heute nichts mehr davon gehört und ich weiß nicht, zu welchem Ergebnis der Vorstand gekommen ist. Gerade die Praktiker in unseren Reihen werden auf möglichste Vereinfachung des Verwaltungsmaterials drängen, das unter allen Umständen einheitlich geregelt werden kann. Von einer Konferenz der Kreisjedtäte, an der auch die Kreisjedtäte teilnehmen können, ver spreche ich mir wesentliche Vorteile für unsere Kleingeneration. Vielleicht empfiehlt sich auch die allgemeine Einführung eines Mitteilungsblattes, ähnlich wie die Berliner eine

Geschäftsordnungsdebatte.

Roske verliest folgende soeben von Liebnecht und Niedeboer eingereichte Resolution zum Ball Göppingen:

Der Parteitag spricht dem Parteivorstand für sein Vorrecht aus. Er erwartet, daß alle beteiligten Genossen ernstlich bestrebt sein werden, die Versammlungen des Parteivorstandes zur endlichen Befestigung des unverfehligen Zustandes nach besten Kräften zu unterstützen. Er erwartet weiter, daß die Parteigenossen bei Neugründungen den in Betracht kommenden Beschuß des Münchner Parteitages förmlich beachten werden.

Eine Abstimmung über diese neue Resolution wäre nur dann möglich, wenn der Parteitag damit einverstanden wäre. Ich werde darüber abstimmen lassen.

Kiel-Stuttgart: Wenn neue Resolutionen zur Entscheidung gebracht werden sollen, so wird es notwendig sein, die Debatte über die ganze Saison wieder zu eröffnen. (Unruhe.) Ich beantrage das nicht, aber wenn wir das vermeiden wollen, so können wir nur durch die geistige Resolution Auer, die zur Debatte gestanden hat, abstimmen und nicht über die zweite, die nicht diskutiert ist.

Gottschalk-Königsberg: Auch die Resolution Auer lag gestern noch nicht im Druck vor, daß er erst heute den Ball. Um einen überwiegenden Beschuß zu vermeiden, beantrage ich über beide Resolutionen die Debatte zu gestatten.

Lipinski-Leipzig: Solange die Angelegenheit nicht durch das Schlußwort abgeschlossen ist, muß die Möglichkeit zur Einbringung einer neuen Resolution vorhanden sein. Lieber Sie muß auch abgestimmt werden, ohne daß erst der Parteitag es beschließt.

Vorl. Roske: Wir sollten es für zweckmäßig, ob Lipinski Antrag richtig ist, und haben es deshalb für besser gehalten, die Entscheidung des Parteitages herbeizuführen.

Auer-München: Gestern wurde vom Parteitag beschlossen, die Erörterung des Göppinger Angelegenheit zu schließen (Widerprotest). Es wurde der Schluß der Debatte beschlossen. Es lagen zwei Anträge vor, von denen der eine nicht genügend unterstrichen wurde, während der andere als ausreichend unterstrichen galt. Es lag die Möglichkeit vor, diesen Antrag zu begründen und auch zu bestimmen. Es wurde der Schluß der Debatte gemacht. Es ist zweifellos richtig, daß jeder Genosse nun einen neuen Antrag oder eine Resolution einbringen kann, aber es muß auch die Möglichkeit der Begründung und Gegenabstimmung gegeben sein. Die Debatte</p

müsste also wieder eröffnet werden, das wäre korrekt. (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn so vorgegangen wird, dann ist alles in Ordnung, aber es geht nicht an, noch Schluß der Debatte einen Antrag einzubringen, ohne daß über ihn debattiert werden kann. Wenn die Antragsteller auf ihrem Antrage bestehen, bitte ich über ihre Begehrungen abzustimmen.

Lebedour: Unter der von Auer soeben dargelegten Voraussetzung können wir uns, glaube ich, alle auf die Wiedereröffnung der Debatte einigen. (Zustimmung, aber auch Rufe gegen eine neue Debatte.)

Ebert (vom Parteivorstand): Ich möchte bitten, die Wiedereröffnung der Debatte über die Göppinger Angelegenheit, nur der Resolution wegen, abzulehnen. (Sehr richtig!) Und zwar deshalb, weil ich bereit bin, vom Parteivorstand beauftragt bin, im Schlußwort zu erklären, daß in dieser Angelegenheit eine besondere Vertrauensresolution nicht erforderlich ist. (Bravo!) Der Parteitag hat bei der Dechargetterlung sich über unsere Tätigkeit zu äußern. (Sehr gut!) Die Göppinger Affäre ist nur ein Teil unserer Tätigkeit, und wer in dieser Angelegenheit nicht mit unserem Vorgehen übereinstimmt, kann gegen die Dechargetterlung stimmen. (Sehr richtig!) Damit kommt die Meinung des Parteitags klar zum Ausdruck und alles weitere ist überflüssig. (Sehr richtig!)

Liebknecht-Berlin: Der Weg, den Ebert uns soeben vorgeschlagen hat, ist nach meiner Ansicht der allerrichtigste. In dem Augenblick, wo die Antragsteller der ersten Resolution sich auf den Boden des Ebertischen Vorschlags stellen, wird natürlich auch unsere Resolution ganz überflüssig. Wir sind also selbstverständlich bereit, unsere Resolution zurückzuziehen, sofern durch den Zurückzug des anderen Antragstellers die Sache im Sinne des Geistigen Ebert endgültig erledigt ist. Für den Fall, daß die Antragsteller die Resolution nicht zurückziehen, würde es ja für uns bedeutend sein, wenn wir notwendig hätten, in der Erörterung fortzufahren. (Lebhafte Zustimmung.)

Dr. Frank-Winnheim: Das Bedürfnis, auf dem Parteitag möglichst dafür zu sorgen, daß einmütige Entschließungen zustande kommen, besteht auf allen Seiten des Parteitages. Ebert hat erklärt, daß der Parteivorstand kein Bedürfnis nach einem besonderen Vertrauensvotum in der Göppinger Sache habe und daß die Dechargetterlung die Gelegenheit gäbe, die Meinung über die Gesamttätigkeit des Vorstandes zum Ausdruck zu bringen. Aber es handelt sich noch um die Frage, ob der Parteitag nicht ähnlich hat, einen Angriff gegen die Ehre der ganzen Partei zu rückschieben. (Sehr richtig!) Es handelt sich darum, ob der Vorwurf gemacht werden darf, daß Parteianstalten durch wucherische Mittel auf die Gewinnung der Genossen einzunicken versucht hätten. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn der Parteitag der Meinung ist und sie vielleicht auch durch den Vorstand zum Ausdruck bringen lassen will, daß dieser Vorwurf, der gegen alle Anstalten — gegen den Landesvorstand von Württemberg (Aha! Rufe, Segensrufe: Sehr wahrs) noch gestern — erhoben wurde, eine schwere Chrosigkeit behauptet und ihm entsprechend zurückweist, dann haben auch wir kein weiteres Interesse an einer Beschlusssitzung. (Zustimmung.)

Liebknecht-Berlin: Das einmütige Friedensvotum, das Frank als den Wunsch der Unterzeichner des Antrages hingestellt hat, wird meiner Ansicht nach nicht voll erzielt werden können, wenn in einer Angelegenheit vom Parteitag positiv Stellung genommen werden soll, über die der Parteitag in allen Einzelheiten kaum genügend unterrichtet sein kann. (Sehr richtig!) Ich verstehe darauf, daß wir alsbald den Fall Hildebrandt zu erörtern haben, wo die Frage, ob das entscheidende Votum auf genügender vorheriger Information beruht, vielleicht in den Mittelpunkt der Debatte gestellt werden wird. Es empfiehlt sich also, keine Präzedenz zu schaffen. Der Parteitag hat die Überweisung der Angelegenheit an eine Kommission abgelehnt und damit zum Ausdruck, daß er sich nicht für zuständig halte. (Lebhafte Widerspruch) oder keine Rechnung habe, in dieser Angelegenheit weiter hineinzusteigen. Ich meine, wir tun gut daran, eine positive Stellung zur Geduldigung des Göppinger Konflikts in dem Sinn zu nehmen, daß wir, wie das in der von uns eingebrachten Resolution gefordert, die Erwartung und das Verlangen des Parteitages zum Ausdruck bringen, daß alle an diesen Dingen Beteiligten Parteigenossen mit aller Kraft dahin wirken, das nötige Vor gehen des Parteivorstandes nach Kräften zu unterstützen. Wir kommen damit am besten zu einem positiven Resultat, daß wir nicht einen Besluß fassen, der einen wahnwitzigen Vorwurf, der gegen die Partei von irgendinem unverantwortlichen Menschen erhoben wurde, in demonstrativer Weise zurückweist. (Lebhafte Rörl und Zutufe: "Leipziger Volkszeitung") Das unterste Partei denn wirklich nötig, sich und ihre Interessen zu verteidigen gegen den Vorwurf des Gebrauchs wucherischer Mittel zur Beeinflussung der Gewinnung der Parteigenossen? Stehen wir nicht viel zu hoch da, um uns mit solchem Zeug zu beschaffen? (Lebhafte Zustimmung und erneutes Zutufe: Leipzig!) Wir müssen das Ziel im Auge behalten, Friede in Württemberg und Göppingen zu schaffen. Und daraus ergibt sich, daß eine derartige Scheidung, wie sie Frank meint, nicht gemeint ist. Ich nehme denn nun an, daß Ebert eine solche, die ganze Differenz beilegende Erklärung, wie ich sie eingangs angedeutet habe, abgeben wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Auer-München: In den Parteizeitungen werden schwere Vorwürfe gegen den Parteivorstand und den württembergischen Landesvorstand erhoben. Es handelt sich hier um die Ehre der ganzen Partei. Die Genossen im Reiche haben das Recht, zu verlangen, daß der Parteitag die Sache untersucht. Wir wollen durch unsere Resolution die Möglichkeit haben, unserer Ansicht Ausdruck zu geben.

Leipziger Leipziger: Wenn Auer auf seine Resolution besteht, dann muß man auch die Möglichkeit haben, durch die Resolution Lebedour der gesetzlichen Aufzehrung Ausdruck zu geben. Ein Votum für den württembergischen Landesausschuß ist nicht notwendig, er hat es ja schon durch seine Organisation erhalten.

Ebert: Es wird Zeit, daß wir über diese geradezu lebhafte Angelegenheit endlich hinwegkommen. (Lebhafte allgemeine Zustimmung.) Es ist schon zweimal darüber debattiert worden. (Beifall.) Ich bitte zu beachten, daß die Beschuldigung, der württembergische Landesvorstand habe sich eine wucherische Erpressung erlaubt, von einer Persönlichkeit ausgingen ist, über deren moralische Qualitäten, nach dem was wir hier gehört haben, wohl keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen. (Lebhafte Beifall.) Ich will nicht einmal der Persönlichkeit die Ehre antun, ihren Namen zu nennen, ich schlage vor, die Resolution Auer wird zurückgezogen. Wie vom Parteivorstand sind vollkommen zufrieden, wenn Sie durch Ihre Dechargetterlung Ihre Zustimmung zu dem Vorgehen des Parteivorstandes geben. (Lebhafte Beifall.)

Dr. Frank-Winnheim: Nachdem die Beschuldigungen gegen den württembergischen Landesvorstand von dem Genossen Ebert in dieser Weise charakterisiert worden sind und nochmals Liebknecht erläutert hatte, welche Meinung auch wir sind — daß die Partei gegenüber solchen Beschuldigungen viel zu hoch steht, gleich ich in Übereinstimmung mit den Unterzeichnern den Antrag Auer zurück. (Lebhafte Beifall.)

Lebedour: Dann ziehen wir auch unseren Antrag zurück. (Lebhafte Beifall.)

Damit schließt die Geschäftsführungsbeteiligung.

Dann wird in der

Allgemeinen Diskussion fortgesetzt.

Neugeschaffene Büchergesellschaft-Duisburg: Auf dem Gebiet der Bildungsarbeit kann nicht genug getan werden. Die Lebendige der Arbeiter im allgemeinen hat sich nicht gehoben, es ist noch viel Stand und Rat vorhanden. Das sieht man besonders in Chemnitz. Von einer gehobenen Lebendigkeit für einzelne Personen kann man wohl sprechen. Sie besonders sollten auch dafür sorgen, daß ihre Kinder im Geiste des Sozialismus erogen werden. Mit der Tätigkeit des Partei vorstandes können wir in jeder Beziehung einverstanden sein.

Büchner-Berlin: Minstiewicz hat vorhin schon erläutert, wie die Zustände in der "Gazeta Robotnicza" sind. Der Parteivorstand hat beschlossen, das Blatt, was bisher dreimal wöchentlich erschien, nun monatlich herauszugeben. Die Unterausbildungspolitik, die bolschistische Bewegung, die nationalpolitischen Fragen bringen es mit sich, daß in den polnischen Gebieten eine ganz besondere intensive Agitation notwendig ist. Ein großer Teil der Leute, die dort der Organisation und dem Bezirksteil gewonnen sind, wanderten noch anderen Orten aus und verließen die ostdeutschen Gefilde. Die Kosten, die dort aufgewendet werden, können aber auf der anderen Seite der Partei und der Presse zugute kommen. Meine Parteifreunde im 4. Berliner Wahlkreis, wo ungeheuer viel Polen wohnen, ebenso wie in Berlin VI, sind der Ansicht, daß das Blatt wieder dreimal wöchentlich erscheinen soll. Nicht einverstanden sind wir aber, wenn Minstiewicz einfach erklärt, daß Blatt soll täglich erscheinen. Nehmen Sie den Antrag an, daß das Blatt wieder dreimal wöchentlich erscheint.

Luise Bieg-Berlin: Es ist hier der Wunsch geäußert worden, daß die Buchhandlung Vorwärts die "Kommunale Praxis" zu einem billigen Preis abgeben möge. Beim Eingabebezug betrifft der Preis pro Quartal 8 M., wird aber für die einzelnen Orte ein gemeinsamer Preis für alle Kommunalvertreter eingeführt, dann geht der Preis, ganz unabhängig von der Zahl der entnommenen Exemplare, auf 2,25 M. herunter. — Nun der Frauenstag. Der Parteivorstand und die Bezirksleiterkonferenz haben sich mit der Frage des Termins und der Ausgestaltung des Frauentages bereits beschäftigt. Ich bitte Sie, so zu verfahren, wie von Rosenfeld vorgeschlagen wurde und dem Antrag der auf den Frauentag Bezug nimmt, dem Parteivorstand zu überweisen. Er wird nächstens mit der Bezirksleiterkonferenz über diese Frage verhandeln. Lassen Sie uns da freie Hand bei der Entscheidung über die Bekleidung des Termins und sonstige Ausgestaltung des Frauentags. Wir sind alle einig, daß diese Demonstration, die der Erringung des vollen Bürgerrechts des Weibes gilt, so gut und wichtig wie nur möglich ausgestaltet werden muß. (Beifall.)

Vorstand der Rosse: Damit ist die Diskussion über die Anträge zum Vorstandsbereich, soweit sie die allgemeine Agitation betreffen, erledigt. Es folgt die Debatte über die Anträge zu dem Punkte Presse.

Berlin-Düsseldorf:

Die Ideen des Sozialismus müssen auch in den Kreisen der jungen Jugend finden, die man mit dem nicht schönen, aber richtigen Ausdruck: "Nichtvollständige" bezeichnet, diesen unglücklichen Menschen, die durch irgendeine Gebrüder sind, am Leben den Anteil zu nehmen, den der normal entwickelte Mensch haben kann. Diese Bestrebungen entsprechen ist der Parteivorstand dazu übergegangen, eine besondere Zeitschrift für die Jugend herauszugeben. Aber auch die Jugend kann in den letzten Jahren gezeigt, daß sie an politischen Leben regen Anteil nehmen. In manchen Parteiorienten haben sich bereits Sektionen der Taubstummen gebildet, die sich den politischen Organisationen der Partei angegliedert haben. In Düsseldorf haben wir bereits über 50 Mitglieder, auch in Berlin bestand eine Sektion, die leider einschlaufen ist. Die Taubstummen des Wahlkreises Düsseldorf beantworten, daß der Vorstand eine Zeitschrift herausgibt, die regelmäßig erscheint, sie soll besonders zur Agitation unter dem Taubstummenproletariat dienen. Es handelt sich um eine immerhin zahlreiche Schicht der Bevölkerung, nach der Volkszählung von 1910 gab es 35 000 Taubstummen in Deutschland, meist Angehörige des Proletariats. Von kirchlich konfessioneller Seite bemüht man sich um sie seit Jahren, man versucht, diese taubstummen Proletarier zu erziehen, haben, wo die Frage, ob das entscheidende Votum auf genügender vorheriger Information beruht, vielleicht in den Mittelpunkt der Debatte gestellt werden wird. Es empfiehlt sich also, keine Prädilektion zu schaffen. Der Parteitag hat die Überweisung der Angelegenheit an eine Kommission abgelehnt und damit zum Ausdruck, daß er sich nicht für zuständig halte. (Lebhafte Widerspruch) oder keine Rechnung habe, in dieser Angelegenheit weiter hineinzusteigen. Ich meine, wir tun gut daran, eine positive Stellung zur Geduldigung des Göppinger Konflikts in dem Sinn zu nehmen, daß wir das in der von uns eingebrachten Resolution gefordert, die Erwartung und das Verlangen des Parteitages zum Ausdruck bringen, daß alle an diesen Dingen Beteiligten Parteigenossen mit aller Kraft dahin wirken, das nötige Vor gehen des Parteivorstandes nach Kräften zu unterstützen. Wir kommen damit am besten zu einem positiven Resultat, daß wir nicht einen Besluß fassen, der einen wahnwitzigen Vorwurf, der gegen die Partei von irgendinem unverantwortlichen Menschen erhoben wurde, in demonstrativer Weise zurückweist. (Lebhafte Rörl und Zutufe: "Leipziger Volkszeitung") Das unterste Partei denn wirklich nötig, sich und ihre Interessen zu verteidigen gegen den Vorwurf des Gebrauchs wucherischer Mittel zur Beeinflussung der Gewinnung der Parteigenossen? Stehen wir nicht viel zu hoch da, um uns mit solchem Zeug zu beschaffen? (Lebhafte Zustimmung und erneutes Zutufe: Leipzig!) Wir müssen das Ziel im Auge behalten, Friede in Württemberg und Göppingen zu schaffen. Und daraus ergibt sich, daß eine derartige Scheidung, wie sie Frank meint, nicht gemeint ist. Ich nehme denn nun an, daß Ebert eine solche, die ganze Differenz beilegende Erklärung, wie ich sie eingangs angedeutet habe, abgeben wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Büchner-Berlin: Das einmütige Friedensvotum, das Frank als den Wunsch der Unterzeichner des Antrages hingestellt hat, wird meiner Ansicht nach nicht voll erzielt werden können, wenn in einer Angelegenheit vom Parteitag positiv Stellung genommen werden soll, über die der Parteitag in allen Einzelheiten kaum genügend unterrichtet sein kann. (Sehr richtig!) Ich verstehe darauf, daß wir alsbald den Fall Hildebrandt zu erörtern haben, wo die Frage, ob das entscheidende Votum auf genügender vorheriger Information beruht, vielleicht in den Mittelpunkt der Debatte gestellt werden wird. Ein Votum für den württembergischen Landesausschuß ist nicht notwendig, er hat es ja schon durch seine Organisation erhalten.

Leipziger Leipziger: Wenn Auer auf seine Resolution besteht, dann muß man auch die Möglichkeit haben, durch die Resolution Lebedour der gesetzlichen Aufzehrung Ausdruck zu geben. Ein Votum für den württembergischen Landesausschuß ist nicht notwendig, er hat es ja schon durch seine Organisation erhalten.

Ebert: Es wird Zeit, daß wir über diese geradezu lebhafte Angelegenheit endlich hinwegkommen. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist schon zweimal darüber debattiert worden. (Beifall.) Ich bitte zu beachten, daß die Beschuldigung, der württembergische Landesvorstand habe sich eine wucherische Erpressung erlaubt, von einer Persönlichkeit ausgingen ist, über deren moralische Qualitäten, nach dem was wir hier gehört haben, wohl keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen. (Lebhafte Beifall.) Ich will nicht einmal der Persönlichkeit die Ehre antun, ihren Namen zu nennen, ich schlage vor, die Resolution Auer wird zurückgezogen.

Wie vom Parteivorstand sind vollkommen zufrieden, wenn Sie durch Ihre Dechargetterlung Ihre Zustimmung zu dem Vorgehen des Parteivorstandes geben. (Lebhafte Beifall.)

Dann ziehen wir auch unseren Antrag zurück. (Lebhafte Beifall.)

Damit schließt die Geschäftsführungsbeteiligung.

Dann wird in der

Allgemeinen Diskussion fortgesetzt.

Neugeschaffene Büchergesellschaft-Duisburg: Auf dem Gebiet der Bildungsarbeit kann nicht genug getan werden. Die Lebendige der Arbeiter im allgemeinen hat sich nicht gehoben, es ist noch viel Stand und Rat vorhanden. Das sieht man besonders in Chemnitz. Von einer gehobenen Lebendigkeit für einzelne Personen kann man wohl sprechen. Sie besonders sollten auch dafür sorgen, daß ihre Kinder im Geiste des Sozialismus erogen werden. Mit der Tätigkeit des Partei vorstandes können wir in jeder Beziehung einverstanden sein.

Sinnen wir aber nicht nehmen, weil sonst die Ausgaben zu hoch würden. Das Richtige würde sein, wenn Sie über den Antrag nichts tun.

Luise Bieg-Berlin:

Im Namen des Parteivorstandes bitte ich Sie, den Antrag 101, der sich auf den Inhalt der "Gleichheit" bezieht, abzulehnen. Damit ist die Ribeau der "Gleichheit" nicht herabgebracht werden darf, sondern sie soll eine höhere Aufgabe zu erfüllen. Sie ist bei den neu gewonnenen Genossinnen in unsere Weltanschauung einzu führen, sie mit sozialistischen Erfahrungen auszustatten. Dieser Antrag und durch die Beilage für Frauen und Mütter soll aber auch das führende Organ der fortgeschrittenen Genossinnen sein und dazu muß sie bei neu aufzutretenden Fragen orientierend wirken und muß diese Fragen im Sinne des Sozialismus zeigen. Wenn wir in Deutschland die sozialistische Arbeit aufzutreten haben, daß die proletarische Frauenbewegung vollkommen frei ist von allen frauenschwierlichen Tendenzen, daß gerade die sozialen inneren Wesen und Stren nach ein Teil der großen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ist, so haben wir das nicht in leichter Linie dem schwulenten Einfluß der "Gleichheit" zu danken. (Beifall.)

Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, den Antrag abzulehnen. Die auf verschiedenen Bezirkssitzungen und auch im Parteitag ausgesprochene Meinung, daß das Gelingen der "Gleichheit" für einen Teil der fortgeschrittenen Genossinnen nicht mehr notwendig wäre, weil sie sich in der Parteipresse orientieren könnten, ist falsch. Unsere Parteizeitungen sollen im eigentlichen Sinn den Sozialismus zu zeigen und im Zusammenhang mit der gesamten Arbeiterbewegung, das sollte die Aufgabe der "Gleichheit" sein. Ich bitte Sie, auch den Antrag auf Abreise der Kinderbeiträge der "Gleichheit", um sie den Organisationen folgend aufzuhören, abzulehnen. Wir sollten vielmehr mit aller Mühe und dergleichen haben, daß die gesamte "Gleichheit" abmoniert und geschwärzt wird. Jeder Kinderfreund hat seine helle Freude über unsere Kinderbeiträge. Deshalb soll diese Kinderbeiträge mit der "Gleichheit" die weiteste Verbreitung finden. Zum Antrag 98 fällt es mich dem an, was Béard ausgeführt hat. Bezuglich des Antrags 101, der eine Modenzeitung schaffen will, hat ja Ebert schon in Geschäftsbüro ausgeführt, daß der Parteivorstand trotz der groben Schwierigkeiten ein solches Blatt schaffen will. Schließlich wird es jedoch als möglich erscheinen. Ich nenne dieses Blatt als "Die praktische Kämpferin", wie die "Praktische Hausfrau" und die "Praktische Betreuerin" die ihre Leser in häuslichem und biologischem Sinne beeinflussen. Der Antrag selbst ist also bereits überwunden. Damit der Antrag 98 nicht wiederkehrt, muß ich erläutern, daß es doch ein fundamentales Unterschied ist, ob wir eine besondere Literatur schaffen für die Kinder, die nicht lesen können, oder für die Taubstummen, die genau so lesen können wie wir. Um die Taubstummen Vorbereitung für den Klassenkampf zu gewinnen, kann man ja, wie es jetzt in mehreren Orten geschieht, für sie besondere Sektionen errichten und darauf in unserer Presse hinweisen. Den Antrag 98 ist der Parteivorstand zu überweisen. Ein Antrag im Sinne des Antrags 99 ist schon von einer Konferenz der Arbeiterfraktion abgelehnt worden. Die Beilage des Correspondenzblattes und auch schon den gewohnten Anträgen. Deshalb bitten wir, den Antrag 98 abzulehnen. Die "Vorwärts"-Buchhandlung hat in Berlin eine Bibliothek, in der die gewerkschaftlichen und beruflichen sozialistischen Fragen in abgeschlossenen Broschüren behandelt werden. Auch diese neu zu schaffenden Bibliotheken würden ja Teil des Wunsches des Antrages 99 Rechnung tragen.

Ludwig-Hagen: Die Genossen Bieg hat Rosenmod und (Seite und Ohr) Sie bei der "Sozialdemokratie" in Trier abgemacht. Ich möchte Sie bitten, Ihren Antrag 98 abzulehnen. Die "Vorwärts"-Buchhandlung hat in Berlin eine Bibliothek, in der die gewerkschaftlichen und beruflichen sozialistischen Fragen in abgeschlossenen Broschüren behandelt werden. Auch diese neu zu schaffenden Bibliotheken würden ja Teil des Wunsches des Antrages 99 Rechnung tragen.

Luise Bieg: Wenn der Antrag 98 abgelehnt wird, dann ist der Antrag 101, der eine Modenzeitung schaffen will, hat ja Ebert schon in Geschäftsbüro ausgeführt, daß der Parteivorstand trotz der groben Schwierigkeiten ein solches Blatt schaffen will. Schließlich wird es jedoch als möglich erscheinen. Ich nenne dieses Blatt als "Die praktische Kämpferin", wie die "Praktische Hausfrau" und die "Praktische Betreuerin" die ihre Leser in häuslichem und biologischem Sinne beeinflussen. Der Antrag selbst ist also bereits überwunden. Damit der Antrag 98 nicht wiederkehrt, muß ich erläutern, daß es doch ein fundamentales Unterschied ist, ob wir eine besondere Literatur für die Kinder, die nicht lesen können, oder für die Taubstummen, die genau so lesen können wie wir. Um die Taubstummen Vorbereitung für den Klassenkampf zu gewinnen, kann man ja, wie es jetzt in mehreren Orten geschieht, für sie besondere Sektionen errichten und darauf in unserer Presse hinweisen. Den Antrag 98 ist der Parteivorstand zu überweisen. Ein Antrag im Sinne des Antrags 99 ist schon von einer Konferenz der Arbeiterfraktion abgelehnt worden. Die Beilage des Correspondenzblattes und auch schon den gewohnten Anträgen. Deshalb bitten wir, den Antrag 98 abzulehnen. Die "Vorwärts"-Buchhandlung hat in Berlin eine Bibliothek, in der die gewerkschaftlichen und beruflichen sozialistischen Fragen in abgeschlossenen Broschüren behandelt werden. Auch diese neu zu schaffenden Bibliotheken würden ja Teil des Wunsches des Antrages 99 Rechnung tragen.

Die Debatte über Presse und Literatur wird geschlossen. Die folgende Debatte bezieht sich auf die Anträge, die die Jugendorganisation und die Bildungsfrage erfordern. Es liegt die von uns an leitender Stelle verabschiedete Resolution und Genossen vor, ferner folgende neu eingegangene Ebert und Genossen:

Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, durch zeitnahe Maßnahmen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen in einem Alter von 18 bis 21 Jahren für die Arbeiterorganisation zu gewinnen. Er hält es in erster Linie für die Pflicht der Bildungsarbeit, die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen durch besondere Propaganda zu den bildenden und belebenden Veranstaltungen einzuladen und sie durch planmäßige Schulung zu den ausgewählten Mitgliedern der Organisation zu machen.

Heinrich Schulz: Der Bericht des Zentralbildungsausschusses hat in der Kurzpräfung wenig oder gar keine Ausführung erfahren. Auch die Bildungsfrage enthält keine eigentliche Anregung, sondern nur Anregungen und Wünsche. Intervenient ist es, daß der Antrag 98 abgelehnt wird. Deshalb bitten wir, den Antrag 98 abzulehnen. Die "Vorwärts"-Buchhandlung hat in Berlin eine Bibliothek, in der die gewerkschaftlichen und beruflichen sozialistischen Fragen in abgeschlossenen Broschüren behandelt werden. Auch diese neu zu schaffenden Bibliotheken würden ja Teil des Wunsches des Antrages 99 Rechnung tragen.

Der Ber

zusammen, und zwischen der Arbeit, die wir an den über 18 Jahren alten Scheitern und Arbeitersinnen zu leisten haben. Für die Arbeiter gelten die gesetzlichen Beschränkungen nicht; man kann sie keineswegs für sie nicht zu der Jugendbewegung im engsten Sinne rechnen. Werende diese jünger Leute sind die besten Hoffnungen für unsere planmäßige Bildungsarbeit und deshalb müssen wir Gott auf ihre Heranreifung logen und versuchen, sie durch katholische Ausklärung dauernd für uns zu gewinnen. Was die eigentliche Jugendfrage betrifft, so sind wir und doch darüber sehr froh, dass, was als bürgerliche Jugendbewegung geschieht, eine gute, indirekt gütigzuführende ist auf die Arbeit der proletarischen Jugendbewegung. Die Bürgerlichen müssten uns eigentlich dankbar sein; aber wir beanspruchen keinen Dank, wie wir auch den Bürgerlichen nicht dafür danken, daß sie uns durch ihre Maßnahmen vorwärts bringen. Diese Herren tun das ja nicht zu Gefallen. Die Logik der Entwicklung bringt es mit sich, daß alle ihre Maßnahmen zu unseren Gunsten ausfallen. Bürgerlicher Seite besteht keineswegs volle Einmütigkeit; die sozialistischen Jugendvereine sind verstimmt, weil die interessentielle Bewegung unter der Oberhöheit des Vereins für Selbstausfahrt an ihre Stelle getreten ist. Das neueste Ergebnis ist der Bund Jugenddeutschland, der alles mögliche unternehmen will, aber richtigst gesagt unter einen Helm zu bringen. Natürlich könnten wir nichts dagegen haben, daß auf bürgerlicher Seite eine Jugendbewegung besteht, wohl aber wenden wir uns dagegen, daß man die bürgerliche Jugendbewegung zu aussichtsreich macht, daß man aus allgemeinen Mitteln eine Bedeutung fördert, um das Proletariat zu bekämpfen. (Lebhaftes Lachen.) Man hat jetzt plötzlich die berühmte Rüde amischen

in 14. und 18. Lebensjahre entdeckt, ohne daran zu denken, daß es schon seit langem bestrebt gewesen sind, diese Lüde auszufüllen (es ist richtig). Die Sozialdemokratie hat *gut* die menschenwürdige Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft bekämpft, sie den obligatorischen Fortbildungsschulunterricht, sie hat die Verkürzung der Schulpflicht, sie hat gemeindliche Bildungsseinrichtungen und dergleichen gefordert, um diese Lüde zu schließen (es folgte Zustimmung.) Es ist eine geradezu widerwärtige Sache, wenn man über die bedauernswerte Lage der Arbeiterjugend jammert und doch nichts tut. Mit Unterstützung der Regierung wird eine ganz gewöhnliche politische Agitation gegen die Sozialdemokratie getrieben. (Sehe wahr!) Wir wenden uns dagegen, daß öffentliche Gelder privaten Organisationen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zur Verfügung gestellt werden, daß öffentliche Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, nicht um die neutrale Jugendbewegung zu unterstützen, sondern um unter diesem Deckmantel die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Wir wenden uns gegen diese Unterstützung, weil man die Arbeiterjugend durch allerhand Maßnahmen behindert hat. Die Teilnahme von Jugendlichen unter 18 Jahren an politischen Veranstaltungen ist verboten. Dieser Paragraph wird nur gegen die Arbeiterjugend angewendet. Erinnern Sie sich an den Entschluß des preußischen Oberverwaltungsgerichts, daß Arbeiterjugendvereine und freie Jugendorganisationen für alle Vereine erlaubt werden. Nach diesem Urteilspruch gibt es überhaupt nichts, was nicht als politischer Verein aufgefaßt werden könnte, denn alles wird in irgend einer Weise der Sozialdemokratie dienstbar sein. Wenn nur der zehnte Teil des juristischen Schriftsinnss, der gegen die Arbeiterjugendbewegung gerichtet ist,

wied, gegen die bürgerliche Jugendbewegung gerichtet würde, würde schon mit Stumpf und Stiel ausgenutzt sein. In der "Zeitung" wird offen zugegeben, daß die ganze Bewegung hier verfolge, der Sozialdemokratie und dem Atheismus entwirken. Die satzung bekannten „Hamburger Nachrichten“ schreibt: „In ihrer fanatischen Begierde, aus dem Herzen der Bevölkerung den Glauben an die Ideale zu reißen, ist die Demokratie seit Jahren am Werke, die Jugend zu revolutionieren!“ Ist das Dummheit oder Insamie, so etwas zu schreiben? Wenn heute noch irgendwo Ideale sind, so sie bei der kämpfenden Arbeitersklasse. In sozialdemokratischen Weltanschauung, in den sozialistischen Vereinigungen sich alle unausgeführten wertvollen Ideale früheren. In der bürgerlichen Jugendbewegung spielen dagegen eine Rolle: Königstreue und Vaterlandsliebe. Haben die Institutionen nicht gewandelt? Hat man noch die vaterländischen und monarchischen Anschauungen wie vor ein paar hundert Jahren? Ist in Deutschland noch die Vaterländstreue möglich? Ist es hier berühmte General Toggi in Japan jetzt praktisch still? Wir erhalten keine Nachrichten mehr.

Wir arbeiten im Sinne der geistigen Befreiung, das ist Schimpf und eine Schande sein, sind wir etwa bedeutender als der bürgerlichen Gegner? Wenn Goethe, Schiller, sie nicht wackerlandslos waren, sind wir es noch weniger, denn arbeiten mit aller Kraft an der Besserung der Verhältnisse in Frankreich, England, Russland. Die Arbeiter sind nicht in Frankreich, England, Russland, sondern sie arbeiten in den deutschen Staaten und Gebieten. Sie haben kein Kapital in Russland, China, Amerika, wenn ihr ganzes Leben nicht aus Deutschland heraus. Wenn die Regierungen und die herrschenden Parteien sich entschließen, die Forderungen unseres Erfurter Programms in die Tat zu bringen, dann wäre das die nationale Tat, die Deutschland ist. (Beifall.) Dann würde Deutschland mit einem triumphal an der Spitze der Kulturnationen stehen. Zu solcher Größe, zu solch tapferer Miterarbeit an der Besserung des Weltvertrages, in dem wir leben, erziehen wir die proletarische Jugendbewegung mit ihren militärischen Traditionen, ihrer Kriegsspielerei ist dagegen sozial ganz wertlos. Das ist doch der preußische Kriegsminister v. Heeringen 1910 gesagt. Durch diese Kriegsspielerei zögert man geradezu. Gewalttätigkeiten, Thaubinismus. (Sehr richtig!) Ein bürgerliche Männer mügeln, wenn sie nicht von der sozialistischen Furcht vertrieben würden, Protest erheben, daß so mit Künstler und Philosophen gewirtschaftet wird. Noch sind ja die Arbeiter die Erben der Klassiker.

... und die bürgerliche Jugendbewegung nicht, wie werden die bürgerliche Sozialistenbefreiung anstreben, ob sie sich nicht oder unter dem Deckmantel der Jugendsfürsorge. Wir nicht in den bürgerlichen Fehler verfallen, die Jugend etwa 14 und 18 Jahren zu Politikern machen zu wollen. Wir sie zu aufrechten, freien Menschen erziehen, die ein Gefühl haben, doch jeder an der Kulturentwicklung mitzuarbeiten kann, nehmen Sie unsere Resolution einstimmig an. (Sturm-Beifall.)

die Resolution bezüglich der Jugendbewegung. Gebete auf Gebiete kann gar nicht genug geschehen, nicht nur, daß der Korruptionsfonds für die Jugend verwendet wird, auch Kommunen sucht man allerlei Gelber für diese Zwecke flüssig zuverhandeln. Es geht nicht, daß die Bibliotheksregelung anders ist, sie muß einheitlich sein, damit die übersiedelnden die Bibliothek richtig ausnützen können. Eine Bibliothekar, die nur zu bestimmen hat, ob es eine gute Richtschnur gegeben, Stimmen Sie unserem auf Reform des Bibliothekswesens an.

in die Abonnentenzahl der „Arbeiter-Jugend“ auf 80 000 ist, so ist das gewiß ein Fortschritt, aber sein genauer Wert für die Stärke der Jugendorganisation, weil eine Reihe von Abnonnenten darunter sind, die früher Mitglied der Sozialdemokratie waren. Für die Beurteilung der Jugendbewegung ist es wesentlich nicht auf die Anzahl und den Charakter der getroffenen Veranstaltungen an, sondern auf die Verbreitung des „Arbeiter-Jugend“.

zu gering einzuschätzen. Man gibt sie jetzt als neutrale Verein aus, weil auch die jugendlichen Arbeiter von den Missionspredigten nichts mehr wissen wollen. Die Zentrale für Jugendfürsorge Berlin hat es verstanden, trotz der Gegensätze in der bürgerlich-jugendbewegung die verschiedenen Richtungen wenigstens in agitatorischer Beziehung unter einen Hut zu bringen. Der neueste Beweis dafür ist das Handbuch für Jugendfürsorge dieser Zentrale. Es ist mir sogar gelungen, den Leiter des Arbeiterheims II

Mitarbeiter zu bekommen. Ich weiß nicht, ob der Genossen kaum weit kommen wird, immerhin ist das ein Beweis dafür, daß wir nicht verstanden haben, die Leute im eigenen Lager für diese Arbeit zu organisieren. Unsere Jugendzentrale gibt ein vierseitiges Blatt heraus, das im Vergleich zu den pädagogischen Schriften im bürgerlichen Lager sehr wenig bedeutet. Gewiß sollen wir nicht die Menge nach ebenso produktiv sein als die Gegner, aber in bezug auf die Qualität der Veröffentlichungen könnte viel mehr geschehen. Selbst wenn die Angaben unserer Jugendzentrale den dreifachen Betrag erreichen würden, wäre das noch zu wenig. Ich meine, daß die Jugendausschüsse sich im wesentlichen auf die Großstädte konzentrieren und daß in den mittleren und kleineren Städten herzlich wenig geschieht. Damit soll der Zentrale kein Vorwurf gemacht werden, in ihrer bisherigen Form leistet sie das Menschenmöglichste. Genosse Ebert übt die Tätigkeit in der Jugendzentrale nun ebenamöglich aus und Genosse Peters ist erst seit kurzem ange stellt. Auch bei uns müßte die Zentrale wirklich Fühlung mit den größeren Jugendorganisationen überall haben. Wenigstens sollte die Zentrale so ausgebaut sein, daß sie des öfteren Genossen ins Reich hinausschicken kann, die sich längere Zeit in den wichtigsten Industriezentren aufhalten. Durch den achtjährigen Kursus für die Ausbildung von Leitern hat die Jugendorganisation den Anfang gemacht. Wir haben in der jungen Arbeiterschaft eine große Anzahl sehr bildungsfähiger Kräfte und diese jungen Kräfte müssen vor allen Dingen durch die Tätigkeit der Bildungsausschüsse erhoft werden. Dann kann auch der Zentralbildungsausschuß für die Beschaffung der Parteischule in Berlin eine bessere Basis finden. (Zustimmung.)

Die Entwicklung, die unsere politischen und wirtschaftlichen Organisationen im verflossenen Jahre genommen haben, kann uns durchaus befriedigen, nicht in demselben Maße aber die der Jugendorganisation. Es ist nicht groß rühmenswert, wenn unser Abonnenterstand der „Arbeiter-Jugend“ nur um 15 000 gestiegen ist. Wir sind aus dem Anfangsstadium der Entwicklung der „Arbeiter-Jugend“ heraus und da muß es möglich sein, daß die Entwicklung einen schnelleren Verlauf nimmt. Es ist bedauerlich, daß über 50 Städte in Deutschland mit über 20 000 Einwohnern noch eine Arbeiterjugendorganisation haben. Das ist nicht die Schuld der Zentralstelle, auch nicht die des Parteivorstandes, hier müßte die Arbeit der Bezirks- und Landesorganisationen eingreifen. Die Durchbildung der Jugendlichen von 18 bis 21 Jahren ist durchaus eine große Notwendigkeit. Leicht ist es ebenfalls nicht, neben der Arbeiterjugendbewegung der Jugendliche bis 18 Jahre noch eine Bewegung zu gründen, die die Jugendlichen von 18 bis 21 Jahren erfaßt. Möglich wird es aber sein. Heute ist es manchmal so, daß die jungen Leute von 18 Jahren in bürgerliche Sportvereine gehen, wo sie das, was sie bis dahin gelernt haben, schnell wieder mit dem Fußball- und sonstigen Spielen die Lust hineintrampeln. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Dönnike-Mühlhausen
slichkeit sich dem Vorredner an. Es mag sein, daß in den Großstädten die Leitung intensiver arbeitet als in den Kleinstädten. In den letzteren fehlt es meist an geeigneten Personen, die die Leitung der Hand nehmen. Der Centralvorstand muß dafür sorgen, daß die Parteiorgane in größerer Zahl hinausgeschickt werden, nicht nur in ein bis zwei Exemplaren in die kleineren Parteizentren. Um so mehr müssen die Kleinstädte durch Aussendung der Parteiorganisationszeitung unterstützt werden, da die kleinen Parteiblätter nicht in der Lage sind, das Material so ausführlich zu bringen, daß die Partei schule werden meistens nur Genossen aus höheren Städten geschickt, wenn aber einmal auch Genossen aus inneren Städten hinzukommen, so gehen sie, sobald sie die Schule absolviert haben, als Medailleure oder Arbeiterschreiber in die Stadt und das Land steht so hilflos da wie vorher. Der Parteivorstand soll sein Augenmerk darauf richten, daß mehr Genossen aus kleineren Orten auf die Parteischule kommen, dann aber auch ihren Heimatorten ihr Wissen zur Vertretung der Interessen ihrer Partei vertragen.

Dr. Karl Liebknecht-Berlin:
Sobald die bürgerliche Jugendbewegung Erfolg hat, wird es ein Erfolg für uns sein, wie die Erfolge der Volksschule und ist der militaristischen Erziehung im Schlussresultat auf unserer Seite sind. Es ist hier und da die Auffassung aufgetaucht, daß Bestrebungen, die von der preußischen Regierung und im Geiste von anderen Bundesstaaten unternommen worden sind, gezeigt wären, unserer Jugendbewegung Abbruch zu tun. Diese der Bekämpfung unserer Bewegung ist eine niedertönige, ungeschickliche, aber sie wird uns keinen ernstlichen Schaden zu tun, solange wir selbst eifrig an unserer Jugendbewegung arbeiten. ist hier mit Rücksicht auf die Jugendbestrebungen unserer Gegner Gedanke aufgetaucht, in besonders erhöhtem Maße der Jugend 18. bis 20. Jahre unsere Aufmerksamkeit zu widmen. Dieser Gedanke verdient sicherlich Berücksichtigung, es soll damit aber nicht Ausdruck gebracht werden, daß die Bewegung für die Jugend unter 18 Jahren zurückgestellt werden soll. Der Antrag 148 Spandau ist durch die Ausführungen von Schulz und die Besetzung gegenstandslos geworden, wir ziehen ihn in der Erwartung ab, daß der darin enthaltene Gedanke eine so einmütige Willigung auf dem Parteitag finden wird, daß eine alaboldige energische Angriffsnahme der darin empfohlenen Arbeit zu erwarten ist, auf nicht unsere Gegner, sondern wie die Triumphiierenden in Rombi am sic

Kreisler-Frankfurt a. M.:
Ich hatte vor kurzem Gelegenheit, einem Gespräch zwischen Angestellten auf dem Kreisamt zu zuhören. Der eine sagte: Hören Sie lieber Kollege, die Geschichte mit den Wandervögeln wird bald Landplage, wir haben wiederholst von den Bauern Beschwerden erhalten, daß man bei der Abfischerei ihnen die Felder verwüstet Kartoffeln aus der Erde reißt. Also selbst diese Kreise sehein daß es so nicht weiter geht. Man scheint sich aber nicht zu tun, weil von oben sehr stark eingewirkt wird. Was unsre Anliegen zum Bildungswesen betrifft, so geben mit die Zusagen von da nicht weit genug. Es war eine platonische Liebeserklärung, die Schaffung eines Blattes, daß die Bibliothekare und die von derartigen Institutionen informieren soll. Unser heutiger "Bibliothekar" leugt wenig aber gar nichts, weil er so ungeheurem unbrauchbaren Materials enthält. Wenn man bogehen das eichliche Blättchen sieht, so findet man einen bedeutenden Schluß. Unseren Genossen schwiebt ein Blatt, ähnlich dem der eichlichen Genossen vor, das regelmäßig erscheint und ungefähr das bringt, was in der Literaturbeilage des "Correspondenzblattes" gebracht wird. Ich möchte Sie also bitten, daß der Wissenschaft nicht lediglich anständiger die Wünsche prüft.

Genossin Demming:

Da ist engster Bindung mit dem Jugendschutz auch der Geschuß steht, so erlaube ich mir, ein paar Worte dazu zu sagen. Der Kapitalismus spannt Vater und Mutter in die Krebs- und die Kinder des Proletariats gleichfalls. Für den Schutz muß noch mehr getan werden wie bisher. Wir haben Kreisigen Kinderbeschützkommissionen bereits gegründet, die durch überlasse Tätigkeit unserer Frauen und Organisationen schon geleistet haben. Es ist auch Pionierarbeit für die Partei.

eine gegründet wird. Unsfeitung dazu finden wir in der Broschüre „Kinderzuhör und Kinderarbeit“, die Genossin Zieh herausgegeben hat. Wir werden nicht eher ruhen und rasten, bis die Kinderarbeit beseitigt ist. Eine Partei, die ihre Jugend, ihre Kinder schützt, schützt sich selbst. (Bravo!)

Heinrich Schmid vom Zentralbildungsservice

An sich können wir mit dieser Diskussion zufrieden sein. Es ist außerordentlich erfreulich, daß sich in den weitesten Kreisen der Partei ein derartiges Interesse an den Ausgaben der Bildung und Jugendpflege beizerkennen macht. Ich möchte nur einer falschen Beurteilung unserer Tätigkeit entgegentreten. Hoffmann n-Elberfeld ist mit unserer Auffassung der Bibliotheksfrage nicht einverstanden, meint, es sei nichts geschehen. Ich kann die Genossen nur bitten, unsere Bildungsarbeit als ein Ganzes zu betrachten. Dann werden Sie zugeben, daß fleißig gearbeitet worden ist, und daß mit den zur Verfügung stehenden Kräften nicht auch gleichmäßig alle Gebiete bearbeitet werden können. Zunächst liegen uns die Kurze am meisten am Herzen. Jetzt werden wir uns an erster Stelle mit der Bibliotheksfrage beschäftigen. Allerdings möchte ich noch nicht versprechen, ob wir dem Plane nahtreten, eine einheitliche Regelung des Bibliothekswesens durch ganz Deutschland vorzunehmen. Ich glaube auch nicht, daß es mit einer einmaligen Bibliothekskonferenz durchzuführen ist. Ich hoffe, daß die Konferenz der Bezirksauschüsse in absehbarer Zeit Zustande gebracht werden kann. Heineswegs habe ich die konfessionelle Jugendbewegung unterschätzt. Ich weiß, daß die konfessionelle Jugendbewegung vor der interkonfessionellen das voraus hat, daß sich die Pfarrer schon längere Zeit damit beschäftigt haben. Ich habe ungefähr 25 neu erschienene Bücher von Lehrern, Pastoren, Theologen usw. über die Jugendfrage. Aus einer dieser Schriften von Pfarrer Jaeger aus Frankfurt a. M. möchte ich einen Satz zitieren, der Sie interessieren wird. Der Mann beschäftigt sich mit der "Arbeiter-Jugend" und ihrer Leidenschaft in der Januarnummer, und schreibt: "Wären diese Fälle nicht so grenzenlos lägenhaft übertrieben und verallgemeinert, so müßten wir als Christen uns wirklich auf die Seite der Sozialdemokraten stellen." Sie werden ja nun alle wissen, daß von grenzenloser Übertriebung nicht die Rede sein kann, sondern daß man oft aus Vorsicht eher zu wenig gesagt hat. Wenn der Herr also in sich geht, muß er auf dem schnellsten Wege bei unserem Frankfurter Parteisekretär seinen Beitritt zur Sozialdemokratie erklären. Natürlich haben wir mit dem Kursus für die Jugendlichen nur den Anfang gemacht. Bildungsausschüsse und Jugendzentrale arbeiten in allen Fragen Hand in Hand, und das wird auch so bleiben. Die Anregung, daß aus den Kursen in erster Linie die Parteischüler rekrutiert werden sollen, ist uns nicht neu. Dem Wunsche des Genossen Dönni die können wir nicht ohne weiteres gehn, wenn uns die Bezirke Vorschläge aus kleinen Orten machen, so nehmen wir sie genau so gern wie aus großen Orten. Unmöglich können wir aber für Parteischüler die Freiwilligkeit aufheben. Krämer hat sich mit meinen platonischen Lebenserklärungen nicht einverstanden erklärt, er wünschte mehr Freiheit in der Liebe. (Heiterkeit.) Ja, Genossen, hier auf dem Arbeitstage läßt sich das nicht gut ermöglichen (große Heiterkeit), hier läßt nur die Erklärung übrig, daß wir Ihre Wünsche lieb haben und nach Möglichkeit berücksichtigen. Die Eltern haben eine wichtige Pflicht, für die Auflösung der Jugend zu sorgen, aber auch die sozialdemokratischen Vereine und Gewerkschaften können einebare Aufgabe darin sehen, für die schulpflichtigen Kinder etwas tun, z. B. durch Veranstaltung von Schülerwandertagen. Um ehrlich zu sein, ich las das Wort: Zur Jugendpflege gehören Freudenstreiche! (Sehr richtig!) Gaudy sagt: "20 Jahre braune Haare — krauser Bart um Lippe und Kinn — leichte Wage, leichte Haare — fester Glaube, looser Sinn. — Nie nach Wurst und Überlegen — Kraft im Arm, Trutz unterm Hut — statt Beweise zugeklungen — das ist zwanzigjähriger Gut." Ich bitte die Genossen, zu berücksichtigen, und Sie werden sich dann über den Fortgang der Bewegung keine grünen Augen mehr machen.

Was möchte die Ausführungen des Genossen Schulz ganz gehörig überstreichen, die er über die bürgerliche Jugendbewegung gesagt hat. Eine schwere Handhabe bedeutet die Behauptung, die bürgerliche Jugendbewegung sei zum Ruhen der Jugend selbst gegenwärtigen Sie sich einmal, was man von bürgerlicher Seite die Jugend getan hat. Der Kampf um eine Stunde Verjungung der Ausbeutung der Kinder hat 50 Jahre Zeit gewahrt, erinnere an das Kinder- und Jugendgesetz, das zwar gesetzliche Bestimmungen enthält, aber über die Ausführung nichts Eisbares bestimmt, nur daß die Arbeiterbewegung erst einsetzen dürfe, um diesem Gesetz in der Praxis Nachdracht zu verschaffen. Kinderschutzbemühungen sind auf den größten Widerstand im gerlichen Lager gestoßen. Wir haben leider in einer Reihe Orten mit Widerständen zu rechnen, die sich aus dem Mangel geeigneter Kräften erklären. Gerade das Neuland der Jugendbewegung hat uns auch gezeigt, daß weite Kreise sich um dieselben jungen bewerben, auf der einen Seite die Gewerkschaften, auf anderen Seite die Partei, und dieses gemeinsame Werben hat oft zu Schwierigkeiten, wofür wir in Chemnitz ein typisches Beispiel erlebt haben. Wir müssen nicht eine besondere Organisation für die Personen von 18 bis 21 Jahren schaffen, sondern müssen das Recht, das ihnen das Vereinsrecht gibt, gebrauchen, sie in die sozialdemokratische Organisation hineinbringen. Die Jugendbewegung in der Sozialdemokratie lebt darunter, daß für gesamte Interessengebiet der Frau nicht die geeigneten Lehrer und anfechtenden Kräfte vorhanden sind. Wir haben inzig eine eigene Parteischule mit eigenen Lehrern für etwa 12 Schüler. Wir haben 12 verschiedene Kurse systematisch auf einzelnen Stadtteile verteilt, in denen die Jugendlichen über Jahre hinweg, die Frauen und alle, die sich beteiligen wollen, im das

Es folgt die Debatte über die Anträge, die sich auf die Befreiung des Menschen aus

Bennit man die Anträge liest, die zu diesem Punkt eingereicht so könnte auch einem Abstinenzenten beinahe das Herz vor Freude schlagen. (Heiterkeit.) Ich will nur zu Antrag 128 sprechen. Wir haben eine noch radikalere Gestaltung der Dinge. Trotz aller jungen und trock des Antrages Gottschall bitte ich Sie, demgezugestimmen. Viele Parteigenossen stehen sich daran, daß davon die Rede ist, man solle auch den Volkshäusern und Sältungen nahe legen, sich um diese Dinge zu kümmern. 1910 in Magdeburg ein Antrag angenommen: „Die Konsum- und Organisationen haben mehr als bisher auf die Schädlichkeit des Alkoholgenusses zu achten usw.“ In dieser dogmatischen Form hat der Parteitag gehandelt, sogar im Hinblick auf die Organisationen, auf die er eigentlich ja gar keinen Einfluß hat. Das hat er getan, ohne daß jemand dergestenstruppel oder Redenken entdeckt hat. In illogischer Weise ist es so hingestellt, als ob wir die Einstellung des gesamten Verkaufs verlangen. Es sollte sich aber nur um den Branntwein und Schnapsabzoll handeln. Warum so simpel? Und soll man diese Dinge nicht einmal konsequent durchführen? Den Beschlüsse von Leipzig, Magdeburg und Jena vor. Die Mehrheit des Vorstandes, die dann sprechen wird, wird uns wieder in Dinge vorschreiben. Als 1909 die Agitation gegen den Alkohol unternommen wurde, ging ein Blugblatt ins Reich hinaus, die Worte stehen: Der Schnaps ist das gefährlichste Volksschädliche wie Jennen. Das hat der Parteivorstand geführten Buch: Das ist auch wahr! Gottlob, wie sind ausnahmsweise einer Meinung, wie ich gerne konstatiere. (Heiterkeit.) Also Schwarz auf weiß schreibt, daß der Schnaps das gefährlichste Volksschädliche ist.

Im Interfazenteil empfiehlt man es, nachdem man vorher im redaktionellen Teil alle möglichen wunderschönen Artikel gegen den Schnaps gebracht hat. Würden die Volkshäuser in dem Augenblick existenzfähig sein, wenn man ihnen Nähe legt, nicht mehr Branntheit zu verkaufen, wenn man ihnen Nähe legt, nicht mehr Branntheit zu verkaufen, dann wollen wir uns unsere Anregung noch einmal überlegen. Aber es gibt nicht nur Abstinenz, sondern auch Nicht-abstinenz, die meinen, wenn wir Volkshäuser haben, die nur existieren können, wenn bei ihnen der Branntheinausgabe eine exzellente Rolle spielt, so mögen diese Volkshäuser ruhig den Weg alles Fleisches gehen und aufhören. Wir können es nicht verantworten, daß Arbeiterschaftsorganisationen nur dann existenzfähig sind, wenn sie das gleichzeitige aller Volksfälle in die Kassen hineinbringen. (Sehr richtig und Widerspruch.) Es handelt sich hier um eine Hypothese, wenn Sie ihr nicht folgen können, dann ist es nicht meine Schuld. (Lachen.)

Nun, das Blatt des Arbeiterabstinentenbundes hat mit schwachen Mitteln eine Enquete veranstaltet, die der Parteivorstand viel besser hätte machen können. Sie hat ergeben, daß heute bereits 18 deutsche Parteiblätter Schnapsinterate nicht aufnehmen. Sie existieren trotzdem. Wir merken nicht, daß sie in ihrer Lebensfähigkeit irgendwie unterbunden wären. (Sehr richtig!) Nun ist gefolgt worden, daß diejenigen Parteiblätter, die Schnapsinterate aufnehmen, zu einem Summarum ein Prozent ihrer Einkünfte von den Schnapsinteraten haben. Eher weniger als mehr, z.B. in Leipzig und Nordhausen. Der Parteivorstand hat mit mitgeteilt, daß die Interfazente in der Parteipresse 6800 400 M. einbringen. Wenn davon ein Prozent verloren geht, so würde das nicht viel bedeuten, besonders gegenüber dem ungeheuren moralischen Erfolg, den wir haben würden. Eine ganze Anzahl Kategorien von Interfazente sind in der Parteipresse jetzt schon gänzlich ausgeschlossen. Interfazente über Heiratsvermittlung, Scheinmitten usw. Ich behaupte, daß alle Schnapsinterate in Deutschland, alle Heiratsvermittlung und aller Scheinmitten nicht an das heranreicht, was die Verzapoing an Branntheit und Schnaps verursacht. Die Partei, die mir diese Budgetseite gegenüber darauf hinweist, wie faulbar und unfehlbar Ihr Interfazente ist, sollte es nicht verantworten lassen, daß gefährliche Volksfälle trocken im Interfazente ihrer Freiheit empfohlen werden. Wir nehmen hier eine Zwisterstellung ein, die Ihnen zu der Konsequenz geführt hat, daß die "Metallarbeiterzeitung" die sozialdemokratischen Arbeiter aufgerufen hat, sich durch Schnapsinterate sozialdemokratischer Blätter nicht einzulassen zu lassen. Das ist nicht erbaulich, nicht erfreulich, aber die Partei hat den Gewerkschaften die Ausführung des Schnapsinterates überlassen. (Widerspruch!) Sollten die Gewerkschaften nicht die Volksfestsäle hochgehalten, die Partei wäre mit ihrem Schnapsbottol nicht lädiert hereingefallen. (Sehr richtig! und lebhaftes Widerspruch!) Verfolgen Sie die Dinge nüchtern, wie ich sie fortlaufend verfolgt habe. (Lachen; Das ist ja alles falsch!) Dann beweisen Sie es doch! In Dresden hat man den wunderbaren Laien "Leipziger Revolutionstruppen" erfasst. (Heiterkeit!) Das ist nichts anderes als jenes Getüm, das unser Parteivorstand als das gefährliche Volksfall gekennzeichnet hat. Ich mache Sie auf die Brühwürze Wut am 8. aufmerksam, die jetzt nicht mehr die Alkoholfrage, sondern die Alkoholfrage heißt. Diese Wandlung ist ein stempelndes dafür, daß dieser herztagendie Demut über dieser Dinge keine Ausdauerung gewandelt hat, daß die Weisheit darüber geworden ist. Ich schließe, indem ich vom Schnapsbottol dasselbe sage, was der Parteivorstand so schön im Geschäftsbereich Seite 89 gesagt hat: "Die Genossen, welche von dem Antrag für ein Maßnahmen, haben das Recht, für die Aufhebung des Antrages zu agitieren, sie haben aber die Pflicht, den Antrag Folge zu leisten, solange er gilt. Wenn jedoch Genossen sich bestreiten, diesem Antrag nachzukommen, so bestreicht dies das schärfste Tadel."

Das gilt für jeden Antrag eines Parteitages. Was dem Materialienrat oder einem anderen recht ist, ist auch dem Schnapsbottol antrag billig. Tun Sie das Erforderliche. (Beifall.)

Quise Sie:

Der Parteivorstand hat den sozialen Wunsch, vom Parteitag eine einheitliche und freundliche Zustimmung zur Aufhebung eines verständeten Schnapsbottols zu bekommen. Wollen wir aber unseren großen einheitlichen Kampf nicht zerstören und verbitternd wirken lassen, dann ist es notwendig, daß Sie den Antrag 128 ablehnen. (Sehr richtig!) Wie verantwortlich eine solche Art der Bekämpfung wirkt, wie sie Antrag 128 empfiehlt, das hat Ihnen am besten die Rede Davidjhans gezeigt. (Sehr richtig!) Wenn wir dem Antrag 128 zustimmen, dann würden wir dem Schnapsbottol und Denunziantum in unseren eigenen Reihen Tor und Zorn öffnen. (Sehr richtig!) Das wird auch bewiesen durch die Umfrage, die die Abstinenten an die verschiedenen Gewerkschaftsblätter über den Verbrauch von Alkohol gerichtet haben. In den Abstinenten und Gewerkschaften enthalten, die zum Teil meiner Ansicht nach im Scherz gemacht worden sind. Sie werden nun ausgeschachet, als ob die organisierten Arbeiter den Schnapsbottol brechen und mit Alkohol trinken. Ich behaupte, daß durch diese Umfrage die Arbeiterbewegung viel mehr für die Herabminderung nicht mit der Branntheingenuß, sondern des Alkoholgenusses überzeugt geben könnte. (Weibel; Sehr richtig!) Wir sind in unseren Gewerkschaftshäusern in der Alkoholgenuss ja zuständig, daß die Werte für die Säle bei Vergnügungen und Feiern eine Wette verlangen, weil die Werte nicht mehr von großen Ertrag aus dem Alkoholverkauf haben. (Hört! hört!) Diese gute Entwicklung werden wir uns nicht stören lassen durch solche Querstreitungen. Das soll das beissen, daß ohne die Werte könnten wir die Durchführung des Bottols nicht möglich gewesen wäre? Die Gewerkschaften und die Partei müssen sich in allen Aktionen unterordnen. Wie die Gewerkschaften ohne die Herabminderung der Parteipresse und der Organisationen keinen großen Kampf führen können, so kann auch die Partei keinen großen Kampf führen, ohne die Gewerkschaften machen. Auch den Schnapsbottol kann nur die Gewerkschaften und die Partei führen. (Beifall.)

Der positive Antrag des Antrages will, daß der Parteitag beschließt, die Zeitungen haben keine Interfazente mehr aufzunehmen, und den Brannthein empfohlen wird. Soweit Davidjhon zu diesem Antrag gestoßen ist, räumte er offene Türen ein. Wir wollen also nicht, daß in der Zeitung vorn zum Schnapsbottol aufgeführt wird und das hinten in den Annoncenblättern stehen, da ist es für die Freiheit und der billige Schnaps zu bekommen. Ich bitte es für einen Etagen halten, wenn diese Annoncen verhindert werden, oder es ist in Zeichen der örtlichen Proklamations, hierzu zu räumen. Davidjhon hat selbst oft gegen solche Anzeigen, die grundsätzlich solche Anzeigen nicht mehr ausnehmen, aber ich bin nicht ganz sicher, ob nicht unter den Zeitungen, die außerlich auf dem ersten Blick gar nicht anscheinbar, z.B. die Brannthein anpreisen, sich doch solche Anpreisungen befinden. (Davidjhon; Sehr richtig!) Gerade darum will ich, daß der Parteivorstand nicht generell solchen Beschluss fasse. Schon in Jena ist darüber abgestimmt worden, daß wir dann die großen Annoncen der Brannthein nicht mehr aufnehmen können, weil vielleicht auch Zeitungen darin enthalten sind. (Sehr richtig!) Gibt etwa noch ein Interfaz, das ein Genosse meint, daß er eine neue Konvention eröffnet, unter die Annoncen, die Brannthein anpreisen? Mit Ang und Recht würde man sagen können, daß ist auch ein Interfaz, das Brannthein anpreist. (Sehr richtig!)

Wie ist denn der Branntheinbefehl zustande gekommen? Sie wissen, daß bei der Verabsiedlung der Rechtsfragenreform die Branntheinbefehl erledigt wurde und man daneben die Liebesboten befreien ließ. Das war die äußere Verabsiedlung zu dem Veldzug. Nachdem durch die Herabsetzung des Branntheinbetrages die Liebesboten zwar befreit ist, aber die Belastung des Brannthein konsumierenden Publikums sich erhöht hat, hat der Vorstand sofort

durch einen Aufruf an den Leipziger Beschluss erinnert und aufgerufen, mit aller Kraft für seine Durchführung zu wirken. Es war nicht die Absicht der Befürworter des Branntheinbefehls, Moral zu predigen denen, die Brannthein trinken und getrunken haben. Wir wissen gut zu gut, daß die Unterernährung, die lange intensive Arbeit, die schlechten Wohnungsverhältnisse, der Mangel jeder Lebensfreude in erster Linie die Ursache des Branntheingenußes ist. (Sehr wahr!) Wir wissen gut zu gut, daß mancher arme Teufel zum Brannthein gezwungen hat, um für einen Moment seine erschöpften Kräfte wieder aufzupicken, um für einen Moment das Gefühl der Wärme, der Sättigung vorzutäuschen. Dem wollten wir nicht sagen: Du bist ein schlechter Kerl, wenn du nicht vom Brannthein ablässt, sondern wir wollten ihm sagen: Wir wissen genau, wie du zum Branntheingenuß gezwungen bist. Über wenn wir dich darauf aufmerksam machen, daß du mit jedem Tropfen Schnaps dazu beitrags, die Taschen leerer zu füllen und die Rost der Leute zu stärken, die unsre tollsten Gegner sind, die alles daran legen, nicht nur uns auszugeben, sondern auch uns zu knebeln und zu knechten. Wenn du das weisst, willst du dann noch weiter Brannthein trinken? (Sehr gut!) Dieser Appell an die Selbstüberwindung, an das Klassebewußtsein, an die Solidarität hat den Beschluss gezeigt. (Sehr richtig!) Und in dieser Weise sollen wir auch den Branntheinbottol weiterführen. Natürlich freuen wir uns auch außerordentlich über die gesundheitliche und moralische Wirkung des Branntheinbottols. Vor allem wegen seiner gesundheitlichen und moralischen Bedeutung würde ich mit aller Werke für den Branntheinbottol eintreten und ich glaube, Sie alle mit mir. (Sehr gut!) Wenn wie das aber wollen, dann dürfen wir jene Alkoholmuffeleien, ob jemand mal einen Schnaps trinkt, jene verbitterten Denunzianten nicht einzuladen lassen. Wenn alle vom Alkoholstreit durchdrungenen Arbeiter und Arbeitnehmer, wenn besonders auch die Frauen sich in den Dienst der Durchführung des Bottols stellen, dann werden wir das erreichen, was wir alle zu erreichen wünschen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag 128 abzulehnen und die übrigen Anträge für erledigt zu erklären durch einstimmige Annahme des Antrags Gottschalk. Auf diese Weise befinden wir, daß wir bereit sind, mit verstärkter Wucht für die Durchführung des Bottols zu wirken mit Augen unserer Arbeiter, zum Schaden unserer schlimmsten Feinde. (Stürmisches Beifall.)

Poesch-Berlin:

Es ist ganz selbstverständlich, daß es kein Gewerkschafts- oder Bottols gibt, daß seinen Bestand aufbaut auf den Schnapskonsum. Gerade in den Gewerkschaftshäusern geht der Schnapskonsum von Nähe zu Nähe zurück. Der Antrag 128 wendet sich gegen den Schnapsinterat. Dadurch besteht die Gefahr, daß alles, was nur entfernt mit Spiritus zu tun hat, katalogisiert wird. Die Abstinenten streiten sich darüber, ob es nicht auch Branntheinmonaden gibt, die Alkohol enthalten. (Heiterkeit!) Wir dürften dann also nur noch Seltenerwässer trinken. (Heiterkeit!) Die abstinenten Genossen überwiegen zweifellos die Bedeutung ihrer Agitation, an der sie gewiß nicht hindern möchten, aber schon lange vor dem Leipziger Beschluss hat die allgemeine Arbeiterbewegung nach der Richtung hin eingegriffen. (Sehr wahr!) Davidjhon soll doch einmal einen Vergleich ziehen, wie es heute in den Berliner Fabriken und wie es früher war. Vor 10 Jahren wäre ein Arbeiter, der in der Fabrik eine Tasse Kaffee getrunken hätte, verspottet worden, und wenn er gar Milch getrunken hätte, dann hätte er sich vor Ohnmacht nicht stehen lassen können. Heute dagegen werden unglaubliche Mengen von Milch in die Fabriken gegeben. Das ist auf die Ausklärungsarbeit der allgemeinen Arbeiterbewegung zurückzuführen. Ich erinnere weiter daran, daß bei Streiks vor dem Alkoholgenuss gewarnt wird und daß auf den Seiten der Alkoholgenuss dauernd aufgerügt wird. Mit vollem Recht hat Genossen Rich gesagt, daß ein solcher Antrag der Denunziation vor und vor offen würde. (Sehr wahr!) Man würde schließlich auch einen Genossen denunzieren, der, wenn er auf Wahlagitator in ein elendes Gebürgsdorf kommt, wo es nur schlechtes Bier gibt, einmal, um sich durchzuhauen, ein Glas Bier zu sich nimmt.

Löbe-Dresden:

So sehr ich die Einseitigkeit und die Überzeichnungen von Davidjhon bedaure, so müssen wir doch anerkennen, daß wir der von ihm geleiteten Bewegung manche nützliche Anregung verdenken. Wie sollten uns durch solche Rücksichtnahmen nicht die Freude und Verbitterung wirken lassen, dann ist es notwendig, daß Sie den Antrag 128 ablehnen. (Sehr richtig!) Wie verantwortlich eine solche Art der Bekämpfung wirkt, wie sie Antrag 128 empfiehlt, das hat Ihnen am besten die Rede Davidjhans gezeigt. (Sehr richtig!) Wenn wir dem Antrag 128 zustimmen, dann würden wir dem Schnapsbottol und Denunziantum in unseren eigenen Reihen Tor und Zorn öffnen. (Sehr richtig!) Das wird auch bewiesen durch die Umfrage, die die Abstinenten an die verschiedenen Gewerkschaftsblätter über den Verbrauch von Alkohol gerichtet haben. Diese Wandlung ist ein stempelndes dafür, daß dieser herztagendie Demut über dieser Dinge keine Ausdauerung gewandelt hat, daß die Weisheit darüber geworden ist. Ich schließe, indem ich vom Schnapsbottol dasselbe sage, was der Parteivorstand so schön im Geschäftsbereich Seite 89 gesagt hat: "Die Genossen, welche von dem Antrag für ein Maßnahmen, haben das Recht, für die Aufhebung des Antrages zu agitieren, sie haben aber die Pflicht, den Antrag Folge zu leisten, solange er gilt. Wenn jedoch Genossen sich bestreiten, diesem Antrag nachzukommen, so bestreicht dies das schärfste Tadel."

Das gilt für jeden Antrag eines Parteitages. Was dem Materialienrat oder einem anderen recht ist, ist auch dem Schnapsbottol antrag billig. Tun Sie das Erforderliche. (Beifall.)

Einer Schlusshand wird angenommen.

Der Antrag 95 wird mit der Motivierung zurückgezogen, daß Genossen Siebels erläutert habe, der Parteivorstand werde Flugblätter für die Taubstummen herausgeben.

Das Schlusshand zum Bericht des Parteivorstandes erhält

Chort:

Von seinem Redner ist ein Vorschlag gegen den Parteivorstand wegen seiner Stellung in der Göppinger Sache erhoben worden. Es steht für mich fest, daß der Parteitag ein mitig unterseitige Haltung billigen wird. Ich muß aber einige Ausführungen richtig stellen, damit sie nicht später wieder in einer anderen Weise böse gedeutet werden. Es ist nicht richtig, daß der Parteivorstand im Göppinger Fall zur Sanierung nur bereit gewesen ist, wenn der Landessvorstand mitmachte. Nachdem wir gewollt waren, zu sanieren, haben wir den Landessvorstand lediglich zu tatsächlich darüber gehoben, ob wir überhaupt sanieren sollen, und wir hätten die Sanierung eventuell auch ohne den Landessvorstand durchgeführt. Die Behauptung von Scheppeler, daß in der Sitzung vom 7. Juni in Stuttgart, in der ich sprach, gesagt wurde, wenn die Göppinger die Erklärung nicht anerkennen würden, dann würde überhaupt eine Sanierung nicht stattfinden, ist in jeder Hinsicht falsch und unwahr. (Hört! hört!) Von seiner Seite ist eine Neuherierung gefallen, die sich so deuten läßt. Im Gegenteil, es ist den Göppinger gesagt worden, daß sie völlig unbeeinflußt zu der Erklärung Stellung nehmen sollen. Das ist protokollarisch festgelegt. Das Protokoll ist von allen Anwesenden genehmigt worden. Westmeyer hat nach der Sitzung vom 26. Mai gesagt, es sei ganz unglaublich, daß der Parteivorstand eine solche Bedingung gestellt habe. Aber trockenem er das als unglaublich bezeichnet hat, hat er es doch der "Bremer Bürgerzeitung" übermittelt. (Hört! hört!) Wäre es nicht vernünftiger gewesen, er hätte sich an den Parteivorstand gewandt? Das wäre um so

notwendiger gewesen, weil die endgültige Entscheidung ja erst eingreifen können. Gewiß kann ein Genosse einmal in einer falschen Information eine unrichtige Behauptung gemacht, aufgeklärt. ist, daß wäre gewiß ungerechtfertigt, ihm bestehend aufgeworfen zu machen. Aber wenn er dann, nachdem die Rücksichtnahme erfolgt ist, von neuem diese Rücksichtnahme erhält, ist es sein Verhältnis entschieden zu mißbilligen. und das trifft auf Westmeyer und Thalheimer an. am 11. Juni eine Erklärung zusammen mit Westmeyer und Thalheimer am 11. Juni eine Erklärung veröffentlichte, in der es heißt: "Wir halten alles, was wir bisher in der Anglage erledigt haben, aufrecht." Westmeyer hat auch in dem Bittular, das von drei Genossen von Göppingen aus verfasst wurde, noch am 7. Juni die Parteipresse gewarnt vor unsrener Erklärung. Es heißt in dem Bittular: "Wir halten es für notwendig, Ihnen das alles mitzuteilen, damit Sie die Bedeutung zu erwartenden Erklärung des Parteivorstandes von vorneherein zu wußten."

Es ist weiter von Göppingen am 7. Juli ein verbindliches Telegrame an die Parteipresse gesandt worden, in dem es heißt: "Vervielfachungsaktion Parteivorstandes gescheitert, Vorstand der Parteiorstandesnachricht am Platz. Brief folgt." (Bewegung Unterzeichnung ist das Telegramm: Westmeyer.) Westmeyer bestreitet allerdings, daß er das Telegramm unterzeichnet hat. Aber das ist abgegangen ist, bestreitet weiter. Westmeyer hat eine verdeckte Bittular, das von drei Genossen von Göppingen aus verfasst wurde, noch am 7. Juni die Parteipresse gewarnt vor unsrener Erklärung. Es heißt in dem Bittular: "Wir halten es für notwendig, Ihnen das alles mitzuteilen, damit Sie die Bedeutung zu erwartenden Erklärung des Parteivorstandes von vorneherein zu wußten."

Es ist weiter von Göppingen am 7. Juli ein verbindliches Telegrame an die Parteipresse gesandt worden, in dem es heißt: "Vervielfachungsaktion Parteivorstandes gescheitert, Vorstand der Parteiorstandesnachricht am Platz. Brief folgt." (Bewegung Unterzeichnung ist das Telegramm: Westmeyer.) Westmeyer bestreitet allerdings, daß er das Telegramm unterzeichnet hat. Aber das ist abgegangen ist, bestreitet weiter. Sie behaupten nur, daß mit ihrem Namen Mitglied der Bittular, das von drei Genossen von Göppingen aus verfasst wurde, verdeckt getrieben worden ist. (Vorwurf.) Die "Leipziger Bürgerzeitung" scheitert nach der durchaus logalen Erklärung von Westmeyer und Thalheimer aus dieser Erklärung. Nur hätte ich gewünscht, daß Westmeyer gewußt hätte, daß er gewiss gewesen wäre. Am meisten hat mich in der Nähe von Würtemberg verdeckt überredet, daß ich die Größe der Mitgliedschaft Rades erörtert habe, und daß er uns weiter geworfen hat, wie hätten schon früher die Parteipresse informieren müssen. Am 9. September erschien in der "Bremer Bürgerzeitung" aus Rade ein Artikel, der in der Entstehung als "Westmeyer" bezeichnet wurde. (Gesetz) Westmeyer bestreitet allerdings, daß er das Artikel geschrieben hat. (Vorwurf.) Die "Leipziger Bürgerzeitung" scheitert nach dieser Erklärung von Westmeyer und Thalheimer aus dieser Erklärung. Nur hätte ich gewünscht, daß Westmeyer gewußt hätte, daß er gewiss gewesen wäre. Am meisten hat mich in der Nähe von Würtemberg verdeckt überredet, daß ich die Größe der Mitgliedschaft Rades erörtert habe, und daß er uns weiter geworfen hat, wie hätten schon früher die Parteipresse informieren müssen. Am 9. September erschien in der "Bremer Bürgerzeitung" aus Rade ein Artikel, der in der Entstehung als "Westmeyer" bezeichnet wurde. (Gesetz) Westmeyer bestreitet allerdings, daß er das Artikel geschrieben hat. (Vorwurf.) Die "Leipziger Bürgerzeitung" scheitert nach dieser Erklärung von Westmeyer und Thalheimer aus dieser Erklärung. Nur hätte ich gewünscht, daß Westmeyer gewußt hätte, daß er gewiss gewesen wäre. Am meisten hat mich in der Nähe von Würtemberg verdeckt überredet, daß ich die Größe der Mitgliedschaft Rades erörtert habe, und daß er uns weiter geworfen hat, wie hätten schon früher die Parteipresse informieren müssen. Am 9. September erschien in der "Bremer Bürgerzeitung" aus Rade ein Artikel, der in der Entstehung als "Westmeyer" bezeichnet wurde. (Gesetz) Westmeyer bestreitet allerdings, daß er das Artikel geschrieben hat. (Vorwurf.) Die "Leipziger Bürgerzeitung" scheitert nach dieser Erklärung von Westmeyer und Thalheimer aus dieser Erklärung. Nur hätte ich gewünscht, daß Westmeyer gewußt hätte, daß er gewiss gewesen wäre. Am meisten hat mich in der Nähe von Würtemberg verdeckt überredet, daß ich die Größe der Mitgliedschaft Rades erörtert habe, und daß er uns weiter geworfen hat, wie hätten schon früher die Parteipresse informieren müssen. Am 9. September erschien in der "Bremer Bürgerzeitung" aus Rade ein Artikel, der in der Entstehung als "Westmeyer" bezeichnet wurde. (Gesetz) Westmeyer bestreitet allerdings, daß er das Artikel geschrieben hat. (Vorwurf.) Die "Leipziger Bürgerzeitung" scheitert nach dieser Erklärung von Westmeyer und Thalheimer aus dieser Erklärung. Nur hätte ich gewünscht, daß Westmeyer gewußt hätte, daß er gewiss gewesen wäre. Am meisten hat mich in der Nähe von Würtemberg verdeckt überredet, daß ich die Größe der Mitgliedschaft Rades erörtert habe, und daß er uns weiter geworfen hat, wie hätten schon früher die Parteipresse informieren müssen. Am 9. September erschien in der "Bremer Bürgerzeitung" aus Rade ein Artikel, der in der Entstehung als "Westmeyer" bezeichnet wurde. (Gesetz) Westmeyer bestreitet allerdings, daß er das Artikel geschrieben hat. (Vorwurf.) Die "Leipziger Bürgerzeitung" scheitert nach dieser Erklärung von Westmeyer und Thalheimer aus dieser Erklärung. Nur hätte ich gewünscht, daß Westmeyer gewußt hätte, daß er gewiss gewesen wäre. Am meisten hat mich in der Nähe von Würtemberg verdeckt überredet, daß ich die Größe der Mitgliedschaft Rades erörtert habe, und daß er uns weiter geworfen hat, wie hätten schon früher die Parteipresse informieren müssen. Am 9. September erschien in der "Bremer Bürgerzeitung" aus Rade ein Artikel, der in der Entstehung als "Westmeyer" bezeichnet wurde. (Gesetz) Westmeyer bestreitet allerdings, daß er das Artikel geschrieben hat. (Vorwurf.) Die "Leipziger Bürgerzeitung" scheitert nach dieser Erklärung von Westmeyer und Thalheimer aus dieser Erklärung. Nur hätte ich gewünscht, daß Westmeyer gewußt hätte, daß er gewiss gewesen wäre. Am meisten hat mich in der Nähe von Würtemberg verdeckt überredet, daß ich die Größe der Mitgliedschaft Rades erörtert habe, und daß er uns weiter geworfen hat, wie hätten schon früher die Parteipresse informieren müssen. Am 9. September erschien in der "Bremer Bürgerzeitung" aus Rade ein Artikel, der in der Entstehung als "Westmeyer" bezeichnet wurde. (Gesetz) Westmeyer bestreitet allerdings, daß er das Artikel geschrieben hat. (Vorwurf.) Die "Leipziger Bürgerzeitung" scheitert nach dieser Erklärung von Westmeyer und Thalheimer aus dieser Erklärung. Nur hätte ich gewünscht, daß Westmeyer gewußt hätte, daß er gewiss gewesen wäre. Am meisten hat mich in der Nähe von Würtemberg verdeckt überredet, daß ich die Größe der Mitgliedschaft Rades erörtert habe, und daß er uns weiter geworfen hat, wie hätten schon früher die Parteipresse informieren müssen. Am 9. September erschien in der "Bremer Bürgerzeitung" aus Rade ein Artikel, der in der Entstehung als "Westmeyer" bezeichnet wurde. (Gesetz) Westmeyer bestreitet allerdings, daß er das Artikel geschrieben hat. (Vorwurf.) Die "Leipziger Bürgerzeitung" scheitert nach dieser Erklärung von Westmeyer und Thalheimer aus dieser Erklärung. Nur hätte ich gewünscht, daß Westmeyer gewußt hätte, daß er gewiss gewesen wäre. Am meisten hat mich in der Nähe von Würtemberg verdeckt überredet, daß ich die Größe der Mitgliedschaft Rades erörtert habe, und daß er uns weiter geworfen hat, wie hätten schon früher die Parteipresse informieren müssen. Am 9. September erschien in der "Bremer Bürgerzeitung" aus Rade ein Artikel, der in der Entstehung als "Westmeyer" bezeichnet wurde. (Gesetz) Westmeyer bestreitet allerdings, daß er das Artikel geschrieben hat. (Vorwurf.) Die "Leipziger Bürgerzeitung" scheitert nach dieser Erklärung von Westmeyer und Thalheimer aus dieser Erklärung. Nur hätte ich gewünscht, daß Westmeyer gewußt hätte, daß er gewiss gewesen wäre. Am meisten hat mich in der Nähe von Würtemberg verdeckt überredet, daß ich die Größe der Mitgliedschaft Rades erörtert habe, und daß er uns weiter geworfen hat, wie hätten schon früher die Parteipresse informieren müssen. Am 9. September erschien in der "Bremer Bürgerzeitung" aus Rade ein Artikel, der in der Entstehung als "Westmeyer" bezeichnet wurde. (Gesetz) Westmeyer bestreitet allerdings, daß er das Artikel geschrieben hat. (Vorwurf.) Die "Leipziger Bürgerzeitung" scheitert nach dieser Erklärung von Westmeyer und Thalheimer aus dieser Erklärung. Nur hätte ich gewünscht, daß Westmeyer gewußt hätte, daß er gewiss gewesen wäre. Am meisten hat mich in der Nähe von Würtemberg verdeckt überredet, daß ich die Größe der Mitgliedschaft Rades erörtert habe, und daß er uns weiter geworfen hat, wie hätten schon früher die Parteipresse informieren

Sozialdemokratischer Parteitag

(Continued from the Beilage.)

Groups (Participants)

Nach dem Lauf der Debatte könnte ich eigentlich auf ein Schlußwort verzichten, wenn ich nicht für den Parteivorstand zu zwei Anträgen Stellung zu nehmen hätte. Zum Haushaltsericht ist nichts zu sagen, und wenn für die Finanzen das gilt, was für die anderen als geltend ausgegeben wird, daß nämlich die die besten, von denen man am wenigsten spricht, so kann man annehmen, unsere Finanzen in bester Ordnung sind. Der Antrag 80 von Hain-Wappertich verlangt, daß der Parteivorstand beauftragt werden soll, Verwaltungsmaterialien, als Geschäftsbücher, Kassen-Mitgliederbücher von einer Zentralstelle herstellen zu lassen. Das wäre ein verkehrter Weg, wenn dadurch eine Vereinheitlichung der Verwaltungsmaterialien herbeigeführt werden soll. Um dieses zu erreichen, soll man nicht zuerst die Materialien vereinfachen. Sie nennen des Parteivorstandes, diesen Antrag abzuweisen. Ein ähnlicher Antrag ist bereits auf dem Parteitag in engenommen worden. Damals hat der Parteivorstand die Materialien aus den einzelnen Bezirken und Wahlkreisorganisationen eingefordert. Eine spätere Konferenz der Bezirksvorstände stieß sich damit. Dabei hat sich herausgestellt, daß das Maß der einzelnen Bezirke und Wahlkreise, das den verschiedenen Verhältnissen angepaßt ist, doch ein so verschiedenartiges ist, es sehr schwer hält, Materialien nach einer einheitlichen Form herzustellen. In jener Konferenz fanden die Bezirksvorstände deshalb zu dem Schluß, daß erst in allen Bezirken verhandelt werden soll, einheitliche Materialien zu schaffen. Wenn sich das durchführen lassen, kann man ins Auge fassen, bestimmte Formen für einheitliche Materialien im ganzen Reich aufzunehmen. Wenn es dem Vorstand möglich ist, wiederum Materialien einzustellen und Richtlinien aufzustellen für einheitliche Verwaltungsmaterialien, so wird das geschehen. Lehnen Sie daher diesen Antrag ab und binden Sie nicht den Parteivorstand. Der Antrag 11 verlangt Wahlkreis konferenzen. Nun, wir jetzt Geschäftsführer-, Redakteur-, Bezirks-, Sekretär-, Kreis- und andere Konferenzen und andere auch noch. Das ist beinahe unendlich. (Gutrat: Sonderkonferenzen.) Von denen ganz abgesehen. Es muß doch Wohl gehalten werden. Wir haben 84 Parteien, und es wird fast wöchentlich mehr. Wollten wir nur Kreissekretärskonferenzen abhalten, so hätten wir fortgesetzte Sammeltage. Zur Beratung der Kleinarbeit wären bezirksspezialisierte der Funktionäre viel geeigneter, als wenn Kreissekretär von Königsberg mit dem von Mühlheim im Elsass konkurriert. Einen Zweck hat es, wenn auf den Bezirkskonferenzen die Kreissekretäre über die Agitation sprechen. Erklären Sie die Notwendigkeit und Erstreitlichkeit von einheitlichen Materialien für das ganze Reich, so sind die Bezirksssekretärskonferenzen der richtige Weg. Auch ein Mitteilungsblatt wurde darüber, dessen Zweck ersußt die Parteipresse vollauf. Ich halb, den Antrag 11 abzulehnen.

Den verzichtet auf das Schlußwort. Es folgen verfahr-

sucht würde, so kann ich ihn beruhigen. Es gibt gar nichts untersuchen. Nach Mitteilung der Leipziger Wahlkreisorganisation ist Rabel dort nicht Mitglied gewesen. Nach Mitteilung des Standes des 6. Berliner Wahlkreises war Rabel dort nicht zu finden von ihm angegebenen Namen Mitglied. Er hat sich ledig gemeldet und seine weiteren Beiträge bezahlt. Henke kann mir die betreffenden Schriftstücke einsehen.

Vente-Bremen: Eberts Glaubwürdigkeit ist mit hinlänglich bekannt. Ich brauche die Schriftstüde nicht einzusehen; ich glaube nicht an Eberts Worte. Wenn das der Fall ist, darf Radek ungleichsam ange... (Bebhafte Gutrose: Angelogen!), sagen wie Angelogenen hatte, so würden wir das genau so zu bewerten wissen wie andere Leute. Ich habe in meiner gestrigen Rede nicht darüber gesprochen, was vom 9. und 10. dieses Monats passiert war, sondern darüber, was vorher passiert war, und ich sagte, da hätte der Parteivorstand, der die Mitarbeit Radeks für eine ganze Anzahl von Blättern, auch revisionistischen Blättern (Gutrose: revisionistische Blätter gibts nicht) kannte, uns auch informieren können. Da hat er nicht getan, und deshalb ist er mitschuldig. (Untuhe.)

Es wird abgestimmt. Die Anträge 8*, 4, 5, 6 und werden dem Vorstand zur Erwägung überwiesen, ebenso der Antrag 8. Die Anträge 9 in Verbindung mit 151, 11, 155, 80, 91 und werden abgelehnt. Antrag 97 ist zurückgezogen. Antrag 160* wird angenommen, 191 zurückgezogen, 192 abgelehnt. Der Antrag Ebert-Schulz, Agitation unter den Arbeitern und Arbeitertinnen im Alter von 18—20 Jahren wird angenommen, ebenso einstimmig der weitere Antrag Ebert-Müller-Schulz betreffend den Protest gegen die Verfolgungen der proletarischen Jugendbewegung. Dadurch erledigen sich die Anträge 12, 13, 148 und 173. Die Anträge 95***, 98, 115, 119 werden dem Zentralbildungsausschusse überwiesen. Von den Anträgen zum Schnapsholz wird der Antrag Gottscholl einstimmig angenommen. Dadurch erledigen sich die Anträge 125, 126 und 127. Antrag 128 sowie ein dazu gestelltes Amendment Davidsohn, die Worte „des gesamten Spirituosenverkaufs“ zu ersetzen durch die Worte „des Schnapsverkaufs“ werden abgelehnt. Hierzu wird dem Parteivorstand einstimmig Bedarf gestellt.

Es folgt 2a:

Geben&mittelsteuerung

Lebensmittelsteuerung.

Editorial

Scheidemann: Wir Sozialdemokraten als die berufenen Vertröster des wertfältigen Volkes haben von Jahr zu Jahr unsere Stimme erhoben, damit Maßregeln zur Vinderung des Notstandes ergrieffen werden, aber regelmäßig hat man uns geantwortet, daß es sich um eine vorübergehende Erfcheinung handelt, und daß die Teuerung eine internationale sei. Nun kann zweifeln, ob diejenigen, die von einer vorübergehenden Erscheinung sprechen, dies aus Unwissenheit oder aus Dummheit tun. Daß die Teuerung international ist, ist richtig; aber es scheint mir zweifelhaft zu sein, ob diejenigen, die uns mit diesen Argumenten immer wieder kommen, die Ursache dieser internationalen Erscheinung kennen.

*) 3. Genosse Giebel-Berlin, Sozialdem. Verein
Eissen, Königssberg i. Pr., Duisburg, drei Ge-
nossen in Arnstadt, sechs Genossen in Breslau,
Köln: Der Parteivorsitz wird eracht, in erhöhtem Maß
Material für die Agitation unter den Privatangestellten (Handlung-
gehilfen, Technikern, Bureauangestellten) den Parteifunktionären zu
verfügung zu stellen.

4. Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand wird beauftragt die sozialdemokratische Agitation unter den Kreisen der kaufmännischen und technischen Angestellten nach Möglichkeit zu fördern. Bei dieser Agitation ist insbesondere der von der Demokratischen Vereinigung und dem Bund der technisch-industriellen Beamten propagierte Gedanke abzuwehren, daß die Handlungsbefreiungen, Techniker usw. eine besondere Angestelltentbewegung neben der der Arbeiterbewegung bilden sollen; die Angestellten können ihrer ganzen wirtschaftlichen Lage nach nur ein Teil der allgemeinen Arbeiterbewegung sein.

5. Hamburg III, Distrikts Hamm: In Anbetracht dessen, daß die wirtschaftliche Entwicklung die Privatangestellten immer mehr ihre Klassenslage erkennen läßt, ferner daß die verschiedenen politischen Parteien sich bemühen, diese Kategorie von Angestellten für ihre Bestrebungen einzufangen, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, die Agitation unter den Privatangestellten mit besonderer Energie zu fördern. Insbesondere sind auch alle diejenigen Bestrebungen zu bekämpfen, die unter dem Deckmantel der „Demokratie“ und „Fortschrittliche Gesinnung“ die Privatangestellten von der allgemeinen Arbeiterschaftsbewegung fern zu halten.

6. Hamburg III, Distrikt Weddel: Mit Stolz auf darauf, daß die politischen Parteien immer mehr Einfluß auf die Angestelltenkreise gewinnen, macht sich eine umfangreiche sozialdemokratische Agitation innerhalb dieser Kreise notwendig, um so mehr eine sozial-fortschrittliche Bewegung verhindert, diese Kreise zu organisieren. Diese Parteien sind nicht imstande, die Interessen der Arbeiterschaft einzufordern, die von der

organisierten. Dem Parteidirstand wird anheimgegeben, eine rege Agitation zu entfalten.

7. Solingen, Kiel und acht Genossen in Düsseldorf: Der Parteitag möge beschließen: Mit Rücksicht darauf, daß die Demokratische Vereinigung bestrebt ist, auf die technischen Angestellten immer mehr Einfluß zu gewinnen, wird der Parteidirstand beauftragt, die sozialdemokratische Agitation unter diesen Kreisen der Angestellten nach Möglichkeit zu fördern. Bei dieser Agitation ist insbesondere der von der Demokratischen Vereinigung und dem Bund der technisch-industriellen Beamten propagierte Gedanke aufzuwehren, daß die Handlungsgehilfen, Techniker usw. eine besondere Angestelltenbewegung neben der Arbeiterbewegung bilden sollen. Die Angestellten können ihrer Bewegung einen wesentlichen Beitrag leisten.

**) 160. *Viertel IV*: Die Bilder (Illustrationen) der „Neuen Welt“ sind besser zu gestalten oder fortzulassen; im letzteren Falle würde Raum zu gemeinwissenschaftlichen Aussagen geschaffen werden, die zweckdienlicher wären. Der Autotypiedruck eignet sich nicht für Illustrationen.

95. Frankfurt a. M.: Für das gesamte Bildungswesen (eben gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften) in monatlich erscheinendes Organ herauszugeben. Dasselbe soll für alle Zweige unserer Bildungsarbeit Rat und Auskunft geben, den Austausch praktischer Erfahrungen ermöglichen und besonders das Bibliothekswesen in wirklicher Weise unterstützen. Eventuell kann die in Leipzig erscheinende Monatschrift „Der Bibliothekar“ übernommen und in ein ähnliches Organ überführt werden.

115. Bonn: Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Bonn-Rheinbach mitbilligt die Veranstaltung von Sonderkonferenzen, in denen Parteigenossen, gleichviel welcher Richtung, zu allgemeinen Parteifragen Stellung nehmen. Die Parteibürgertum erlangt, daß die Parteigenossen ihre theoretischen und tatsächlichen Eegnjäte im Rahmen der Organisation austragen. Deratige Sonderkonferenzen schwächen die Bedeutung des Parteitags und erschüttern die Ordnung.

119. Eiderfeld-Barmen: 1. Zusammenlegung der am selben Orte befindlichen Bibliotheken. Die Stelle kann bestimmt werden.

zu
tion
Bor-
der
lich
bei

lich
sile
ins
tr:
en,
von
von
wei-
von
che
sas

7
ag
88
**)
og
im
er
och

Die stürmische Entwicklung des Kapitals gipfelt jetzt schon zum dritten Male seit 1895 in einem geradezu ungeheuren Aufschwung der industriellen Hochkonjunktur. Jedesmal, wenn der Gipfel dieser Hochkonjunktur erreicht war, stellte sich eine ungeheure Teuerung ein. Die rasche Ausbreitung der Industrie ist im wesentlichen zurückzuführen auf die großen technischen Fortschritte. Der Kapitalismus begnügte sich nicht mehr damit, seine Waren auf fremde Märkte zu werben. Jetzt wird er selbst mit Haut und Haren in immer neue Länder exportiert. Er überflutet neue Länder mit neuen Waren und revolutioniert sie politisch. Der Profit in der Industrie ist ungeheuer gesteigert. Nun ist die kapitalistische Produktion eine anarchische. Vieles und was produziert wird, hängt in erster Linie ab von der Profitmöglichkeit, und so entstand ein immer größeres Missverhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft. Während die Kartellierung und Vertrübung die Preise der industriellen Produktion hochhielt und den Kartellmagnaten große Exportprofite in fabelhafter Höhe in den Schoß warfen, sind die landwirtschaftlichen Produkte um bestwilten gestiegen, weil das Kapital die Entwicklung der Landwirtschaft vernachlässigt hat. Die Landwirtschaft leidet ferner unter einem Arbeitermangel. Die Überschüsse der Bevölkerung werden nicht von der Landwirtschaft, sondern von der Industrie herangezogen. Nun unterliegt es keinem Zweifel, daß auch der Hochkonjunktur sicher wieder eine Krise folgt mit all dem Elend in Gestalt der Arbeitslosigkeit. Die Teuerung als Folge der reinen kapitalistischen industriellen Entwicklung ist aber denbar beste Beweis für die Sinnlosigkeit einer Gesellschaftsordnung, in der die stets steigende Produktion zu einer Quelle der Verarmung der Produzenten wird.

Beratung der Produzenten wird.
Wir haben eine Fülle von Probasen und trockenem Leibn die
Völker Rot. Unter solchen anarchistischen Produktionsweise sollte man
möglichst schnell ein Ende machen. (Sehr richtig!) Nun sind die
internationalen Ursachen der Teuerung nicht abhängig von der
deutschen Wirtschaftspolitik. Sie können nicht gehemmt werden
durch das Alibimittel des Liberalismus, den Freihandel. Hier
muss es auss Gange gehen: Befestigung der kapitalistischen Verwal-
tung und Erfolg durch den Sozialismus. (Sehr wahr!) Die Inter-
nationalität der Teuerungserscheinung ist der beste Beweis für die
Notwendigkeit des Sozialismus. Ein wie großes
Verbrechen am deutschen Volke bedeutet aber eine Wirtschaftspolitik,
die bewohntermaßen diese Teuerung zu verlängern, zu
steigern und zu verewigen sucht. Ich muss darauf ver-
zichten, diese Wirtschaftspolitik näher zu schildern. Ich verweise nur
auf das geradezu ungewöhnliche System der Ausfuhrcheinre. 125 Millionen Mark Liebedgaben hat das Volk in einem einzigen
Jahre an diejenigen gezahlt, die den deutschen Markt von Getreide
entblößten, um die Preise hochhalten zu können. An der Befestigung
einer solchen Politik hat nicht nur die städtische Bevölkerung, son-
dern auch der kleine und mittlere Bauer das größte Interesse. Der
Großgrundbesitz, der den Försterbau betreibt und die Nutzmittel-
zölle eingeführt hat, bereichert sich auf Kosten der kleinen Bauern,
die die Viehzucht pflegen. Nun zu dem alten Notstand. Zu
derselben Zeit, wo der deutsche Kaiser zu seinen Bannen

gerissen sei, wo der Bruttogehalt zu jenen Brandenburger Standes sagte: Wir haben keine Ursache, unzufrieden zu sein, konnte man lesen, daß Kaufende von armen Arbeitersfrauen die ganze Nacht vor den Fleischbänken standen, wo füntigtes Fleisch verkauft wurde. (Hört! hört!) Dieses Fleisch hat einen Preis, den die Frauen nach fünftägigem Vergnicht auf Fleisch sich allenfalls leisten können. Das sind die Frauen, die das Elend kennen, die bei der letzten Reichstagssitzung von Haus zu Haus, von Treppe zu Treppe gegangen sind, um sozialistische Flugblätter zu verteilen, die gewusst haben, warum sie ihre ganze Hoffnung auf die sozialdemokratische Sache setzen.

sein, was wir gerade diesen armen Frauen zu verdanken haben.
(Lebhafte Zustimmung.) Gerade ihrer wollen wir uns deshalb mit
Wärme und Eifer allenfalls auf das entschiedenste annehmen.
(Sturm der Beifall.)

Den Arbeitern aber muß zugesehen werden, daß sie auch das Mittel der Selbsthilfe ausnutzen und sich überall den Konsumgenossenschaften anschließen müssen. Dass in Zeiten der steigenden Lebensmittelpreise die Arbeiter sich bemühen müssen, höhere Löhne zu erringen, ist klar. Aber dann steht jedesmal das Bestreben der Unternehmer ein, die Arbeiter in Fesseln zu schlagen. Um so mehr haben wir zu fordern, daß das Koalitionsrecht ausgebaut und sichergestellt wird. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Forderung haben wir der frechen Provokation der Scharfmacher entgegenzusehen. Wir verlangen eine Sozialpolitik, die den vereinsenden Tendenzen entgegenwirkt, wir verlangen eine Förderung der Intensität der landwirtschaftlichen Betriebe, eine Beseitigung der Fideikommissie. In Verbindung damit fordern wir Reform des Steuerwesens, die Beseitigung der indirekten Steuern. Um diese Reformsprojekte durchzuführen, ist es nötig, den Reichstag so schnell als möglich einzuberufen. Wir Sozialdemokraten brennen geradezu darauf, unsere positive Arbeit weiter zu leisten wie bisher, namentlich aber jetzt, um den breiten Volksmassen zu helfen, die nach Brot und Fleisch schreien. Am 5. September hat der Vorstand unserer Reichstagsfraktion den Reichsländer auf den Rückstand außerordentlich gemacht und die schleunige Einberufung des Reichstages gefordert. Seitdem unser Schreiben an den Reichskanzler abgegangen ist, sind zwölf Tage ins Land gegangen. In diesen zwölf Tagen hat der Reichsländer seine Zeit gefunden, das Schreiben zu beantragen. (Hört! hört!) Er glaubt wahrscheinlich mehr an die vorhin von mir erwähnten Worte, daß man keinen Grund zur Unzufriedenheit habe. Nun steht die Not offenbar nicht aber er fühlt die Unzufriedenheit an der Gurte. Er getrennt sich nicht, etwas zu unternehmen. Er muß fürchten, daß er jetzt einmal vom Reichstag abgesetzt wird. Er muß mit der Möglichkeit rechnen, daß sich noch einmal eine Mehrheit findet, die bereit ist, einiges von dem zu tun, was wir Sozialdemokraten als unerträglich betrachten.

Ich glaube im Sinne aller Unwesenden zu sprechen, wenn ich sage, in erster Linie kommt es auf die Antwort des Reichstagsabgängers nicht an. (Sehr richtig!) Es wird darauf ankommen, welche Antwort das deutsche Volk geben wird. (Lebhafte Beifall.) Wir wissen alle, daß niemals im Volle seit vielen Jahren bis weit in den Mittelstand hinein eine solche Erregung Platz gesucht hat wie in diesen Tagen. Wir sind bereit, diese Erregung umzugehen in fruchtbare Arbeit. Über die Regierungen müssen sich klären, was es bedeutet, den Willen des ganzen Volkes zu missachten. Wenn diese Erregung Formen annimmt und führt so führt, wie wir sie es nicht wünschen, dann tragen die die Verantwortung, die jetzt einen traurigen Mut haben, den Schrei des Volkes nach Wut zu missachten. (Lebhafter Beifall.) Die willkürliche Rot, die jetzt durch die Strafen geht, ist offenbar. Ich möchte dem Reichstagsabgeordneten

Um den Stolz geben, daß er es seinem allernächsten Herrn sagen möge, daß das Volk keine Ursache hat, mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden zu sein. Das Volk leidet Nöll. Wenn der Reichskanzler es nicht glauben will, wenn er alle Berichte von den armen Frauen, die jämmerliches Fleisch kaufen müssen, nicht glauben will, dann möge er in die Siedlungen hause und Heil-Häfen gehen und die Direktoren fragen, warum so viele dort liegen, die nicht dort zu sein brauchen. Er möge die Stadtverwaltungen fragen, die Amtskommissionen, den Oberbürgermeister einer großen Stadt, der erklärt hat, er könne einen großen Platz zu einer Versammlung deshalb nicht geben, weil der Vorstand so groß sei, weil über die Kosten des Proletariats hinaus, daß es keinen Platz gebe, der groß genug sei, um die Angestrichenen zu fassen.

Wenn der Reichskanzler das alles nicht glauben will, dann soll er selbst einmal in die Kosten des Stolzes gehen. Ich schließe mit der Mahnung an Euch, daß Ihr draußen wie bisher alles tut und den Wahlen folgt, wozu ich Ihnen schlicht nicht und wie eine Verbesserung möglich wäre. Denen oben aber sage ich: Höret, Ihr seid gewarnt. Wie sind bereit, freiheitlich zu arbeiten und die Errungung in fruchtbare Arbeit umzusetzen. Gedenkt des alten Sprichwortes: Ruhrt Eisen! Ruhrt aber auch die Arbeiter den Stolz. Wir sind der festen Überzeugung, das zur Erleichterung gelangte Volk wird nicht nur wissen, wie es seinen Kampf zu führen hat, es wird auch verstehen, wie sie siegen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Wohl-Straßburg: Ich beantrage, von einer Diskussion über das Referat abzuwenden und auch die Resolution des Parteivorstandes anzunehmen.

Genau den Widerspruch von Schiller-Breslau wird von einer Diskussion absehen und die Resolution zur Teuerungsfrage unter heftigstem Beifall einstimmig angenommen.

Es folgt der

Bericht der Mandatoprüfungskommission

den Blume-Hamburg erlässt. Es sind 527 Teilnehmer am Parteitag anwesend. Von diesen sind 400 Delegierte, 77 Reichsbürgabordneure, 11 vom Parteivorstand, 9 von der Kontrollkommission, eine Genossin vom Frauenbüro, ein Genosse vom Firmen Büro u. Co. vom Vorstand geladen, ein Genosse vom "Vorwärts". Weiter sind geladen ein Sachverständiger des Parteivorstandes; außerdem sind 17 ausländische Ge-

nossen als Gäste anwesend.

Es liegen drei Proteste vor. zunächst aus dem 6. Saalecker-Holsteinischen Kreis gegen den Genossen Kirsch. Er soll als Leitervertreter in Lübeck die Wahlen dadurch beeinflusst haben, daß er aufgefordert habe, auch für andere Kandidaten zu stimmen, als solche von Lübeck. Der Mandatoprüfungskommission ist der Antrag, daß jeder Genosse das Recht hat, ihm geeignete erscheinende Kandidaten zu empfehlen. Der Protest gegen die Wahl Kirschs wird also zugelassen. Der Parteitag stimmt dem zu. Ein weiterer Protest liegt vor aus dem Kreise Aholz 22, Berlin-Lichtenberg, und zwar aus den Sozialdemokratischen Betriebs- und Betriebsräte. Der Protest richtet sich gegen das Recht des Delegierten Thewes in Aholz. Thewes war mit Hoffmann in die Stichwahl gekommen. Er hatte 458 Stimmen, Hoffmann 376. Einige Tage später wurde der Stichwahlentscheid angefochten mit der Begründung, daß Hoffmann von der Nachbarschaft gutgedacht sei. Die Gewinner und Kämpfer erklärten nun, während der Thewes nicht gewählt, ihm stand noch zweckmäßiger Kandidat gegenüber, die zusammen mehr Stimmen hatten als er. Die Kommission hat den Protest als begründet und beantragt Ungültigkeitserklärung.

Olthausen-Berlog: Hoffmann ist von der Stichwahl lediglich ausgetreten, um die Stichwahl überflüssig zu machen. Das ist ihm von verschiedenen Kreisvereinen vorgelegt worden. Der Sonntag, an dem die Stichwahl sein sollte, konnte zur Verteilung eines Abzugsblattes gegen die Teuerung ausgenutzt werden. Es handelt sich um leinerlei Rücksichtsgemüthe. Wenn Sie entscheiden, daß ein formeller Verstoß geübt ist, werden wir uns

Neues aus aller Welt.

Blutige Fächerkämpfen.

Newark, 16. September. Aus Amarillo wird von einer schweren Blutlust berichtet, die am hellen Tage verübt wurde und auf die Wache eines betrogenen Ehegatten zurückzuführen ist. Ein gewisser Alfred Kohne wurde von dem Bantier John Neal Sned erstickt, weil dieser im November vergangenen Jahres die Frau des letzten verjüngte und mir ihr auf eine Farm in Winnipeg geslossen war, die ihm sein Sohn für 400.000 Mark gekauft hatte. Neal nahm sofort die Verfolgung der beiden auf. Am Ort Broth traf er in einem Hotel den Vater des Entführers seiner Frau, den er ohne weiteres niederschlug, den er beschuldigte, seinem Sohne zu dem Entführungsplane verholfen zu haben. Neal wurde seinerzeit freigesprochen, weil die Richter über die Schulfrage verschiedenste Ansicht waren. Vor einer Woche nun kam Heyne nach Amarillo, um über den Nachschlag seines Vaters zu bestimmen. Als er an der Hochzeit des Sohnes vorbeiging, sprang plötzlich ein Mann mit einem scharfen Bart mit angeklagtem Gewicht auf ihn zu und gab einen Schuß ab, der ihn mitten in der Brust traf und auf der Stelle töte. Hierauf riss sich der Unbekannte den falschen Bart ab und gab sich als Sned zu erkennen. Auf der Polizei lagte er aus: Es gab für uns beide keinen Raum auf dieser Erde, und darum habe ich ihn erschossen.

Spiionage.

Allenstein, 17. September. Bei der gefeierten Festungsübung bei Lingen photographierten und filigranierten zwei elegante Freunde entflohen, als sie sich beobachtet sahen. Einer wurde ergreift, der andere entflohen. Die Untersuchung wird streng geheim geführt.

Die drei verschütteten Bergknollen.

Wieslinghausen, 17. September. Bis heute mittag ist es nicht gelungen, die auf der Zeche Augusta Victoria verschütteten drei Knollen zu bergen. Beim Zusammenbruch des Gebäudes sind tiefgründige Mengen Felsen und Rohren niedergestiegen, die sich weggeräumt werden müssen, um zu den Verschütteten zu gelangen. Wann dieses Ziel erreicht sein wird, läßt sich nicht sagen, da man nicht bestimmt weiß, wo die drei Bergleute liegen. Die Rettungsarbeiten werden unterbrochen und mit großer Aufopferung fortgesetzt. Da man seit dem Zusammenbruch vor drei Tagen von den Verunglückten nicht das mindeste Lebenszeichen erhalten hat, ist die Hoffnung, sie lebend zu bergen, sehr gering.

Böhm, 18. September. Wie die Verwaltung der Zeche Augusta Victoria mitteilt, ist nicht mehr damit zu rechnen, daß die verschütteten Bergleute noch leben zu Tage geschaert werden.

Großsturz auf Hiddensee.

Greifswald, 17. September. Infolge starker und anhaltender Regengüsse sind von der westlich von Alten gelegenen Insel Hiddensee größere Erdmassen ins Meer gestürzt, so daß das ganze Vorland verschwunden ist.

Nordversuch.

Frankfurt a. M., 17. September. Heute morgen um 6½ Uhr gab in der Frankfurter der etwa 40 Jahre alte Holzgerberarbeiter Franz Frank aus Neustadt an der Haardt auf eine Baderstube, die Brötchen austirg, zwei Schüsse ab, von denen einer den rechten Unterarm der Frau traf. Der Täter floh und wurde später verhaftet. Frank hatte dabei auch einen Schuß auf seine Verfolger abgegeben. Der Täter ist schon mehrere Male vorbestraft.

Erdstöße in Baden.

Freiburg, 17. September. Heute nacht wurden die Einwohner der Stadt durch kräftige Erdbewegungen in Aufregung versetzt. Auch in mehreren anderen badischen Orten, insbesondere in Gütingen, wurden Erdbebenwellen verspürt.

fügen; aber der Effekt wäre, daß das zweite Mandat unbedingt bleibt.

Der Parteitag erklärte das Mandat Thewes für gültig.

Blume-Hamburg: Es liegt noch ein Protest vor aus dem Wahlkreis Augsburg. Rollwagen ist gewählt worden, konnte man hat man einfach Buchweise ohne Wahl mit dem Mandat bestritten; dagegen wendet sich der Protest von Augsburg. Wir beantragen, die Wahl aufzuheben, der übrigens bereits abgereist ist, für ungültig zu erklären. Der Parteitag schließt sich diesem Antrag an.

Es folgt der

Bericht der Neorganisationskommission über ihren abgeänderten Entwurf.

Berichterstatter Müller:

Ich kann mich sehr froh fassen, weil ein einstimmiges Votum der Kommission vorliegt. Die Kommission hat sich in ihren Drillungen auf die vorliegende Fassung geeinigt, die von den Bestimmungen von der Vertretung der Reichstagsfraktion auf den Parteitagen handelt. Wenn ein einstimmiges Votum Zustande kommt, so sind natürlich der einen oder anderen Seite Bedenken und Wünsche zurückgestellt worden, weil Aenderungen in der Verfassung der Partei nur dann Wert haben, wenn die Partei einstimmig oder wenigstens mit überwältiger Mehrheit auf dem Boden einer solchen Vorlage steht. An den §§ 1 bis 3 sind Aenderungen nicht vorgenommen worden. In der Debatte draußen im Lande hätte es eine große Rolle gespielt, daß in der Fassung der ersten Lesung eine Erhöhung des Mandatssatzes vorgesehen worden war. In der dritten Lesung ist diese Erhöhung gestrichen worden mit Rücksicht auf die außerordentlichen Teuerungsverhältnisse. Damit sind wohl wesentliche Bedenken gegen diese Vorlage beseitigt. Das Gesetz ist jetzt nur vom 1. April bis 31. März laufen. Damit wird ein alter Wunsch erfüllt. Vergleichbar der Vertretung der Organisationen auf den Parteitagen können von jetzt an Organe mit bis 12.000 Mitgliedern vier und für weitere 6000 einen Telegramm mehr einsetzen; damit wird eine Ungerichtigtigkeit beseitigt.

Auf die Vertretung der Fraktion. Man hat für die Vertretung der bisherigen Fassung gesagt, daß der Parteitag die Telle ist, von der allein die Fraktion ihre Volligkeit zur Rechenschaft gezogen werden kann. Das trifft auch für andere Initiativen von großer Bedeutung zu. Aber in den letzten Jahren hat und weniger die Reichstagsfraktion in heißen Kampfen beschäftigt, sondern vielmehr Parteidienstangelegenheiten. Es müssen also auch den Reichsbürgabordneuren, die in letzter Rücksicht dem Parteitag verantwortlich sind, Vertretungsberechtigte eingeräumt werden. Die Kommission hat alle die Fassung der ersten Lesung beibehalten. Nach § 1 können im Zukunft nur noch Organisationen Anträge zum Parteitag stellen. Das beginnt auf das in den Drillungen vorgenommene eingeschränkt, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so rege und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, als es früher bewiesen werden darf war. Der Parteiausschuß soll vor allen Dingen dazu dienen, im Interesse unserer Freiheit unsere Kampfbereitschaft zu verbessern. Wir danken Ihnen, unsere Anträge endlich anzunehmen. Anfangs hat es das Werk, das in der Kommission nach langen Debatten und heftigen Auseinandersetzungen durch einen einstimmigen Beschluss getan ist, zu krachen zum Nutzen der gesamten sozialdemokratischen Bewegung. (Beifall, anhaltender Beifall.)

Vorjünger Haufe teilt mit, daß zu dem Kommissionsvorschlag noch Änderungsanträge eingegangen sind. Die Reichstagsfraktion soll hiermals in ihrer Gesamtheit zur Bedienung an den Parteitagen berechtigt sein und für den Fall der Abstimmung dieses Antrages soll sie wenigstens beratende Stimme haben. Ferner sollen dem Parteivorstand nicht zwei Beifälle angeschaut, sondern eine unbestimmte Anzahl von Beifällen, die jedesmal die Partei bestimmt.

Die Veratung des Organisationsstatus in Verbindung mit dem Antrag 106 von Zürich: Zuviel gewollte Parteimitglieder, nur zu wenige der Invalide deutscher Parteimitglieder und sollen auf die Hälfte der Mitglieder nicht gewollt werden", wird auf Rüttich reagiert.

Im Anerkennung dessen ließ sich auch der Streit über die Tiere des Parteiausschusses zum Parteivorstand und Parteivorstand befreile und diesem sein Gutachten unterbreitet, so trug der Parteivorstand in Zukunft allein gegenüber dem Parteiausschuß eine gesetzliche Verantwortung. Diese Tatsache, daß der Parteivorstand die eigene Verantwortung allein trägt, kann es nun entlasten.

Nun ist gesagt worden, daß die Neufassung eigentlich weiter mag, doch jetzt minderstens alle Befreiung eine solche Konferenz zu finden müßt. Daraus soll eine bessere Führungnahme hervorgehen. Der Parteivorstand kann auch einberufen werden, der Parteivorstand ist nicht will, und wenn in besondere Gelegenheiten zwischen Parteiausschuß und Parteivorstand vorkommen sollen, so zusammengetreten ist. Bei großen Dingen, wo eine Verhandlung ausgeschlossen ist, was ich mit Augenblick nicht denken kann, müßte durch einen außerordentlichen Parteitag eingetragen werden.

Es beginnt auf die Zusammenziehung des Parteivorstandes, das Parteiausschuss es im wesentlichen beim alten gelassen. Nur wollen wir das beider Beifälder, die bisher von der Kontrollkommission gewählt wurden, in Zukunft vom Parteitag gewählt. Die Kontrollkommission hat ihre eigenen Vorsitzenden, die nicht direkt gewählt werden, um eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe. Die Rechte des Parteivorstandes werden bestrebt, etwas einzufordern, aber der Parteivorstand wird bestrebt, eine bessere Führung mit dem Lande zu koordinieren. In Zukunft das schlechte Wort. Kein Parteiausschuß wird so regen und freiheitlich machen werden. Streitigkeiten werden natürlich niemals ausgetragen werden, aber sie können innerhalb der Parteiausschüsse bestehen. Sie knüpft an das an, was ich oben geschildert habe

Konsum-Verein „Vorwärts“

Manufaktur- und Schuhwaren-Geschäfte

Dresden-Alstadt: Grosse Zwingerstrasse 12
Dresden-Neustadt: Königsbrücke Straße 88
Dresden-Löbtau: Kesselsdorfer Straße 22
Dresden-Cotta: Grillparzerstraße 12
Dresden-Sriesen: Markgraf-Heinrich-Str. 81
Potzschappel: Dresdner Straße 88
Deuben: Dresdner Straße 48.

Für den

Oktobe-Umzug

empfehlen:

Gardinen

Gardinen, weiss und creme, 125 cm breit	50 Pf.
Gardinen, weiss und creme, 130 cm breit	60 Pf.
Gardinen, weiss und creme, 135 cm breit	70 Pf.
Gardinen, weiss und creme, 140 cm breit	80 Pf.
Gardinen, weiss und creme, 150 cm breit	100 Pf.
Gardinen, weiss und creme, 150 cm breit	125 Pf.
Gardinen, weiss und creme, 160 cm breit	135—200 Pf.
Scheibengardinen, weiss und creme	30—75 Pf.
Spachtelkanten, weiss und creme	45—185 Pf.
Tüllspachtelkanten, weiss u. creme	75—200 Pf.
Künstlergardinen	135—250 Pf.
Spachtelviträgen, weiss und creme, abgepasst	235—750 Pf.
Viträgenköper, weiss und creme	55—75 Pf.
Viträgen-Damaste, creme und gold	65—150 Pf.
Brise-bise, weiss und creme	45—150 Pf.
Zuggardinenstangen	50 Pf.
Portierenstoffe — Lambrequins	95—250 Pf.

Linoleum

Läufer, 67 cm breit	à Meter 1.25 M.
Läufer, 90 cm breit	à Meter 1.50 M.
Läufer, 110 cm breit	à Meter 2.00 M.
Läufer, 200 cm breit	à Meter 3.50 M.
Nur schöne Muster in Parkett einfarbig mit Kante u. gebürtig.	
Beste Marke, keine Ueberbestandsware.	

Wachstuch

Axminster-Teppiche	von 10.50—45.00 M.
Velour-Teppiche	von 18.00—42.50 M.
Steppdecken, Schlafdecken	von 3.50—14.00 M.
Kamelhaardecken	von 9.50—26.00 M.
Möbelstoffe, Fensterfriese	von 2.50—4.50 M.
Läuferstoffe	von 0.30—2.50 M.
Barchentbettlischer	von 1.35—3.00 M.
Wachsbarhent, 85 cm breit	von 1.20—1.80 M.
Wachsbarhent, 100 cm breit	von 1.25—1.40 M.
Wachsbarhent, 115 cm breit	von 1.80 M. an
Gummidecken	von 3.25—4.50 M.

Vornehm

wirft ein gartes, reines Gesicht, rosiges, jugendliches Aussehen, welche sommerliche Haut u. ein schön Teint. Alles dies erzeugt die allein saute Steckenspindel-Glimmlich-Seife a. St. 50 Pf., ferner macht der

Hada-Cream

rote und rissige Haut in einer Nacht weiß u. sommerlich. Tube 50 Pf. bei: Bergmann & Co., König-Johann-Str. Hermann Koch, Altmarkt 5. Weigel & Zeeb, Marienstraße 12. O. P. Vogl, Höhl, Pfotenbauerstr. 35. C. G. Klepperlein, Frauenstraße 9. L. Küntzmann, Am See 55. Restauriermarkt u. Schlossberg 8. Max Hartig, Rothenstraße 24. O. Baumann, König-Johann-Str. 9. F. Teichmann, Striesenstraße 24.

**Gute getragene
Herren- u. Damenkleider**
verkauft billigst das
L. Dresdner Spezial-Kleider-Magazin
Töpferstr. 1, 1. Et.

+ Frauen +

Bei Beschwerden, Unregelmäßigkeiten etc. verjuchen Sie bitte sofort meine echten
Frauen-Tropfen
Flasche 4.—, extraflask 6.50,—
Doppelflasche 10.— M.
Speziell empfehlenswert in Verbindung mit Parfüm, a. 1.25.
A. Bleimel Nachfolger,
Börsenstrasse 36, gesond. Auton.

**Echt Münchner
Eberl-Bräu**
in Halbliter und
Eberl-Flaschen

mit Prämien-Bons

sowie
die im Sommer 1911 eingeführte,
allseitig begehrte

Eberl-Brause
ein alkoholfreies Erfrischungssirup
ohne Zusatz von Farbstoffen
und

Eberl-Sprudel
ein Mineral-Tafelwasser
1. Ranges
überall erhältlich!

Keine Uhr
 kostet über
 1.50 M.
 zu repar. u. reinigen.
 Feder 1 M.
 Neue Gefäße 50 Pf.

Ernst Rämisch
7 Wettinerstraße 7.

= Mon berlangt jetzt =
die Biere der
Genossenschafts-Brauerei

a. G. m. b. H. Niederpoyritz

In Niederpoyritzer
Genossenschafts-Böhmisches
Bier —
Klar, hell und dunkel
Sie sind vorzüglich
und gut belämmert.

Postplatz —
„Stadtwaldschlösschen“, I. u. II. Etg.
Telephon 6081.

= Auf Kredit =

Wohlfahrt - Wöhrel

neu und umarbeiten.

Großhainerstraße 144.

Sie
sind erstaunt,
welche Vorteile mein
Möbel- u. Ausstattungsgeschäft
auf

Teilzahlung

bietet!

1 Zimmer 80 M., Anzahlung 6 M.

2 Zimmer 165 M., Anzahlung 16 M.

3 Zimmer 278 M., Anzahlung 25 M.

Möbel

Herren- u. Damen-Konfektion

in grösster Auswahl.

Freischwinger, Regulatoren, Schuhe, Manufakturwaren, Teppiche, Gardinen usw.

S. Osswald

Dresden, Namestr. 12, I.
im Hause von
Weigel u. Zeeb

Braut-Ausstattungen
in grosser Auswahl

Alte Kunden
ohne Anzahlung!

Zahn-Praxis Max Wagner

Wettinerstraße 18, 1 Dresden, Wettinerstraße 18, 1
früher Rudolphs Zahnatelier.

Spezialität: Zahnzichen in örtlicher Betäubung.
Zahnarsatz in bester Ausführung. — Plombierungen.

Leichte Zahlungsweise.

Mähnitz-Wilschdorf.

Bestellungen auf die Dresden Volkszeitung, Freien Stunden, Wahren Jakob, sowie sämtliche Parteiliteratur, Interate und Druckaufträge nimmt entgegen

Reinhold Staiger, Mähnitz, Bederstraße 18, pt.

Militär-Unterhose

in grau, weiß, braun, von 95

Annähtüss aus prima Handtuch

Frauenstrümpf prima Vigogne, im 1 XI

Strumpffabrik

Paul Kraus Rabengeschäfte:

Großstr. 54, Borsigstr.

Rosenstraße 7.

Kein Laden

Sofabezüge Fortieren, Tisch-

Cofa, Divan, Säde

und Steppdecken

Teppiche Gardinen

auch solde abgepackt

mit

Neuen Web- fehlern —

Stühle, Fuß-

Bettvorlagen und Laken

kaufst jedermann gut und billig

bei der bekannten u. beliebten

Strena

Kupfermann

Dresden-A. Pillnitzer Straße 14.

Nur 1 Einge.

Musik-Instrumente aller Art

kauff und lädt

Ziegelstraße

Dr. Otto Friebe

Eckhaus Steinstraße

+ Hygienische

Frauen-Artikel

Mensurenzähler, Matratzen

Gußwaren, Spülapparate

Uhr gratis. 10 Bro. Rab.

Dresden

E. Pietzsch, Jägerstraße

Moderne

bereitwillig, wenig ge- tragen so wie neue

Herren- Kleider

für. Paketpost. 50 Pf. ab

kauff man am billistum

Bei

S. Falik

Gr. Brüderstraße 51, II.

Frack-, Gehrock- und

Smoking-Anzüge werden

verliehen u. verkauft.

Bestell an nicht zu teuer

Werben. Sothe. Wohl. Schuh

Kalienstein. Weiss. Görlitz. zu

W. W. (West) Sachsen A. 144

bei W. Deuben. Wohl. Schuh

Schankelpfort zu kaufen. 50 Pf. ab

und. H. O. 102

Wilh. Ritter & Co.

Postplatz —
„Stadtwaldschlösschen“, I. u. II. Etg.
Telephon 6081.

Ohne

Anzahlung für

Beamte und Kunden.

Lieferung frei ins Haus.

Wagen ohne Firma.